



Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

N^o 148.

Mittwoch den 28. Juni

1848.

An die geehrten Zeitungsleser.

Die Pränumeration auf die Breslauer Zeitung und die Schlesiſche Chronik für das nächste Vierteljahr (Juli, August, September) beliebe man so zeitig zu veranlassen, daß vor dem 1. Juli auch von auswärts die Bestellungen durch die nächste Post-Behörde bei dem hiesigen königlichen Ober-Post-Amte eingegangen sind. Der vierteljährliche Pränumerations-Preis für die Breslauer Zeitung ist am hiesigen Orte 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts (incl. Porto und Stempel) 2 Thlr. 7 1/2 Sgr. Die Chronik allein kostet 20 Sgr., in Verbindung mit der Zeitung 12 1/2 Sgr., so daß für die Chronik kein Porto angerechnet wird. Die hiesigen Abonnenten wollen sich gefälligst an die unterzeichnete Expedition (Herrenstrasse Nr. 20), oder an eine der nachbenannten Commanditen wenden:

Albrechtsstrasse Nr. 53, bei Herrn Schuhmann.

Breitestrasse Nr. 40, bei Herrn Steulmann.

Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1, bei Herrn Rösner.

Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 5, bei Herrn Herrmann.

Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 9, bei Herrn Schwarzer.

Goldene Radegasse Nr. 7, bei Herrn Pinoff.

Gräbſchner Strasse Nr. 1 a, bei Herrn Junge.

Karlsplatz Nr. 3, bei Herrn Kraniger.

Klosterstrasse Nr. 1, bei Herrn Beer.

Klosterstrasse Nr. 18, bei Herrn Syring.

Königsplatz Nr. 1 bei Herrn F. Germanshausen.

Matthiasstrasse Nr. 17, bei Herrn Sympher.

Neumarkt Nr. 12, bei Herrn Müller.

Neumarkt Nr. 30, bei Herrn Tiede.

Nikolaistrasse Nr. 69, bei Herrn Geiser.

Dhlauer Strasse Nr. 6, bei Herren Gebr. Friederici.

Dhlauer Strasse Nr. 55, bei Herrn C. G. Felsmann.

Dhlauer Strasse Nr. 17, bei Herrn Thiel.

Neuschestrasse Nr. 1, bei Herrn Neumann.

Neuschestrasse Nr. 12, bei Herrn Eliason.

Neuschestrasse Nr. 37, bei Herrn Sonnenberg.

Ring Nr. 6, bei Herren Josef May u. Komp.

Ring Nr. 30, im Anfrage- und Adress-Bureau.

Rosenthalerstrasse Nr. 4, bei Herrn Helm.

Sandstrasse Nr. 12, bei Herrn Hoppe.

Schmittiger-Strasse Nr. 2, bei Herrn Grühner.

Schmiedebrücke Nr. 56, bei Herrn Leyfer.

Schweidnigerstrasse Nr. 36, bei Herrn Stenzel.

Schweidnigerstr. Nr. 50, bei Herrn Scholz.

Neue Schweidnigerstrasse Nr. 4, bei Herrn Bönke.

Neue Schweidnigerstrasse Nr. 6, bei Herrn Lorcke.

Stockgasse Nr. 13, bei Herrn Karnasch.

Tauenzienstrasse Nr. 77 bei Herrn E. F. Schwarz.

Neue Taschenstrasse Nr. 4, bei Herrn Thomale.

Weidenstrasse Nr. 25, bei Herrn Siemon.

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

K. Breslau, 27. Juli.

So hätten wir denn nach langen Geburtswehen endlich wieder ein Ministerium bekommen!

Die Frage: „was werden wir an ihm haben? wie lange werden wir es haben? wie wird es sich zu den Parteien stellen und welchen Einfluß wird es auf die Feststellung und Ordnung der Zustände haben?“ — drängen sich so unmittelbar auf, daß sie unmöglich ganz umgangen werden können. Hätten wir ein längeres politisches Leben hinter uns, so würde es leicht sein, aus den bloßen Namen dem Ministerium ein Prognostikon seiner Dauer zu stellen, dem Volke aber einen Maßstab für seine Hoffnungen und Erwartungen zu geben. Wir würden dann vielleicht auch von vorn herein erklären können, ob wir für oder gegen das Ministerium sein, ob wir es unterstützen oder bekämpfen würden.

Eine solche kategorische Erklärung ist aber in unserer gegenwärtigen Lage schon im Allgemeinen nicht möglich, da wir einmal bestimmte, organisierte und durch eine Reihe allgemein bekannter Grundsätze zusammengehaltene Parteien in der Nationalversammlung und im Lande überhaupt nicht haben, dann aber auch, selbst wenn man die verschiedenen in der neuesten Zeit aufgetretenen Richtungen als Parteien gelten lassen wollte, doch die Zahl ihrer Vertreter und die moralische und physische Kraft, auf welche sie im Volke sich stützen, uns ziemlich unbekannt ist, und unbekannt bleiben muß, so lange die gegenwärtigen Schwankungen der inneren Zustände und die ungewissen, täglich wechselnden Aussichten bezüglich der äußeren Verhältnisse jenen raschen Wechsel der Meinungen begünstigen, wodurch bald die eine, bald die andere Waagschale momentan zum Steigen oder Fallen gebracht wird.

Wir halten es daher gegenwärtig für die Presse nicht angemessen, in forcierter Nachahmung mancher andern konstitutionellen Länder mit einer solchen bestimmten Erklärung einem neuen Ministerium gegenüber aufzutreten. Wir wenigstens sind entschlossen, auch in diesem Punkte an unserm Programm festzuhalten, wonach die Stellung des jedesmaligen Ministeriums zu den dort ausgesprochenen Grundsätzen auch unsere Stellung zu dem Ministerium bestimmen wird.

Ob in Ländern, worin das konstitutionelle Staatsleben in geordnetem und sichern Gange sich befindet, wo die Männer, welche ein Ministerium bilden, als Vertreter bestimmter bekannter Grundsätze, als Vertretter spiceller Maßregeln durch ihre Namen eine Sicherheit für ihre künftige Amtsführung schon im Voraus bieten, wo andererseits die Zahl ihrer Anhänger fast hinlänglich bekannt und abgeschlossen ist, eine solche augenblickliche und entschiedene Partei nothwendig

und thunlich ist, mag fraglich sein. Wir können aber nicht umhin, immer wieder auf die völlig abweichende Beschaffenheit unserer jetzigen Lage hinzuweisen. Es giebt bei uns noch nicht genug Männer, welche in den verschiedenen Schichten des Volkes bekannt, im Besitze eines wohl begründeten öffentlichen Vertrauens und zugleich geeignet sind, ein Ministerium zu verwalten. Diejenigen einzelnen Männer, welche in den vergangenen Wochen sich einen raschen und weit verbreiteten Ruf erworben haben, standen bisher dem eigentlichen höhern Staatsleben ziemlich fern, und ihr — wenn auch sicher in vielen Fällen wohlverdienter — Ruf hat sich mehr in der Leitung und Bezeichnung einzelner Volksmassen, in der Anregung einzelner Maßregeln und Forderungen, als in einer, das Ganze umfassenden und durchbringenden und auch in das Einzelne praktisch eingehenden politischen Thätigkeit bewähren können. Hoffentlich werden auch aus denjenigen Volksmännern, denen es mit der verfochtenen Sache heiliger Ernst ist, häufig und rasch praktische Staatsmänner hervorgehen, aber im gegenwärtigen Augenblicke scheint ihre Zeit noch nicht gekommen.

Die Männer aber, welche bisher im Staatsleben thätig waren und nach welchen man daher bei dem Mangel geeigneterer zunächst greift, haben unter einem System gewirkt, welches durch die Revolution gänzlich gebrochen worden ist und zu dessen ersten Grundsätzen die Heimlichkeit gehörte. Die Art ihrer Wirksamkeit ist daher kaum über die Grenzen ihrer Umgebungen hinaus bekannt, und wenn sie es wäre, so würde man darin doch noch keinen Maßstab für die von ihnen unter der Herrschaft der neuen Grundsätze zu erwartende Thätigkeit finden. Der Absolutismus hat die freie Entwicklung staatsmännischer Persönlichkeit durch alle Mittel niedergehalten und die Beamten auch bis in die höheren Regionen hinauf zu willenlosen Maschinen gemacht, welche durch die oben herrschenden Kriterien nach bestimmten, fest vorgezeichneten Richtungen mechanisch in Bewegung gesetzt wurden. Nicht Jeder, welcher sich diesem sauren Tagelöhnerdienste aus irgendwelchen Rücksichten unterwarf, braucht deshalb heute ein eingeleiteter Absolutist, nicht Jeder, welcher sein Pensum rasch und geschickt abhakte, ein brauchbarer Staatsmann zu sein. Aber eben so wenig genügt eine vielleicht nur gegen Einzelheiten gerichtet gewesene oppositionelle Haltung dem alten Regiment gegenüber als Garantie dafür, daß der ehemalige Oppositionsmann nun auch mit ganzer Seele die neue Zeit erfassen, begreifen und ihrem Dienste mit Hingebung und Erfolg sich widmen werde. Dies gilt nicht blos von Beamten, es gilt auch von den Mitgliedern der früheren Ständeversammlung. Einmal ist überhaupt

ein einziger öffentlicher Landtag noch nicht hinreichend, um den politischen Character und die staatsmännische Tüchtigkeit eines Abgeordneten klar und vollständig herauszustellen. Dann aber lag auch unter der Herrschaft der absolutistisch-ständischen Verfassung ein großer Kreis von Ideen, und gerade derjenigen Ideen, welche heute so mächtig nach Verwirklichung ringen, dermaßen außerhalb der Gedankenphäre, in welcher sich die damaligen staatlichen Organe bewegten und bewegen durften, daß man über die wichtigsten der heutigen schwebenden Lebensfragen sich kaum eine verdeckte Anspielung, geschweige rückhaltlose Besprechung erlaubte. Wir müssen eben anerkennen, daß eine völlig neue politische Entwicklung rasch über uns hereingebrochen ist. Die Männer also, welche an dem alten Staatsgebäude auch dies und jenes verbessert haben wollten und darum in Opposition zu der herrschenden Gewalt standen, brauchen deshalb nicht diesen völligen Neubau gewollt, können vielmehr gerade deshalb die Ausbesserung des alten Gebäudes verlangt haben, weil sie an ihm mit Liebe hingen und dessen Sturz bei fortwährendem Widerstreben gegen Reformen voraussehen. Sie können deshalb der neuen Zeit sogar feindlich gegenüberstehen. Ein Beispiel von Vielen, das des ehemaligen Führers der ständischen Opposition, des damals sogenannten radikalen Abgeordneten v. Wincke wird genügen.

In diesem Sinne sind also alle Staatsmänner, welche jetzt an die Spitze treten, als neue Männer zu betrachten, die ihre Stellung zur neuen Zeit erst durch ihre künftige Wirksamkeit zu dokumentieren haben. In diesem Sinne sind auch unsere neuen Minister, allenfalls mit Ausnahme von Hansemann, neue Männer. Ihre Namen geben uns weder einen Grund zu bestimmten Hoffnungen, noch ein Recht, ihnen mit vorgefaßtem Mißtrauen oder gar mit consequenter Feindseligkeit gegenüberzutreten. Wir werden daher eines Weges mit ihnen gehen, wenn sie an den durch die Revolution zur Geltung gekommenen politischen Grundsätzen und Volksrechten festhalten, zur Herstellung einer Verfassung in echt volksthümlichem (nicht blos in volksthümlicheren) Geiste die Hand bieten und auf solchen Grundlagen Ordnung und Vertrauen im Lande herzustellen und dauernd zu begründen suchen. Wir werden dieses aber wie das abgegangene Ministerium in jedem einzelnen Falle bekämpfen, wo es in Halbheiten verfällt oder zu Maßregeln greift, welche unserer Auffassung eines volksthümlichen, freien Staatslebens zuwider sind. Wie bisher wird es uns auch ferner nicht darum zu thun sein, daß dieses oder jenes Ministerium stehen bleibe oder falle, dieser oder jener Mann Minister sei. Über allen Ministerfragen wird uns die Nothwendigkeit ste-

hen, die Errungenschaften der Revolution zur vollen Anerkennung gebracht und verfassungsmäßig gesichert zu sehen. Ein Ministerium, welches von diesen Grundsätzen abfällt, in der abergläubischen Voraussetzung hartnäckig verteidigen zu wollen, daß hierdurch der Befestigung der Ordnung und Ruhe ein Dienst geleistet werde, kann nie die Aufgabe der Presse sein, denn so befestigt man Ordnung und Ruhe niemals auf dauernde Weise. Aber eben so wenig halten wir es für angemessen, unter den jetzigen Umständen ein Ministerium grundfänglich zu bekämpfen, weil uns etwa die Personen nicht gefallen.

Das Programm des neuen Ministeriums giebt uns allerdings einen Anhaltspunkt für die Feststellung unserer Haltung ihm gegenüber. Wir behalten uns daher eine besondere Besprechung desselben vor.

Noch einen Anhaltspunkt für unsere Erwartungen über die Dauer des Ministeriums giebt uns seine Stellung zur Kammer, die Parteistellung in der letztern, sowie namentlich die neueste Sitzung derselben.

Das Ministerium scheint sich vorzüglich auf das linke Centrum und wohl auch auf eine gewisse Berücksichtigung der einzelnen Provinzen zu stützen. Es ist einen Schritt über das Camphausensche hinausgegangen, indem es die Revolution, wenn auch immer noch mit einer Clausel, anerkennt und es hätte sich vielleicht erlauben lassen, daß diese Anerkennung ihm auch einen Grad von Sympathie von Seiten der Linken erringen würde.

Dürfte man also annehmen, daß die Rechte im Interesse der Ruhe und der Befestigung der Zustände, wie vielfach behauptet worden ist, für jedes Ministerium stimmen werde, so könnte man seine Existenz für gesichert halten.

Die neueste Sitzung der Kammer hat aber ein solches Resultat nicht grade zweifellos herausgestellt, und wenn auch die Abstimmung der Form nach ein Sieg des Ministeriums ist, so macht doch die Totalität der Verhandlung den Eindruck fast einer Niederlage, oder wenigstens eines sehr zweifelhaften Sieges. Der erste Antrag des Ministeriums war in der Form verunglückt, der Inhalt desselben wurde für ein angeheudes Ministerium fast zu lebhaft bekämpft und die Tendenz desselben, ein Vertrauensvotum daraus zu machen, scheint nach den Verhandlungen und eingegangenen Berichten vielfach einen üblen Eindruck hinterlassen zu haben. Die Linke wurde durch die nochmalige Verschleppung der ohnehin so fatalen Adressdebatte, wie es scheint, mißgestimmt und unerwarteter Weise fand das Ministerium auch in einem der bekanntesten Stimmführer der Rechten einen Gegner, ja auch das linke Centrum scheint für das Ministerium nicht so sicher zu sein.

Muß man auch zugeben, daß einzelne Stellen des Adressentwurfs in besonderer Beziehung zu dem abgegangenen Ministerium stehen, so war es doch gewiß kein glücklicher Gedanke, daß neue Männer ein Vertrauensvotum forderten, ehe sie hinlänglich Gelegenheit hatten, sich Vertrauen zu erringen, daß sie dazu einen so mißliebigen Gegenstand wählten, wie die Adresse und daß sie genöthigt wurden, nachdem sie im Grunde doch eine Kabinettsfrage gestellt hatten, zu erklären, daß es eigentlich keine Kabinettsfrage sei. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß allein diese letzte Wendung der Sache dem Ministerium die Majorität gebracht hat. Wir verstehen aber nicht den Sinn dieser Unterscheidung. Wenn ein Vertrauensvotum keine Kabinettsfrage ist, wozu wird es dann verlangt? Wenn das Ministerium fortregieren zu können glaubt, auch wenn statt des Vertrauensvotum ein Mißtrauensvotum fallen sollte, wozu bedarf es da des erstern?

Das erste Debüt in der Kammer sichert dem Ministerium keinen langen Bestand, wenn es ihm nicht gelingt, durch eine freisinnige Ausführung seines Programms (besonders auch hinsichtlich der offen gelassenen Fragen) den Eindruck zu verwischen, welchen sein erstes mißglücktes Auftreten in der Kammer hervorgerufen zu haben scheint.

Preußen. Berlin, 26. Juni.

[Der Staatsanzeiger] enthält folgenden allerhöchsten Erlaß: „Nachdem der Präsident des Staatsministeriums, Staatsminister Camphausen, so wie die Staatsminister Graf von Schwerin, von Auerswald, Bornemann und Fehr. von Schleinitz, ingleichen der Chef des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Freiherr von Patow, von Mir auf ihren Antrag aus ihren bisherigen Stellungen entlassen worden sind, habe Ich

- 1) den Ober-Präsidenten von Auerswald zum Präsidenten des Staatsministeriums und zugleich interimistisch zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten,
- 2) den Präsidenten der National-Versammlung, Abgeordneten Milde, zum Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten,

3) den General-Landschafts-Rath, Abgeordneten Rodbertus, zum Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, und

4) den Kriminalgerichts-Direktor Maerker zum Justiz-Minister ernannt.

5) Von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten soll die Verwaltung der landwirthschaftlichen Angelegenheit getrennt und ein eigenes Ministerium für diese Angelegenheiten gebildet werden, dessen Leitung Ich dem Stadt-Syndikus Abgeordneten Gierke, unter Ernennung desselben zum Staats-Minister, übertragen habe.

6) Die Leitung des Ministeriums des Innern habe Ich dem Regierungs-Präsidenten Kühlewetter, jedoch auf seinen Wunsch nur interimistisch, übertragen.

Der Finanz-Minister Hansemann und der Kriegs-Minister Freiherr von Schreckenstein bleiben in ihren bisherigen Stellungen.

Mein gegenwärtiger Erlaß ist durch die Gesesammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Sanssouci, den 25. Juni 1848.

(gez.) Friedrich Wilhelm.

(contraf.) Hansemann.

Un das Staats-Ministerium.

Des Königs Majestät haben den bisherigen Postel-Direktor zu Köln, Abgeordneten zur deutschen National-Versammlung, Müller, zum Unter-Staats-Secretair im Justiz-Ministerium zu ernennen geruht.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 26. Juni.)

Die Versammlung ist in zahlreiche, lebendig bewegte Gruppen getheilt. Von den abgetretenen Ministern haben Camphausen und v. Auerswald ihren Sitz im Centrum, dieser mehr nach der Linken, jener nach der Mitte hin genommen. v. Rodbertus, der neue Minister des Kultus, empfängt zahlreiche Glückwünsche. Hansemann und Camphausen sind kurz vor Beginn der Sitzung in eifrigem Gespräch. Vice-Präsident Esser eröffnet um 12^{1/2} Uhr die Sitzung. Die Rehen ordnen sich, und man bemerkt auf der Ministerbank: v. Auerswald, Hansemann, Schreckenstein, Milde, v. Rodbertus, Märker, Gierke, Kühlewetter. Vice-Präs. Esser verliest ein Schreiben von Milde, worin derselbe seine Ernennung zum Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten und dem zufolge die Niederlegung des bisher von ihm geführten Präsidiums der National-Versammlung anzeigt. Darauf wird das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und mit geringer Abänderung angenommen. Nach Verlesung des Protokolls befragt Camphausen die Tribüne: „Dem Bedürfnisse, einige Worte zu Ihnen zu reden, darf ich um so freier folgen, als die Versammlung sowie das Land berechtigt sind, eine Erklärung über meinen Austritt aus der Regierung zu hören. Als das Vaterland durch die Ereignisse des März erschüttert war, hatte sich nur eine geringe Anzahl von Männern durch die sparsame Gelegenheit zu parlamentarischen Kämpfen bekannt gemacht. Wir traten in das Ministerium ein. Wir standen in unserm früheren politischen Leben nicht auf derselben Stufe, wie waren nicht von denselben Gedanken geleitet. Aber wir gehörten allen Schichten der Gesellschaft an, und viele Provinzen glaubten durch uns vertreten zu sein. Wollen Sie ein Wort, einen Namen haben für die Sache, so nennen Sie das Ministerium ein Ministerium des Uebergangs, der Vermittlung. Will das Land mich richten, so kann ich verlangen, daß ich auf dem Boden gemessen werde, auf dem ich gestanden habe. Ich darf begehren, daß man damit beginne, zu fragen, ob die Aufgabe, wie ich sie gestellt habe, nicht so hätte gestellt werden sollen. Es lag in der Natur der Sache, daß kein Mitglied des Ministeriums zu irgend einer Zeit den fortbauenden Bestand vorausgesetzt hat. Daß die Auflösung schon in der vorigen Woche eingetreten ist, darüber bin ich Ihnen eine Aufklärung schuldig. Keine der vorgekommenen Abstimmungen hatte die Tendenz, das Ministerium zu beseitigen. Auch nicht die über den Wald- und Wachsmuthschen Antrag. Der Verfassungsentwurf der Regierung ist, wie ich gehört habe, der Verathung der Kommission zum Grunde gelegt. Aber ein anderes Mal hat sich in Betreff der politischen Verantwortlichkeit der März-Ereignisse eine große Meinungsverschiedenheit geltend gemacht. Ich habe den Versuch machen müssen, aus der Versammlung selbst die Ergänzung des Ministeriums zu bewirken, welches durch jene Differenz gespalten war. Dieser Versuch ist nicht gelungen. Allein die wesentlichsten Zwecke des Cabinets waren erreicht: die National-Versammlung war berufen, der Thronfolger zurückgekehrt, organisirte Gesetze waren vorbereitet und Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingeleitet. Das Ministerium der Vermittlung war dahin gekommen, einem Ministerium der Ausführung zu weichen. Zu einem solchen bedurfte ich einer festen Majorität, welche zu erlangen unmöglich schien. — Für mich persönlich habe ich noch zu bemerken, daß zwei Gründe meinen Austritt nicht

bestimmt haben. Erstens nicht die auswärtigen Verhältnisse. Vielmehr waren an demselben Tage Nachrichten eingelaufen, die günstiger lauteten, als frühere. Zweitens keine Beschränkung in der Wahl der Mitglieder, ich habe die ausgedehntesten Vollmachten gehabt. — Der Redner schließt mit der Bemerkung, daß er weit entfernt sei, der Versammlung Vertrauen zu empfehlen, aber es fehle ihm an dem Selbstvertrauen zur Festhaltung des Errungenen. Unter lebhaftem Beifall verläßt er die Tribüne.)

Finanzminister Hansemann: „Aus dem was mein verehrter Freund vorgetragen hat, haben Sie hinreichend die Gründe erkannt, weshalb das Ministerium sich aufgelöst hat. Ich habe diesen Gründen nichts hinzuzufügen. In dem Augenblick, wo Se. Maj. die Entlassung meines verehrten Freundes annahm, haben mir Dieselben die Mission ertheilt, ein neues Ministerium zu bilden, resp. das alte zu ergänzen. Diese Mission gab mir völlig freie Hand. Ich erkläre, daß ich nicht Mitglied des Ministeriums geblieben sein würde, wenn ich nicht auch in den auf den Antrag der Herren Wald- und Wachsmuth gefaßten Beschluß denselben Sinn hingelegt hätte, wie mein verehrter Freund. Ich würde sonst nicht an dieser Stelle stehen. Bei der Bildung des Ministeriums habe ich die Grundsätze befolgt, die mein verehrter Freund Ihnen soeben auseinandergesetzt hat. Zweck mußte sein, eine große Majorität für das Ministerium zu gewinnen, eine Majorität, die in einzelnen Nuancen auseinandergeht, aber in wesentlichen Punkten übereinstimmt. Ich werde die Grundsätze mittheilen, die das Ministerium leiten sollen.“ Der Minister verliest hierauf das Programm des Ministeriums:

„Wir wollen die dauerhafte Begründung der konstitutionellen Monarchie. Deshalb halten wir fest an dem Zweikammer-System und an dem Grundsatz, daß die gesetzgebende Gewalt von den beiden Kammern und dem Könige gemeinschaftlich ausgeübt werde.“

„Deshalb wollen wir aber auch, daß die Bildung jeder Kammer in einer Weise erfolge, durch welche ihr hinreichendes Vertrauen und Ansehen im Volke gesichert wird; zu diesem Zweck möge die erste Kammer auf eine volksthümlichere Basis, als es in dem von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Entwurfe vorgeschlagen worden ist, begründet werden.“

„Wir halten uns überzeugt, daß die Wünsche und Bedürfnisse des Landes die Befestigung der erworbenen Freiheit und, — zum Schutze derselben, so wie zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens, — die Stärkung der Staatsgewalt dringend erzeischen, damit auf der einen Seite keine Besorgniß vor einem Versuch zur Wiederherstellung des früheren Regierungssystems entstehe, auf der anderen Seite die Freiheit nicht in Anarchie ausarte. So weit die bestehenden Gesetze nicht zur Erfüllung dieser Aufgabe ausreichen, werden wir keinen Anstand nehmen, Ihre Mitwirkung zur Erlangung der notwendigen Mittel in Anspruch zu nehmen; denn die größten Gefahren im Innern und nach Außen würden für Preußen und für Deutschland daraus entstehen, wenn nicht bald das Vertrauen auf gesetzmäßige Ordnung und auf feste Begründung der konstitutionellen Monarchie sich allgemein befestigte.“

„Zur Erreichung dieses Zweckes werden wir nicht nur gemeinsam mit Ihnen die Vereinbarung über die Staats-Verfassung zu fördern uns bemühen, sondern Ihnen auch in kurzer Zeit diejenigen Gesetze vorlegen, welche am notwendigsten sind, um die mit der neuen Verfassung nicht vereinbaren Verhältnisse zu ändern und in Harmonie mit derselben zu bringen.“

„Wir werden Ihnen unverzüglich zur weiteren Entwicklung der nationalen Wehrkraft ein Gesetz über die Bürgerwehr vorlegen; ihr Beruf ist, die verfassungsmäßige Freiheit und die gesetzliche Ordnung zu schützen, sowie bei der Vertheidigung des Landes gegen äußere Feinde mitzuwirken.“

„Bereits besitzen Sie eine Denkschrift, in welcher die Grundzüge eines Gesetzes zur Befreiung des Eigenthums von den Fesseln angedeutet sind, die dessen vortheilhafteste Benutzung in einem großen Theile der Monarchie lähmen. Unsere eifrigste Sorge wird darauf gerichtet sein, dies Gesetz bald zu entwerfen und vorzulegen.“

„Es erscheint uns dringend notwendig, daß die innere Landes-Verwaltung überall mit den konstitutionellen Grundsätzen in Einklang gebracht werde.“

„Zu diesem Zwecke werden wir bald den Entwurf einer freisinnigen Gemeinde-Ordnung, die auf dem Grundsatz der Selbst-Verwaltung der Gemeinde-Interessen beruht, einbringen. Indessen wird damit jener Einklang noch nicht genügend und nicht frühzeitig genug erreicht, und eine durchgreifende Umbildung der Bezirksverwaltung ist notwendig, wenn die Organe der Staatsgewalt überall harmonisch mit dem Ministerium im konstitutionellen Geiste kräftig wirken sollen.“

„Wir glauben, daß dies Bedürfniß allgemein erkannt wird. Deshalb werden wir nächstens eine Reorganisation jener Verwaltung anordnen, durch welche die Ausführung der Gemeindeordnung zweckmäßig vorbereitet“

und die Organe der Staatsgewalt vereinfacht und gekürzt werden."

"Unser Plan zur Reorganisation der Rechtspflege geht von der Absicht aus, die anerkannten Vorzüge des rheinischen Gerichtsverfahrens in nicht fernere Zukunft im ganzen Lande zu verallgemeinern, und die diesen Zweck befördernden Vorbereitungen zu beschleunigen."

"In der Steuergesetzgebung sind wesentliche Reformen vorzubereiten, die dringlichste ist das Aufheben der Steuerbefreiungen, zu deren Beseitigung ein Gesetz vorgelegt werden wird."

"Zur Belebung der Erwerbsthätigkeit, also zur Beseitigung der Noth der handarbeitenden Volksklassen, giebe es für jetzt kein wirksameres Mittel, als die Herstellung des geschwächten Vertrauens auf Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und der baldigen festen Begründung der konstitutionellen Monarchie. Zudem wir mit allen Kräften dieses Ziel verfolgen, wirken wir also der Erwerbslosigkeit und Noth am sichersten entgegen. Aber die Beschaffung von Beschäftigung durch öffentliche Arbeiten, die dem Lande wahren Nutzen bringen, ist hierzu ebenfalls nothwendig."

"Wir werden daher in dieser Beziehung den von dem früheren Ministerium bereits begonnenen Weg, nach Maßgabe der uns zu Gebot stehenden Mittel verfolgen, jedoch noch weit umfassendere Arbeiten zum Heil aller erwerbenden Volksklassen anordnen, sobald mit Ihrer Unterstützung es uns gelingt, die durch Unruhen und Aufreizungen genährten Besorgnisse vor dem Umsturz der staatlichen Verhältnisse zu beseitigen und das zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel nothwendige allgemeine Vertrauen wieder herzustellen."

"Also in der Gesetzgebung, in der Verwaltung, in unserem Thun und Handeln — nicht in abstrakten Erklärungen, die verschiedenartiger Deutung ausgelegt sind — fassen wir die denkwürdigen Ereignisse des Monats März und unsere Anerkennung der damals stattgehabten Revolution auf, einer Revolution, deren ruhmvoller und eigenthümlicher Charakter darin besteht, daß sie — ohne Umsturz aller staatlichen Verhältnisse — die konstitutionelle Freiheit begründet und das Recht zur Geltung gebracht hat. Auf rechtlicher Grundlage steht diese Versammlung, sie trägt die Krone; diese Grundlage halten wir fest."

Nach Verlesung des Programms schloß der Minister: auf rechtlichen Grundlagen steht die Verfassung, steht der Thron, diese Grundlagen halten wir fest.

Minister-Präsident v. Auerswald: Das Ministerium, welches in diesem Augenblicke die Leitung der Geschäfte übernimmt, hat den eben gemachten Eröffnungen nichts hinzuzufügen. Das Ministerium erkennt den Ernst dieser Stunde an, es denkt seine Pflichten für Krone und Land mit der rücksichtslosesten Hingebung zu erfüllen, die Vereinbarung der Verfassung mit der Krone zum Ziele zu führen und das Land in den Genuss derselben zu setzen.

Finanzminister Hansemann: Das neue Ministerium hat Ihnen seine Grundsätze mitgeteilt. Eine Adresse ist entworfen und sie ist nach unserer Ansicht Bedürfnis. Aber es ist wünschenswerth, daß die Debatte darüber abgekürzt werde. Ich bin deshalb der Meinung, daß Sie die Adresse an die Kommission zurückweisen, um nach Anhörung des Ministeriums einige Änderungen vorzunehmen. Es ist dies der erste Antrag, den das Ministerium an Sie stellt. Nach dessen Aufnahme werden wir uns sagen können, ob das Ministerium das Vertrauen der Versammlung besitzt. — Weichsel protestirt dagegen, daß jede Gelegenheit herangezogen werde, um daraus Kabinettsfragen zu machen. Dadurch wird das Land in Gefahr gestürzt. Der Redner kommt auf „Anerkennung der Revolution“ zu sprechen und bemerkt mit immer steigender Heftigkeit, daß das jüngst geflossene Blut eine Folge der verweigerten Anerkennung sei. — Finanzminister Hansemann entgegnet: es ist gewiß nicht die Absicht des Ministeriums, die Sache zur Kabinettsfrage zu machen, ganz bestimmt nicht, darauf kann sich die Versammlung verlassen. Aber es ist üblich in allen Parlamenten, daß gleich zu Anfang das Ministerium eine Frage stellt, deren Beantwortung ergibt, ob es das Vertrauen der Versammlung besitzt. — Siebert: das Ministerium wolle nach Handlungen gerichtet sein, und von der Kammer verlange es Erklärungen. — Die Adresse sei eine Antwort auf die Thronrede und es liege keine zweite Thronrede vor, die eine zweite Adresse erfordere. Stein: Der Minister habe keinen Antrag zu stellen, das sei gegen die Geschäfts-Ordnung. Jedenfalls müsse die Versammlung gefragt werden, ob der Antrag Unterstützung finde. Er beantragt die Tagesordnung. — Graf Cieszkowski beantragt Vertagung. Das Programm ist so wichtig, daß man nicht sogleich nach Anhörung desselben ein Vertrauensvotum geben kann. Zudem werden sehr wichtige Punkte darin vermisst. Die äußeren Verhältnisse sind gar nicht berührt, eben so wenig eine Lebensfrage, die Nationalität der Polen. — Finanzminister Hansemann erklärt es für zweckmäßig, daß die Versammlung befragt werde, ob sie seinen Antrag unterstütze. Stein zieht seinen Antrag zurück und

schließt sich dem Antrage auf Vertagung an. Ebenso Minister-Präsident v. Auerswald, jedoch mit dem Wunsche, daß womöglich in der nächsten Sitzung die Diskussion beginne. Vice-Präsident Esser: Der Antrag des Finanzministers sei nicht schriftlich gestellt, er habe ihn deshalb als einen bloßen Wunsch betrachtet. Finanzminister Hansemann: Im Augenblicke waren mir die Bestimmungen nicht gegenwärtig, weshalb ich irrtümlich von einem Antrage gesprochen habe. Ich erkläre also, daß es ein Wunsch des Ministers ist und stelle anheim, die Debatte zu vertagen. — Nachdem noch Parisius, Temme und Waldeck über die formelle Seite der Frage gesprochen, stellt Zachariä den Antrag: den Adress-Entwurf an die Adress-Kommission zurückzuweisen.

Waldeck: In formeller Hinsicht ist es gar nicht zulässig, eine Adresse zu korrigiren. Es ist die Idee dieses Antrages gewesen, daß wir uns sogleich über das Programm des Ministeriums ansprechen. Dazu bietet eine Adresse auf die Thronrede keinen Anlaß. Das Programm enthält Verfassungs-Fragen, Ansichten über die Konstruktion der National-Vertretung. Darüber kann sich die Versammlung nicht jetzt erklären. Das wird ihre Aufgabe sein bei Berathung des Verfassungs-Entwurfs. Jetzt sich darüber äußern, hieße alle Diskussionen über jene Fragen abschneiden. Was die vorzuliegenden Gesetze betrifft, so werden wir uns über diese äußern, wenn sie vorgelegt werden. — Der Redner erklärt sich biläufig dahin, daß die Verfassungs-Kommission den Entwurf der Regierung nicht nothwendig zur Grundlage zu nehmen habe, sie könne ihn umarbeiten, auch ganz unbeachtet lassen.

Minister Robbertus: Der Adress-Entwurf bezog sich Anfangs auf die Thronrede. Aber in der Thronrede war Bezug genommen auf Alle des Ministeriums und auf einen Verfassungs-Entwurf, der einem großen Theile der Versammlung ungenügend erschienen ist. Es ist ein Tadel ausgesprochen, der jetzt nicht mehr paßt. Es wird an einigen Stellen entschieden Mißtrauen gegen ein Ministerium ausgesprochen, daß jetzt nicht mehr da ist. Der Fall mag schwerlich jemals vorgekommen sein, daß ein Ministerium abtritt, während die Adresse vorbereitet wird. Aber es ist geschehen und deshalb eine Änderung der Adresse nothwendig.

d'Estier: Wir haben gehört, daß das eben abgegangene Ministerium ein Uebergangs-Ministerium war. Herr Finanzminister bildet die Brücke von dem alten Ministerium zu dem neuen. Er hat uns schon früher gesagt, daß wir nicht hier seien, um abstrakte Prinzipien zu erörtern. Ich bin ganz seiner Ansicht, aber das Programm enthält zu wenig Positives und fast nichts als Abstraktionen. Ueberdies können wir nur auf die Ansprache, auf die Thronrede, eine Antwort geben. Die verheißenen Gesetze über Selbstverwaltung der Gemeinden, Ablösung der Reallasten u. s. w. lassen eine verschiedene Deutung zu. Daß dergleichen geschehen muß, darüber sind wohl Alle einig, aber das Wie ist der Streitpunkt und die Fassung im Programm läßt eine Erklärung darüber nicht zu. — Just.-Min. Märker: der Redner hat durch einzelne Punkte des Programms darzutun gesucht, daß keine Veranlassung vorliege, sich darüber zu äußern. Es scheint ein Irrthum obzuwalten, als handle es sich darum, eine neue Adresse zu entwerfen. Es ist keine neue Thronrede da, insofern ist es richtig, daß keine neue Adresse gemacht werden kann. Aber die wichtigen Veränderungen, welche eingetreten sind, machen es nothwendig, daß Alles, was im Adress-Entwurf in Bezug auf das abgetretene Ministerium niedergelegt ist, einer Prüfung und Revision unterworfen werde. Mir scheint der Wunsch, eine solche Prüfung noch einmal zu beginnen, sehr billig zu sein. Wenn in dem Programm auch nur die Anerkennung in Bezug auf die März-Ereignisse ausgesprochen wäre, so ist dies jedenfalls etwas Neues, das, glaube ich, eine Änderung der Adresse unerlässlich macht. — Schramm: die Anerkennung ist etwas Neues, aber sie ist Nichts, das uns bestimmen könnte, eine andere Adresse zu entwerfen. Ich erkenne in dem Ministerium überhaupt nichts Neues. Ich erkenne in dem gegenwärtigen Ministerium nur das abgetretene, und ich meine, wenn das Ministerium nicht die Revolution in anderer Weise, als geschehen, anerkennt, so ist auch dieses Ministerium nur ein Uebergangs-Ministerium. — d'Estier stellt das Amendement: den Adress-Entwurf als gegenwärtig unnütz zu beseitigen. „Das Amendement ist sehr einfach, es behält den Antrag bei und ändert nur den Schlusssatz.“ — Mini.-Präs. von Auerswald: das Ministerium ist von der Ansicht ausgegangen, daß der Beschluß, eine Adresse zu verathen, feststehe. Ich als einstweiliger Minister des Auswärtigen, habe ein besonderes Interesse daran, bei dem die auswärtigen Verhältnisse betr. Punkte gehört zu werden. — Reichensperger: ich habe noch keinen standhaften Grund gehört, der den Wunsch des Ministeriums unterstützte. In dem Satz des Programms, welcher die Anerkennung der Revolution ausspricht, habe ich keinen Grund zur Revis. der Adresse gefunden. Es muß bemerkt werden, daß die Abstimmung über den Antrag, die Revolution anzuerkennen, sehr mißverstanden worden ist. Die Zweideutigkeit des Antrages ließ

es zweifelhaft, ob derselbe die Anerkennung der Revolution als Prinzip oder als Ereigniß ausgesprochen wissen wollte. Die Abstimmung war eine Folge dieser Zweideutigkeit und ihr Resultat hat Mißverständnisse veranlaßt, die in die Journale übergegangen sind. — Der Redner bemerkt noch: in den Kabinettsfragen liege die Quelle der Unsicherheit für das Land; sie seien eine Klippe, an welcher die Aufgabe einer konstituierenden Versammlung stets scheitern müsse. Das Programm stehe in Widerspruch mit Äußerungen, die man früher von einzelnen Mitgliedern des Kabinetts gehört habe. Er stimmt gegen den Antrag. (Lebhafter Beifall von der Linken.) — Finanz-Min. Hansemann: der letzte Redner hat sich gegen Kabinettsfragen bei geringen Anlässen ausgesprochen. Ich stimme dem vollkommen bei. Aber die Frage ist nicht so gering, wie man zu glauben scheint. Sie ist vielmehr von einer großen Bedeutung. Der Wunsch, nochmals durch die Kommission erwägen zu lassen, ob nicht in Folge der veränderten Verhältnisse Änderungen, namentlich in Beziehung auf das Verhältniß des Staates zum Auslande vorgenommen werden müssen, erscheine als ein sehr beschreibener. Die Versammlung könne diesen Wunsch, vorbehaltlich des Urtheils über die Handlungen des Ministeriums und dessen Programm sehr wohl gewähren. — Hüffer: er müsse sich dagegen erklären, daß das Zurückgeben der Adresse als ein Vertrauensvotum angesehen werde. v. Daniels bemerkt: die Kommission sei nicht mehr vollständig vorhanden, der Staatsminister Gierke sei ausgeschieden.

Es wird zum Schluß der Debatte gerufen. v. Berg spricht gegen den Schluß und für den Zachariä'schen Antrag; das Ministerium habe Aufschlüsse zu geben, die es nur in der Kommission, nicht aber in der Versammlung geben könne. Jung für den Schluß: ich glaube, daß die Sache sehr klar ist und sich die Ansichten schon fest gebildet haben. Das Ministerium trug auf eine Adresse an, trotz unseres Widerstandes, weil es das Bedürfnis hatte, Reichenschaft abzulegen. Das jetzige Ministerium hat ein solches Bedürfnis nicht, es hat keine Vergangenheit, die wir kritisiren können. Gerade Adressen sind der Pöpel des alten Konstitutionalismus, von dem der neue sich frei zu machen hat. Wir waren von vorn herein gegen eine Adresse und sind es auch jetzt.

Nachdem die Majorität sich für den Schluß der Debatte entschieden hat, bemerkt Zachariä als Antragsteller noch: das Programm habe die Thronrede modificirt, deshalb sei auch die Adresse zu modificiren. Ueberdies müßten die Minister, wozu sie befugt seien, Gelegenheit erhalten, in der Kommission gehört zu werden. Er sei ebenfalls nicht gemeint, schon jetzt ein Vertrauensvotum zu ertheilen. Aber wenn man die Minister nicht hören wolle, so sei das ein Mißtrauensvotum. (Lärm. Nein! Nein!) Ein Antrag auf namentliche Abstimmung findet keine Unterstützung.

Die Majorität entscheidet sich dafür: den Adress-Entwurf an die Kommission zurückzugeben. Vor dem Uebergang zur Tagesordnung erinnert Behnsch an seine frühere Interpellation, die in diesem Augenblicke am Besten dem Ministerium Gelegenheit biete, das Land wegen der drohenden Rüstungen im Osten zu beruhigen. Min.-Präs. v. Auerswald: er könne versichern, daß die Stellung Rußlands zu Preußen nicht der Art sei, um Besorgnisse einzuslößen. Er hoffe, daß die Kammer diese Ansicht theile, sei aber bereit, wenn es gewünscht würde, auf den Antrag später ausführlich einzugehen. Hierauf wird der Entwurf des Geschäfts-Reglements verlesen. Kirchmann beantragt dessen sofortige Annahme und Verweisung aller etwaigen Verbesserungsvorschläge in die Kommission. Zenker fügt dem Kirchmann'schen Antrage noch folgendes Amendement bei: „damit ein Amendement zum Geschäfts-Reglement in die Kommission kommen kann, soll es zuvor von 50 Mitgliedern der Versammlung unterstützt werden. Kirchmann's Antrag wird angenommen.“

Waldeck trägt darauf an, daß für diejenigen Mitglieder, welche gleichzeitig der Adress- und der Verfassungs-Kommission angehören, so wie die aus der Adress-Kommission geschiedenen Staats-Minister Robbertus und Gierke in der Adress-Kommission Neuwahlen vorgenommen werden. Nachdem Jung und Baumstark gegen, und Bachsmuth für diesen Antrag gesprochen, schreitet man zur Abstimmung, und Waldeck bleibt in der Minorität.

Die Versammlung bewilligt noch den Abgeordneten Esser I., Zweifel u. s. w. den gewünschten Urlaub, worauf Waldeck als Vice-Präsident die nächste Sitzung auf morgen 11 Uhr festsetzt und erklärt, daß man morgen zur Wahl eines Präsidenten sowie des Bureaus schreiten werde.

(Schluß der Sitzung 4 Uhr.)

Berlin, 26. Juni. [Märker und Kühlwetter. — Pariser Aufstand. — Mühler. — Das geheime Ober-Tribunal.] Der Ministerkabinetts ist zu Ende; wir haben seit heute Morgen ein Ministerium, zusammengesetzt aus wesentlich verschiedenen Elementen.

Hansmann, der Bilder desselben, ist nicht Premier-, vielmehr in seiner alten Stellung als Finanzminister verblieben. Am meisten ist man hier mit der Wahl des Hrn. Märker, als Justiz-Minister zufrieden; derselbe gilt für einen äußerst freisinnigen Mann und hat sich in seiner früheren Stellung als Kriminal-Gerichts-Direktor das Vertrauen seiner Mitbürger zu erwerben gewußt. Das Innere wird interimistisch von Hrn. Kühlwetter besorgt. Dieser war Staats-Prokurator in Aachen und zeigte sich hier außerordentlich energisch und eifrig in der Ausübung seiner Funktionen als öffentlicher Ankläger, später war er unter Hansmann bei der rhein. Eisenbahn beschäftigt, dann Direktor der Düsseldorf-Eisenerde und erst seit Kurzem provisorischer Präsident der Regierung in Aachen. Hr. Kühlwetter besitzt eine derbe, von großer Sachkenntnis und jurid. Schärfe getragene Beredsamkeit. Uebrigens ist K. entschieden ultramontan. Pariser Zeitungen und Briefe sind ausgeblieben. Es geht das Gerücht, daß man sich in Paris schlage. Man kombiniert hier, wie sehr erklärlich, eine Bewegung zu Gunsten des Grafen von Paris und eine andere zu Gunsten Louis Napoleons. Einige unterstützen das Gerücht durch die Behauptung, die Nachricht sei durch einen Kourier hierhergekommen (s. Frankreich). — Nach dem Publicisten hat der Staats-Minister Müller auf sein Minister-Gehalt von 12,000 Thlr. verzichtet und begnügt sich mit dem ihm als Präses des geh. Ober-Tribunals zustehenden Gehalte von 6000 Thlr. Eben so hört man, daß derselbe seine Minister-Wohnung in der Leipziger Straße, die er noch bis jetzt inne gehabt, aufgegeben. Die Unabhängigkeit der Stellung, in der sich das geheime Ober-Tribunal als höchster Gerichtshof des Landes früher befand, erschien mit der Verantwortlichkeit des Staats-Ministeriums nicht vereinbar. Der bisherige Justizminister Bornemann hat deshalb die Anordnung getroffen, daß das geheime Ober-Tribunal seine Berichte stets an das Justiz-Ministerium richtet. — Gestern Abend wurden 18 von Schleswig-Holstein zurückkehrende Freischärler in Spandau entwaffnet und nach einer uns so eben zugehenden Nachricht sogar heute hier verhaftet. Man behauptet, daß sie ohne Urlaub das Heer verlassen. (C. & B.)

♣ Berlin, 26. Juni. [Eine Schilderhebung in Paris. — Das neue Ministerium etc.] Die telegraphische Depesche, betreffend den Belagerungsstand von Paris und den blutigen Arbeiteraufstand daselbst, am 23. d. M. ist der Regierung heute früh gekommen, und war Mittags an der Börse angeschlagen (s. Frankreich). Im Laufe des Nachmittags zirkulierten spätere Nachrichten aus Paris, welche von einer definitiven Proklamirung Louis Napoleons zum Kaiser der Franzosen wissen wollten, zugleich aber hinzusetzten, daß eine Gegenpartei sich für den Grafen von Paris erhoben habe. Gewiß ist, daß ein nach Petersburg hier von Paris durcheilender Kourier — nur das trübe Wetter hat den Telegraphen behindert — die Kunde von der Schilderhebung für die Napoleoniden hierher gebracht. Faßt man die obigen Nachrichten zusammen, so läßt sich sagen, daß verschiedene Motive und verschiedene Parteihäupter bei dem blutigen Aufstand in Paris beteiligt sind. Was ich Ihnen vor Kurzem über die Aussicht einer Diktatur von Cavaignac oder eine napoleonische Herrschaft schrieb, kam aus sehr beachtenswerthen französischen Quellen, und verdient deshalb ernste Erwägung. Die Polen haben es versucht, sich mit Ludwig Bonaparte zu verständigen, sind aber — wie man hört — zurückgewiesen worden, sofern sie republikanisch = sozialistische Bestrebungen verfolgen; die nationale Partei versprach er zu vertreten. Sie erinnern sich, daß ich Ihnen von einer demokratischen Schilderhebung berichtete, Polen, Galizien, einzelne Theile Russlands umfassend; welche sich in Krakau münden sollte und welche der eigentliche Grund für die russischen Truppenmärsche ist; die erste Kunde dieses nunmehr beseitigten oder doch verschobenen Schlages ist dem Kaiser von Rußland durch den Herzog v. Leuchtenberg gekommen, der sie auf geheimen Wegen von London erhalten haben soll. Schon daraus läßt sich ein Bruch der republikanisch-propagandistischen Partei mit Louis Bonaparte entnehmen, der, was klar vor Augen liegt, eigentlicher Chef aller republikanischen Verschwörungen war, so lange dieselben das Zülkönigtum und seine Positionen untergraben halfen. — Die gestrige Volksversammlung, worin über Republik oder Monarchie debattirt werden sollte, rief ein Plakat hervor, worin der Staatsanwalt aufgefordert wird, gegen die Veranstalter jener Volksversammlung sofort wegen Hochverrats einzuschreiten. Nichtsdestoweniger blieb die letztere, trotz des Regens, bis tief in die Nacht zusammen, ohne daß irgendwie Exzesse vorkamen. Heute wird auf den Straßen ein republikanischer Katechismus verkauft. — Das Extrablatt der Staatszeitung mit der langersehten Ministerliste erschien heute früh um 9 U. r. Schlecht mit unpopulären Reminiscenzen bedacht, wollte nicht eintreten, wüßte auch schwerlich mit einem Ministerio harmoniren, welches die Märzrevolution anerkennt. Daß die Präsidentschaft des Conseils und das Ministerium des Auswärtigen in eine Person vereinigt sind — können wir aus

Gründen, die wir neulich berührt, nur billigen; Herr v. Auerswald ist ein sehr ehrenhafter, persönlich liebenswürdiger Mann. Hansmann möchte die Seele des Ministeriums sein, dem aber für die Gesetze in Bezug auf die Sicherheit des Staats, welche es vorzulegen gedenkt, noch große Schwierigkeiten drohen. Man spricht z. B. von einer durchgreifenden Maßregel in Bezug auf die Fremden, welche sich in Berlin aufhalten. — Camphausen sprach heute mit wahrhaft staatsmännischer Beredsamkeit und Würde, als er die Kammer verließ, begrüßte ihn das Volk — wunderbarer Wechsel — welches vor der Singakademie wollte, mit lauten, beifälligen Aklamationen; dieß schien dem Manne, der sich oft umfaß, die innerste Seele zu erfreuen.

Berlin, 26. Juni. (Amtlicher Artikel des Staats-Anz.) Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Divisions-Auditeuren Bornemann bei der 1. Garde-Division, Held bei der 13., Nauffester bei der 5., und Schlitte bei der 6. Division den Justizrathstitel zu verleihen.

Angekommen: Sr. Excellenz der Präsident des Staats-Ministeriums, v. Auerswald, von Königsterg in Pr. Der interimistisch mit Leitung des Ministeriums des Innern beauftragte Regierungspräsident Kühlwetter von Aachen. Der Unter-Staatssecretair im Justizministerium, Müller, von Köln.

[Erklärung des Cultus-Ministeriums in Betreff der Volksschullehrer-Kreis-Conferenzen.] Aus dem Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten geht dem Staats-Anzeiger folgende Mittheilung zu:

Durch den Minister der geistlichen u. Angelegenheiten sind Kreis-Konferenzen der Volksschullehrer angeordnet worden, welche unter dem Vorsitz der Landräthe und unter Hinzuziehung der Kreis-Schul-Inspektoren stattfinden und den Lehrern Gelegenheit geben sollen, in feier und ordnungsmäßiger Berathung ihre, namentlich auf ihre Stellung und die innere Organisation der Volksschule bezüglichen Erfahrungen und Wünsche auszusprechen. Diese Kreis-Konferenzen sollen alsdann aus ihrer Mitte einen Deputirten für die Provinzial-Versammlung wählen, und es wird beabsichtigt, die Ergebnisse der auf der letzteren stattfindenden Berathung als Anhaltspunkte für die auf verfassungsmäßigem Wege vorzubereitende Schul-Gesetzgebung zu benutzen.

So freudig diese Anordnung und die durch dieselbe herbeizuführende unmittelbare Theilnahme der Lehrer an der neuen Organisation der Volksschule von den letzteren anerkannt worden ist, so sind doch auch von mehreren Seiten des Lehrstandes dem Ministerium der geistlichen u. Angelegenheiten dagegen Bedenken vorgetragen worden, daß die Kreis-Konferenzen unter dem Vorsitz der Landräthe und unter Hinzuziehung der Kreis-Schul-Inspektoren stattfinden sollen. Unter der Voraussetzung, daß in dieser Weise eine Bevormundung der Lehrer stattfindet, daß eine freie Meinungs-Aeusserung der letzteren nur dann stattfinden würde, wenn sie in freien Lehrer-Versammlungen ohne jedes amtliche Organ berathen könnten, hat man unter Berufung auf das den Lehrern zustehende freie Associationsrecht darauf angetragen, die Berathungen in solcher Weise vornehmen zu lassen.

Der Minister hat sich nicht veranlaßt gesehen, die Berathungen in dieser Form stattfinden zu lassen, und es hat daher auf jene Anträge nicht eingegangen werden können.

So wenig den Lehrern das Recht der freien Association und in Folge davon das Recht, Versammlungen und Berathungen unter selbstgewähltem Vorsitz zu halten, bestritten wird, eben so steht der Schulbehörde das Recht zu, zu amtlichen Zwecken Konferenzen der Lehrer anzuordnen und für deren Berathungen eine Form zu bestimmen, welche die Erreichung des beabsichtigten Zwecks sichert. Der Minister hat aber nicht geglaubt, in der vorliegenden wichtigen Angelegenheit das Zustandekommen und den Erfolg der den Lehrern bewilligten Berathung dem Gutdünken der Landesregierung noch organisiren und alle bei dem Volksschulwesen in Betracht kommenden Interessen vertretenden freien Lehrerversammlungen überlassen zu dürfen.

Noch weniger aber konnte der Minister der ausgesprochenen Befürchtung, daß unter dem Vorsitz und durch Hinzuziehung der unmittelbar mit der Leitung des Schulwesens beauftragten Behörden die freie Meinungs-Aeusserung der Lehrer behindert werde, einen Einfluß auf die Bestimmung der Form dieser Konferenzen einräumen. Es kann vielmehr angenommen werden, daß die Lehrer durch die Anwesenheit der dem Schulwesen vorgesetzten amtlichen Organe sich eben so wenig werden abhalten lassen, ihre begründeten Erfahrungen und Wünsche auszusprechen, als jene Organe selbst Veranlassung haben sollten, die freieste Meinungs-Aeusserung irgendwie zu behindern.

Sollte aber den beregten Anträgen die Ansicht zu Grunde liegen, daß die Volksschule eine sich selbst regierende werden möge, so wird zuvörderst abzuwarten sein, was in dieser Beziehung auf verfassungsmäßigem Wege wird festgesetzt werden.

♣ Berlin, 26. Juni. [Arbeiter und Polizeiliches.] Heute sind 204 Arbeiter zur Beschäftigung nach der Ostbahn abgegangen; übermorgen geht wieder ein Transport ab. Man will auf diese Weise 2000 unbefähigte Arbeiter von hier disloziren. — Herr Dunker, in idyllischer Einsamkeit zu Charlottenburg lebend, ist auf 580 Thaler Wartegeld gesetzt worden. Das ist das Loos des Schönen auf der Erde. — Heute Nachmittag großer Alarm am Schafgraben, Bürgerwehr und Landwehr begiebt sich hin, das fabelhafte Gerücht verbreitet sich, die Arbeiter dort hätten einen ihrer mistliichen Aufseher „lebendig begraben.“ Das Ganze reduziert sich indeß auf eine kolossale Prügelei. — Die Stellung des Polizei-Präsidenten von Berlin ist eine politisch so bedeutende, daß der Präsident mit dem Sturz oder Wechsel des Ministeriums nothwendig stürzen oder wechseln muß. Dies der richtige Schlüssel zu dem Rücktritte des Herrn von Minutoli, dessen Verdienste alle Parteien anerkennen; — was sonst von der Materie dieses Rücktritts gefabelt wird — ist ein Phantasiestück.

Die „Times“ brachte vor Kurzem eine Mittheilung über die drohende Sprache, welche Schweden und Rußland hinsichtlich der schleswig-holsteinischen Frage gegen Preußen geführt habe: Es werde das Eindringen in Jütland als casus belli betrachtet werden. Diesen Artikel hat jetzt die russische Censur in allen petersburger Zeitungen zugelassen. (R. Z.)

Königsberg, 23. Juni. [Gerüchte über bedeutende Unruhen in Petersburg.] In einem Briefe aus Riga berichtet man uns, unter Angabe frappanter Einzelheiten, über bedeutende Excesse, die in Petersburg vorgefallen wären. Es gelang der Behörde, sie in kurzer Zeit zu unterdrücken, doch sollen „einige hundert“ Personen dabei umgekommen sein. Da wir nicht wissen, wiefern der Bericht Glauben verdient, enthalten wir uns der Mittheilung der Details. (Königsb. Z.)

Thorn, 21. Juni. [Widersprechende Nachrichten in Betreff der Bewegungen russischer Truppen.] In Betreff der russischen Truppenbewegungen im benachbarten Polen erhalten wir hier die widersprechendsten Nachrichten. Während man die Vermehrung der russischen Truppen in der Gegend unserer Grenze für gewiß hielt, zu welcher Meinung das Vorschreiben einiger Abtheilungen in die nächsten Grenzorte vollkommen berechtigte, ist von hier aus bis Plozk die stehende Truppenzahl noch nicht vermehrt worden. Bemerkenswerth ist der Haß der russischen Soldaten, der sich ganz unverhohlen jetzt gegen die Deutschen in Polen ausspricht. Daß diese Maschine, welche man Soldat nennt, nicht aus freiem Willen seine Antipathie gegen die Deutschen kundgibt, sondern von Außen zu derselben angeregt worden ist, ist eine zu sehr auf der Hand liegende Vermuthung. (Königsb. Z.)

— Aus Thüringen, 23. Juni. [Politische und unpolitische Zustände.] In unserem Hauptorte Erfurt, von wo die Vereinnigung der Thüringer Fürstenthümer unter ein Haupt betrieben zu werden scheint, sieht's gar bunt aus. Der Vorstand des konstitutionellen Volksvereins ist zu Folge der Uebermacht der für Kradrügges Antrag *) eingenommenen Mitglieder abgetreten, während sowohl der Schußbürger-, als Bürger-Hilfsverein sich durchaus für letzteren entschieden. Die Theilnahme der höhern Stände an unseren politischen Erörterungen bleibt bedauerlich matt. Seit den letzten Aufständen, wo mehrere Bürger schwer verwundet wurden, ist eine um so größere, wahrhaft behagliche Ruhe eingetreten, die in der That auch dringend nöthig war, um einigermaßen Vertrauen in die gewerbliche Welt zu bringen. Es würde sich noch mehr steigern, wenn die höhere Beamtenwelt die Bestrebungen der großen Vereine unbefangen prüfen wollte. — Das Militär hierorts ist guten Muthes, und erfreut sich endlich kleiner Erleichterungen. Wenn unter den braven holländischen Truppen häufig das 31. Regiment ausgezeichnet erwähnt wird, so herrscht darin eine Ungenauigkeit vor, indem sich zwei Bataillone desselben hier befinden. — Was den Stand der Feldfrüchte anbetrifft, so geben sich kundige Landwirthe den besten Hoffnungen hin; ich habe dies auch bei meinen letzten Ausflügen in den Thüringer Wald bestätigt gefunden, und zugleich an Ort und Stelle genugsam wahrgenommen, wie die ausgesprengten Nachrichten von großartigen Holzfreveln und Vertilgung sämmtlichen Wildes gar zu sehr übertrieben sind. Eine vielfach besorgte Unsicherheit für Reisende findet übrigens gar nicht statt, was ich allen denen versichern kann, die dies reizende Gebirge besuchen wollen. Im Weimarschen schien mir im Allgemeinen die Stimmung am gereiztesten, namentlich auch gegen Preußen, dem dieses Ländchen so viel zu verdanken hat in Bezug auf Straßen, Eisenbahn-Richtungen, Märkte, militärische Einrichtungen u. s. w. (Fortsetzung in der Beilage.)

*) Wegen des Einschreitens des 31. Regiments mit der Schußwaffe am 14. März.

Mittwoch den 28. Juni 1848.

(Fortsetzung.)

Die Altenburger Wirren haben bis jetzt in den angrenzenden kleinen Fürstenthümern wenig Anklang gefunden; hoffentlich wird die projektierte Monarchie-Versammlung in Dhrdruff den Thüringer Stämmen keinen Mittelpunkt zu ähnlichen Bestrebungen bieten. An der Spitze dieser Arbeiter- und Schutzbürger-Vereine, deren Hauptstich Erfurt ist, steht der Buchhändler Berlepsch, ein noch jugendlicher Mann von vieler Beredsamkeit und einem gewissen theatralischen Anstande und Air, der sich auf der Rednerbühne nicht unvorthelhaft markirt. Er ist wie Krackrügge durch die Schule des Lebens gegangen, hat auch wie Letzterer ein ganzes Heer von Feinden unter den höhern Ständen, welche nur immer von Anarchie und Communismus träumen, ohne eine Spur öffentlich zur Aufklärung und Beruhigung zu wirken.

Köln, 21. Juni. [Furcht vor einer republikanischen Erhebung.] Gestern Abend wurden in einer stillen Straße von Erwachsenen Barrikaden gebaut, gleichsam zur Vorübung: denn es ist allgemein die Rede, in 14 Tagen würde die republikanische Partei in ganz Deutschland einen Hauptstreich ausführen und allenthalben die rothe Fahne aufpflanzen. Wir haben dies aus dem Munde von Arbeitern, welche behaupteten, Dr. Gotschalk habe es in einer Versammlung des Arbeitervereins selbst gesagt. Unsere Garnison ist seit einiger Zeit außerordentlich wachsam. In den Forts sollen Kartätschen, Schrapnell und selbst Brandraketen in Masse sein. (D. P. A. Z.)

Köln, 23. Juni. [Truppenbewegungen. — Polen. — Werbungen für Hecker.] Noch stündlich treffen Reservisten der Artillerie hier ein und scheint es, als wolle man diese Waffe so viel als möglich in der Rheinprovinz auf eine ungewöhnliche Stärke bringen. Das Gerücht, daß rheinische Regimenter nach Schleswig-Holstein gehen, gewinnt an Wahrscheinlichkeit, da es allenthalben verbreitet wird und selbst höhere Offiziere sich darüber äußerten. Man ist fortwährend mit Füllung der Pulverfässer beschäftigt und in den Artillerie-Werkstätten geht es noch täglich sehr lebhaft zu. Der General-Lieutenant, Herr v. Aster, war vorgestern hier und besah die Werke, ging aber weiter und wird, dem Vernehmen nach, bald zurückkehren und mehrere Tage hier verweilen. Unsere Pioniere marschiren Vors- und Nachmittags in ihren grauen Arbeitsjacken vors Thor, um in den Forts beschäftigt zu werden. Auf den Wällen liegt viel schweres Geschütz. — Diesen Morgen gingen neuerdings Polen hier durch nach Paris und Straßburg. Sie waren, obgleich in Reifselvätern, brillant angezogen. Ueber ihre Sendungen ließen sie nichts verlauten. Zwei davon waren nach Frankfurt bestimmt. Ob ein schwedischer Oberst, der hier war und eilends nach Wien ging, in politischer Beziehung daselbst auftreten wird, konnte man nicht erfahren. Russische Stabs-Offiziere aber, die nach Paris und London gingen, schienen offiziell einen diplomatischen Charakter zu haben. — In Köln soll man Leuten, die für die Hecker'sche Schaar werben, auf der Spur sein. Fremde, die von Mainz aus nach Düsseldorf, Elberfeld und Barmen reisen, sollen denselben Zweck haben. Der Erfolg ihrer Werbungen wird indessen sehr in Zweifel gezogen. (Düsseldorf, Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 23. Juni. [Deutsche National-Versammlung.] In der heutigen Sitzung gaben zuerst Herrmann aus München und Kolb aus Speyer im Namen einer Anzahl bayerischer Deputirten Erklärungen über deren Wahl-Mandat ab. Es erhielt daraus, daß sie sich nicht an eine Vereinbarung mit den Regierungen über das Verfassungswesen gebunden erachten, und überhaupt ihr Mandat als ein unbeschränktes ansehen und nicht als bayerische, sondern als deutsche Abgeordnete hier erscheinen wollen. Diese mit Beifall aufgenommene Erklärung war durch eine neue Aeußerung Beißler's veranlaßt worden. Hierauf sollte die Berathung über die Central-Gewalt fortgesetzt werden. Fürst Lichnowski wollte, daß nur Rednern, die noch nicht gesprochen hätten, das Wort gegeben werde. Die Linke aber, die es dabei auf Blum abgesehen glaubte, beharrte darauf, daß der gestrige Beschluß (jede Partei solle nach Gefallen ihre Redner wählen dürfen) Geltung behalte und die Versammlung entschied auch in diesem Sinne. Zuerst sprach Zig, welcher seinen Antrag auf eine provisorische Regierung von 5 Mitgliedern, nur von der National-Versammlung gewählt und ihr verantwortlich, begründete und sofortige Auflösung des Bundestags verlangte. Ihm folgte von Radowig, der entschieden erklärte, daß die Freunde des alten Systems an die Wiederherstellung desselben (Reaction) nicht dächten, einmal, weil dasselbe untergegangen sei, und dann, weil sie dessen Mangelhaftigkeit einfähen. Er vertheidigte Winckel's Antrag auf

Ueberlassung der Wahl der Central-Gewalt an die Regierungen, welche bemüht sein würden, den (oder die) Populärsten ausfindig zu machen. Ruge nahm sich kräftig der Volks-Souveränität an, und eiferte gegen die „pommerschen und westfälischen Landjunker, welche mit brüsklen Redensarten und Robomontaden dieselbe wegdisputiren wollen.“ Er protestirt im Namen der Wähler und des Volks entschieden gegen jede Entäußerung dieser Souveränität, d. h. gegen jede Zerschneidung der Regierungen an der Wahl der Central-Gewalt. Nun sprachen noch: v. Sacken für den Kommissions-Antrag; Philipps für den Antrag von Wöhrling (Ernennung dreier fürstlichen Personen durch die Fürsten); Wippermann für Waldeck's Antrag (Einvernehmen der Centralgewalt mit den Einzel-Regierungen); Wiedemann aus Düsseldorf für Schoder's Antrag (Wahl eines Reichsverwesers durch die National-Versammlung, nach vorgängiger Bezeichnung durch die Regierungen); Weig für Meyern's Antrag (Uebertragung an Eine Person); Zimmermann aus Stuttgart für eine provisorische Regierung und sofortige Auflösung des Bundestags; Ebel für die Anträge der Kommission, thilweise auch für Schoder. Die Debatte dauerte bis halb 4 Uhr und wird morgen früh 9 Uhr fortgesetzt. — Gestern Abend war von einem Trupp junger Leute bei Herrn v. Gagern (wegen seiner energischen Zurückweisung ungehörtlichen Benehmens von Seite der Gallerie) eine Kagenmussel versucht, jedoch durch Schutzwachen und Militär vereitelt worden. Einige Teilnehmer wurden verhaftet; einer, der über eine Mauer springen wollte, brach ein Bein. Die Bürgerschaft ist entrüstet über den Vorfall, und Benedey wollte ihn heute in der Sitzung zur Sprache bringen; die Versammlung ging jedoch auf v. Gagern's dringenden Wunsch darüber hinweg. (R. Z.)

[Sitzung der deutschen National-Versammlung am 24. Juni.] Den Vorsitz hat von Seiron übernommen. Nach Verlesung des Protokolls sprach Blum (für seinen Antrag). Er erklärte, daß seine politischen Freunde in zwei Punkten auf ihrem Prinzip und auf Entscheidung durch namentliche Abstimmung bestehen müßten, nämlich bezüglich der Verantwortlichkeit und bezüglich der Ernennung des Präsidenten. Lichnowsky für den Winckel'schen Antrag; Bogt bestätigte die Erklärung von Blum. Rosmann von Stettin für den Möhring'schen Antrag; Stedtman für den Welckerschen Zusatz. Der Redner verlangt, daß die Bestimmung bezüglich der Vollziehung der Beschlüsse der Versammlung etwa dahin gefaßt werde, daß der Präsident (Reichsverweser) die Verkündigung und Ausführung der von der Versammlung beschlossenen Gesetze zu übernehmen habe. Ein darauf hinielendes Amendement haben Wais und Andere niedergelegt. Es entspinnt sich eine Debatte, ob dieses noch zur Berathung kommen könne. Die Abstimmung ergiebt durch die Gegenprobe, daß die Entwicklung nicht mehr zugelassen werden solle. Raveaux (für den Schoder'schen Antrag) findet die gegen die französische Republik im Laufe der Debatte gemachten Ausfälle ungeeignet, nachdem die französische Republik Deutschland die Hand geboten. Auf des Redners Aufforderung erhebt sich die Versammlung, zur Anerkennung der von Frankreich ausgesprochenen freundschaftlichen Gesinnung. (Stürmischer, andauernder Beifall.) Mathy für den Meyern'schen Antrag eingeschrieben. Eben betritt H. von Gagern die Rednerbühne. (D. P. A. Z.)

Stuttgart, 22. Juni. [Militärische Ereignisse.] Die bedauerlichen Unordnungen, welche zu Hilbronn durch Befreiung von Arrestanten bei dem 8. Infanterie-Regimente stattgefunden, sollten sich in Ludwigsburg wiederholen; dieselben wurden jedoch mit Kraft niedergedrückt. Nachdem jenes Regiment nach Ludwigsburg verlegt worden erhielt der Kommandant der Infanterie-Division, General-Lieutenant v. Miller, ausgedehnte Vollmachten, sofort die Untersuchung zu eröffnen, die schlaff gewordenen Disciplin herzustellen und mit aller Energie die militärische Ordnung zu befestigen. — Gestern Nachmittag war der Obermann Hartmann in Untersuchungsaustret nach der Kaserne des 7. Regiments gebracht worden. Die Truppen kehrten um 5 Uhr aus dem Schloßhofe in ihre Kasernen zurück. Es waren nur allgemeine Sicherheits-Maßregeln für den Abend und die Nacht angeordnet. — Gegen 7 Uhr verammelten sich viele Soldaten des 8. Regiments, mit Säbeln bewaffnet in den Alleen und vor der Kaserne des 7. Regiments; mehrere Civilisten, doch in minderer Zahl als sie, gesellten sich zu ihnen. Sie sprachen die Absicht aus, den Hartmann befreien zu wollen. — Der Oberst des siebenten Regiments entging mit Mühe einer Mißhandlung durch Civilisten. Er eilte in die Kaserne; die Mannschafft des 7. Regiments besetzte in Eile die Eingänge, meist nur mit Säbeln bewaffnet. Da erfolgte ein Sturm

gegen das Hauptthor von Soldaten des 8. und einzelnen Civilisten ausgeführt. Sie wurden mit Kraft von den Leuten des 7. zurückgeworfen und mehrere verwundet. Jetzt sammelte sich eine große Menschenmenge in der Poststraße. Die Bürgerwehr und die Truppen traten unter das Gewehr, General v. Miller eilte mit einer Batterie von vier Geschützen herbei. Als seiner dreimaligen Aufforderung, auseinander zu gehen, nicht Folge geleistet wurde, ließ er das 7. Regiment aus der Kaserne vordringen und mit den Bürgerwehren die Straße räumen, zugleich proste die Batterie ab. Nach fünf Minuten war die Straße leer; einzelne Verwundungen und Verhaftungen fanden statt. Die Soldaten des 8. Regiments sammelten sich in ihrer Kaserne, wo sie, wie alle Truppen der Garnison, bis 12 Uhr Nachts unter den Waffen blieben. Eine weitere Ruhestörung ist nicht mehr vorgefallen. Die Bürgerwehr erwies sich eben so bereitwillig bei ihrem Aufgebote, als kräftig und aufopfernd in Ausführung der Sicherheits-Maßregeln. (Schw. Merk.)

Sicherem Vernehmen nach, schreibt das heutige Tagblatt, hat sich unsere Regierung dahin erklärt, sich den Beschlüssen der National-Versammlung unbedingt unterwerfen zu wollen.

Ludwigsburg, 25. Juni. Das 8. Infanterie-Regiment erhielt heute Vormittag die Waffen wieder, nachdem es vollkommen zur Ordnung zurückgekehrt war. Etwa 60 Theilnehmer an der Meuterei wurden heute auf den Hohen Asberg transportirt. (Schw. M.)

München, 22. Juni. [Adresse und Aufregung.] Eine von der ultramontanen Partei ausgehende Adresse an die Nationalversammlung ist seit heute Vormittag zur Unterschrift auf dem Rathhause aufgelegt. Da ein Anschlag an allen Straßenecken, der zur Unterschrift einludet, zu verstehen giebt, die katholische Kirche sei durch die Nationalversammlung in Gefahr, so eilen natürlich viele, namentlich ältere Leute, Männer wie Frauen, nach dem Rathhause zur Unterschrift. Die Aufregung, die durch die Adresse hervorgerufen ward, ist im Zunehmen. Eben war der Tumult auf dem Rathhaussaale so stark, daß derselbe gesperrt werden mußte. Es wäre sonach das Unterschreiben einstweilen eingestellt. Die Anschläge an den Straßenecken sind alle abgerissen worden. (N. A.)

Leipzig, 24. Juni, 12 Uhr Nachts. [Republikanische Demonstration und Kagenmussel.] Seit den Altenburger Vorfällen hat die demokratisch-republikanische Partei ihr Haupt in einer Weise erhoben, welche alle Gutgesinnten, d. h. diejenigen, welche die bürgerliche Freiheit, aber auch die Ordnung wollen, mit Besorgniß erfüllt hat. Der hiesige deutsche Verein, gestützt auf die Verfassung und das Gesetz, hat sich demnach veranlaßt gesehen, diesen Wählerereien gegenüber entschiedene Schritte zur Wahrung der Verfassung zu thun. — Seit heute früh hielt ein Mann in der Nähe der Grimmaischen Straße Korkarden feil und machte gute Geschäfte, wie es schien; zugleich hatte er eine kleine Firma aufgestellt: „Korkarden für Republikanischgesinnte.“ Gegen 6 Uhr Abends kommen zwei Männer, werfen den Kasten mit den Korkarden herunter und zerreißen ihm die Firma. Der Korkardenverkäufer soll alsdann auf die Denuntiation jener Herren verhaftet worden sein. Dabei sollen zugleich von einem Dritten Aeußerungen gethan worden sein, welche namentlich die republikanischgesinnten Arbeiter verlegt haben. Als Thäter werden genannt der Appellationsgerichts-Sekretär Lennig, der Tischlermeister Börschmann und der Konditor W. Felsche. Der Unwille über diese unkluge Handlung war allgemein, und auf dem Augustusplatz standen bis spät in die Nacht dichte Haufen, welche sich darüber ausließen und dabei mehr die rechtliche als politische Seite derselben hervorhoben. Zum Johannisstage findet im Johannissthal eine Art Volksfest statt und hier soll etwas Aehnliches vorgefallen sein, wie auf dem Augustusplatz; von hier aus bewegte sich auch gegen 9 Uhr eine ungefähr 500 bis 600 Mann starke Kolonne junger Leute, unter welchen eine Anzahl Studenten. Man marschirte zu Wierren vor das Polizeigebäude, wo sich bereits der Kreisdirektor v. Droizem und der Polizeipräsident Stengel eingefunden hatten. Es begab sich eine Deputation zu denselben, um die sofortige Verhaftung jener Herren zu verlangen. Das wurde natürlich nicht erreicht, jedoch die Versicherung gegeben, daß die Sache dem Kriminalgerichte übergeben werden sollte. Nach einigem Hin- und Herreden begab man sich in den Garten des Schützenhauses, um eine sogenannte Volksversammlung abzuhalten, wobei es so herging, wie es bei Volksversammlungen herzugehen pflegt. Es wurde beschlossen, eine Kommission zu ernennen, welche morgen früh im Kriminalamte Nachfrage halten sollte, ob die Untersuchung eingeleitet wäre, und bestimmt aussprechen, daß

der Bescheid binnen acht Tagen veröffentlicht werden müßte. Von hier aus begab sich der Haufe, nachdem er vorher der Republik ein dreimaliges Lebehoch gebracht hatte, vor die Wohnungen der oben genannten Herren, um ihnen — die schöne Sitte soll also auch bei uns heimisch werden — Kagenmusiken zu bringen. Inzwischen wurde aber Generalmarsch geschlagen, das Militär rückte aus der Kaserne und das auf den Dörfern um Leipzig kantonirende Bataillon wurde durch Raketen und Leuchtkugeln, welche für solche Fälle auf der Sternwarte losgebrannt werden, zum Einrücken beordert. Indes unsere Republikaner sind zu klug, als daß sie jetzt etwas Ernstliches hätten unternehmen sollen, was auch, wie es mir nach unmittelbarer Anschauung und Beobachtung schien, für heute gar nicht in ihrem Plane gelegen haben mag. Um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr befanden sich nur noch auf der Grimmaischen Gasse etwa 100 Reugierige, und wenn hier einige Kommunalgardisten mit gefälltem Bajonette, wie es mir schien, ohne Kommando, auf die Umstehenden losstürzten, andere sogar anlegten, so muß man bedenken, daß die Mannschaft der Kommunalgarde bereits den dritten Abend auf den Beinen ist und die Geduld endlich auch einmal zu Ende geht. Ich erwähne dieses Umstandes bloß, um etwaigen Uebertreibungen und Entstellungen vorzubeugen. Verletzungen sind meines Wissens keine vorgekommen. (Dresd. Z.)

© Leipzig, 25. Juni. [Beschlüsse einer Volksversammlung. Die Ruhe hergestellt.] Heute wurde von derjenigen Abtheilung unserer Republikaner, von welcher man behauptet, daß sie zugleich oder vorzugsweise kommunistische Pläne verfolgte, eine große Volksversammlung abgehalten, in welcher die Vorgänge des gestrigen Tages ausgehult wurden. Die Redner versicherten zunächst, die tumultuarischen Scenen der gestrigen Nacht seien keinesweges von Leuten ihrer Partei ausgegangen, dergleichen Geschwindigkeiten zu verüben, überließen sie ihren Gegnern, den Aristokraten, sie für ihren Theil hätten sich durchaus nur vollkommen geschlicher Mittel bedient, sie seien zwar gestern in Masse vor das Polizeiamt gezogen, aber nur, um die von ihnen erwähnte Deputation zu begleiten, welche bei dem Vorstände der Polizeibehörde erfragen sollten, ob jene Tischumwerfer geschwindig gehandelt hätten. — Da ihnen erwidert worden sei, sie hätten sich in dieser Angelegenheit an das Criminalgericht zu wenden, so hätten sie eine Klageschrift aufsetzen lassen, welche sofort verlesen und allgemein gebilligt wurde. Zugleich wurde beschlossen, daß das Criminalgericht diese Angelegenheit in acht Tagen vollständig zu Ende bringen solle. — Ferner wurde in dieser Volksversammlung beschlossen, daß morgen der Verkauf der republikanischen Kokarden fortgesetzt werden solle, und daß das Volk die Verkäufer schützen werde, wenn etwa die Reaktionen noch einmal versuchen sollten, diesen Verkauf zu hindern. — Endlich brachte einer der Leiter dieser Volksversammlung noch folgende Angelegenheit zur Besprechung. Woher kommt es, sagte er, daß man uns noch immer so wenig Achtung erweist? Antwort: Weil wir unbewaffnet sind. Wir wollen also einen Antrag an die Regierung abgehen lassen, in welchem wir verlangen, daß wir auf Kosten des Staates bewaffnet werden, damit die Volksbewaffnung eine Wahrheit werde. — Auf die Frage, ob dieser Vorschlag von der Versammlung gebilligt werde, antworteten etwa 20 Stimmen „Ja“, und somit war der Antrag zum Beschluß erhoben. — Nachschrift vom 27. Vormittags 11 Uhr. Keine Spur von Unruhe; der Kokardentisch ist verschwunden.

Kassel, 23. Juni. [Ständerversammlung.] In der gestrigen Sitzung der Ständerversammlung waren sämtliche Mitglieder des Staatsministeriums anwesend. Ministerialvorstand Eberhard setzte auf Veranlassung des in der Sitzung am 16. Juni vom Abg. Henkel gestellten Antrages, das Verhältnis der verantwortlichen Minister zu dem Regenten betreffend, aus einander, wie dieses Verhältnis in Folge höchster Entscheidung bestehe, und wie die gegenwärtigen Mitglieder des Ministeriums ihre Verantwortlichkeit stets so aufgefaßt hätten, daß sie in den Fällen, wo die Landeswohlthat irgend eine Maßregel erheische, sich auch für passives Verhalten verantwortlich erachteten. Der Ministerialvorstand äußerte schließlich, wenn der Ausschuß über den Antrag des Abg. Henkel noch eine Berathung und Beschlussnahme für nötig erachte, sei zu wünschen, daß derselbe erst mit dem Ministerium in Berathung darüber trete. Abg. Nebelthau war erfreut, durch diese Erklärung einer Interpellation überhoben zu sein, um klar und unzweideutig darzustellen, weshalb die entschiedenen Anhänger der konstitutionellen Monarchie mit ganzem Herzen für das jetzige Ministerium seien. Er trug darauf an, die Erklärung desselben dem Verfassungsausschuss zu überweisen. Abg. Henkel fügte hinzu, derselbe könne sich auch darüber aussprechen, ob sein Antrag überflüssig geworden. Die Eröffnung wurde dem Verfassungsausschuss überwiesen. Von Seiten der Landtags-Kommission erfolgten folgende Mittheilungen: 1) der Entwurf eines Bürgergardengesetzes; 2) eine Eröffnung auf den Antrag des Abg. Henkel wegen Einführung der Volksbewaffnung; 3) der anderweite Ent-

wurf einer Geschäftsordnung; 4) Eröffnung in Betreff der Beerdigung der Offiziere und der Aufnahme des Verfassungseides in den Fahnen der Soldaten, aus welcher erhellt, daß die Beerdigung der Offiziere auf die Verfassung nur im zweiten und dritten Infanterie- und ersten Husaren-Regimente aus Versehen unterblieben sei, aber nachgeholt werden solle, und daß der Verfassungseid in den Fahnen der Soldaten von nun an aufgenommen worden sei. Die deshaltige Eidesformel liegt der Eröffnung bei. Abg. Bergl berichtete für den Verfassungsausschuss über die Abänderung der Wahlbestimmungen. Hierauf wurde in der Berathung des Präseseses fortgeföhrt. (K. A. Z.)

Hannover, 23. Juni. Seit etwa neun Tagen läuft hier das sonderbare Gerücht um, daß General Halkett in großer Gefahr geschwebt habe, von einem in Holstein reich begüterten, hier sehr bekannten Edelmann an die Dänen verrathen und deren Händen überliefert zu werden, der schauerhafte Plan jedoch durch die Geistesgegenwart des General Halkett — nach einer anderen Lesart durch die Schlaueit eines jungen Mädchens — vereitelt worden sein soll. (Wesf. Z.)

O e s t e r r e i c h .

Wien, 25. Juni. [Eine Audienz beim Erzherzog Johann. Proklamation.] Heute (Sonntag) stellte der Herr Minister Baron Pillersdorff den Herrn Oberkommandanten und die Herren Offiziere der Nationalgarde Sr. kais. Hoheit dem Herrn Erzherzoge Johann vor, und erwähnte bei dieser Gelegenheit, daß die Nationalgarde schon wiederholt ihre Gesinnungstreue und Wirksamkeit bethätigt habe. Se. kaiserliche Hoheit befragte den Herrn Oberkommandanten um den Stand und die Organisation der Garde, und erwiderte mit schlichten und herzlichen Worten, daß ein Institut, das für Ordnung und Sicherheit einstehe, einen schönen Beruf habe. Sie vertrete den Besitz, die Gewerbe und die Intelligenz, ihr Beruf sei gegenwärtig ein um so wichtigerer, als der Reichstag bevorstehe und nicht gestört werden solle; auch hoffe er, daß endlich jener Friede über Wien wiederkehren werde, der allein das Aufblühen der Kaiserstadt möglich mache. — Mein Kaiser, äußerten Se. kais. Hoheit, ist unwohl, und hat mich alten Mann dazu bestimmt, seine Stelle hier einzunehmen. Ich bin eben so sehr von dessen constitutionellem Willen und ethischen Meinung überzeugt, als ich Sein Vertrauen besitze, und weiß, daß mein Kaiser alles das, was er versprochen, als ehrlicher Mann halten werde. Meine Herren, von einer Reaction ist keine Rede, denn diese ist unmöglich. Ich lese in ihrer aller Blicken, daß ich auf Sie, akademische Legion, Bürger und Nationalgarde rechnen kann; daher Einigkeit unter uns — Einigkeit, die so nötig ist. — Ich habe zu Ihnen Vertrauen, daher vertrauen Sie mir! — Der Herr Minister knüpfte hieran den Bericht, daß die Ergänzung der sechs Batterien für die Nationalgarde von Sr. Majestät dem Kaiser bewilligt sei. — Se. kais. Hoheit erwiderte hierauf: „Braven Männern muß man Vertrauen schenken. Vertrauen verdient Vertrauen! — Uebrigens, meine Herren, will ich Sie noch Alle sehen, Alle!“ Hierauf erwähnte er dankend der Serenade in vergangener Nacht. — Die Worte dieses durchlauchtigsten Prinzen bieten uns die heiligste Garantie für den festen und unverbrüchlichen Willen unsers gütigen Monarchen. — Johann ist der Bringer des Segens! Heil dem Werke, das er vollenden soll.

Die Wiener Zeitungen enthalten folgende Proklamation: „Se. Majestät der Kaiser hat mich in Anbetracht seines noch andauernden Unwohlseins zu seinem Stellvertreter ernannt. — In dieser Eigenschaft habe ich den Reichstag in seinem Namen zu eröffnen, und bis zu seiner Zurückkunft nach Wien die ihm als konstitutionellen Kaiser zustehenden Regierungsgeschäfte zu leiten. — Dieses Vertrauen meines Kaisers ist mir heilig! — Ich will es rechtfertigen, indem ich seinen innersten aufrichtigen Willen erfülle, der dahin gerichtet ist, die den österreichischen Völkern gewährten Freiheiten und Rechte streng und gewissenhaft zu wahren, und in allen Fällen, wo das kaiserliche Wort entscheiden soll, den Geist der Gerechtigkeit und Milde festzuhalten. — Die Zeit ist ernst und entscheidend für Oesterreichs Glück und Macht; — ein neuer fester Grundbau ist zu vollführen, — die Gesetzgebung bedarf in allen ihren Zweigen wesentliche Veränderungen, und neue Hülfquellen sind zu eröffnen, um den nächsten dringenden Anforderungen zu genügen. Diese große Aufgabe kann nur durch gemeinsame und kräftige Mitwirkung Aller, und nur durch die vereinigte feste Haltung gegen die Feinde des Vaterlandes, sreudig gelöst werden. — Mit Zuversicht rechne ich auf diese allgemeine Mitwirkung, — ich rechne auf die Liebe des österreichischen Volkes zu ihrem Kaiser und zu ihrem schönen Vaterlande, — ich rechne auf seinen verständigen Sinn für Ordnung und Ruhe als Bedingungen einer wahren Freiheit, und ich rechne endlich auf sein Vertrauen zu meinen, wie ich glaube, bewährten ethischen Willen für Oesterreichs Wohlthat und Ruhe auch meine letzte Kraft zu weihen. — Unter diesen Voraussetzungen fühle ich mich noch stark, und von den besten Hoffnungen erfüllt, daß ich die mir anvertraute Macht durch

das Gesetz, durch den Frieden und durch das allgemeine Wohlergehen gekräftigt in die Hände meines gnädigsten Kaisers wieder zurücklegen werde. — Erzherzog Johann.“

* Die „Oesterreichische Zig.“ enthält ein Schreiben des Regierungsraths Groß, Sekretärs der Kaiserin Mutter, worin Ihre Majestät gegen die in einem Wiener Blatte ausgesprochenen Anschuldigungen gerechtfertigt wird: daß sie dem Orden der Liguorianer Schutz angedeihen lasse und große Summen an denselben verschwendet habe.

[Sitzungen des Sicherheits-Ausschusses am 24. Juni.] In der Morgensitzung beschäftigte man sich wieder mit den Prager Ereignissen. Die Endresultate der Verhandlung waren: Das Ministerium um die Entsetzung und Untersuchung des Grafen Leo Thun und Mitschuldigen zu ersuchen, so wie Vorstellungen wegen Fürsten Windischgrätz's Abdankung, wegen Genugthuung ob der an den Deputirten verübten unwürdigen und schimpflichen Gewaltthatigkeiten und Zurückstellung der ihnen abgenommenen Waffen. Der Ausschuss verlangt ferner zu wissen, welchen Bericht die beiden Ministerialkommissäre H. v. Mensdorf und Klezanski abgestattet, daß, wenn in Prag ein Komplott entdeckt wurde, solches nicht vom Militär, sondern von Civilrichtern untersucht werde und verlangt zum Beschluß Behufs der Abdankung des FML. von Windischgrätz, der das Kommando bloß in die Hände Sr. Majestät niederlegen will — ob Erzherzog Johann als Bevollmächtigter (mit unumschränkter Vollmacht) des Kaisers kommt. Antwort bejahend. — Die Abendsitzung discutirt, ob man Kagenmusiken ausnanderreiben soll oder nicht und kommt auf das alte Axiom zurück, so lange keine Gewaltthatigkeit verübt wird, soll kein Einschreiten stattfinden. — Man beschließt ferner auf geeignetem Wege dahin zu wirken, daß das k. k. Militär (deutsche Provinzen) sowie die Nationalgarde die deutsche dreifarbige Kokarde trage. — Zum Schluß sprach man noch wegen Beerdigung des Militärs auf die Verfassung. (Oesterr. Zt.)

Wien, 25. Juni. [Der Prinz Johann und der Sicherheitsausschuss. — Verein großer Gutsbesitzer. — General Lederer. — Würtemberger Regierung.] Erzherzog Johann ist gestern Abend um 7 Uhr hier angekommen und zwar im strengsten Zukognito. Se. k. k. Hoheit bestieg am Gloggnitzer Bahnhof einen offenen leichten Wagen, und fuhr, seinen steirischen Jägerhut auf dem Kopf und selbst das Geschire lenkend, schnurstracks in die Hofburg, wo in dem die Reichskanzlei benannten Flügel eine Reihe von Gemächern für seine Aufnahme in Bereitschaft gesetzt worden war. Heute Morgen um 10 Uhr ließ sich der Erzherzog dem Sicherheits-Ausschuss vorstellen, und richtete an dessen Präsidenten Dr. Fischhof Worte des Dankes, wobei indes die Ansicht durchschimmerte, daß diese aus dem Orangete der revolutionären Ereignisse hervorgegangene Behörde nunmehr in den Schooß des Volkes zurückkehren möchte. — Die Angelegenheit wegen der durch Herrn Herz vermittelten Korrespondenz des Fürsten Metternich mit vielen hiesigen Aristokraten klärt sich jetzt dahin auf, daß es ein von dem Grafen Bentinck an jene Herren vom Adel gerichtetes Circular gewesen, worin sie aufgefordert werden, einem Verein großer Gutsbesitzer beizutreten, der die Wahrung ihrer Interessen in den deutschen Ländern zum Zweck hat. — Der bisherige Kommandirende General in Ungarn, General Lederer, dessen Stellung durch die neuerlichen Vorfälle in Ofen bei der berüchtigten Kagenmusik unhaltbar geworden, ist nunmehr seines Postens enthoben und als Feldmarschall in den Ruhestand versetzt worden. — Gegen die württembergische Regierung wird auch in hiesigen Blättern großer Unmuth laut und zwar wegen der Haltung derselben gegen die Gläubiger des vor einigen Jahren in Schlangenbad verstorbenen k. russischen General-Lieutenants Prinzen Adam von Württemberg, der meistens hier gelebt und eine Menge Schulden hinterlassen hat, die trotz der wiederholten Mahnungen der k. k. Staatskanzlei noch immer nicht bezahlt worden sind.

Innsbruck, 21. Juni. [Protestation und Ermahnung.] Wie wir so eben vernahmen, haben die deutsch-tirolischen Deputirten beim deutschen Parlamente in Frankfurt gegen die von den wälsch-tirolischen Abgeordneten beantragte Trennung der Kreise Trient und Roveredo von Tirol eine Gegenvorstellung an die Reichsversammlung eingereicht. Gleichzeitig wurde nach uns eben zugekommenen Berichten von Roveredo aus eine von der Mehrzahl der dortigen Einwohner unterfertigte Adresse, worin sie im Widerspruch mit ihren Deputirten den Wunsch, daß die beiden südlichen Kreise bei Tirol verbleiben möchten, aussprechen, an die Reichsversammlung nach Frankfurt gesendet. — Der Banus von Croatien hat von hier aus an die croatischen Regimenter bei der österreichischen Armee in Italien eine Aufforderung erlassen, worin er sie ermahnt, tapfer und treu bei der österreichischen Armee auszuharren.

Prag, 25. Juni. [Der Landtag und die Wahlen zum Reichstage. — Die Presse. —

Allgemeine Entwaffnung. — Entlassungen aus der Haft. — Prag noch im Belagerungszustande.] Die Wahlen zu unserm Landtage sind größtentheils vorüber, doch haben einzelne Dorfschaften und Vikariate gar nicht wählen wollen und nicht gewählt. Unser Bauer ist leider Gottes in jeder Beziehung, sowohl in politischer wie intellektueller Bildung noch sehr zurück. So eben werden die Wahlen für den Wiener Reichstag ausgeschrieben, welche jetzt über Hals und Kopf vorgenommen werden müssen. Unser Landtag ist zwar von Sr. Majestät bereits ausgeschrieben worden, doch fehlt in dem Dokumente der Tag des Zusammentretes, der dem Ermessen des Grafen Leo Thun überlassen ist; so lange der Belagerungszustand dauert, kann davon keine Rede sein. — Unsere Presse ist noch immer unfrei. Faktisch ist zwar keine Censur; aber man dreht Jeden, der aufreizend schreibt, vor ein Kriegsgericht zu stellen; da möchte man freilich einstweilen um Censur bitten, denn wer kann wissen, was die Herren des Kriegsrechts unter aufreizend verstehen? — Ein neuer Maueranschlag vom Bürgermeister und dem Stadverordneten-Kollegium befiehlt die gänzliche Ablieferung sowohl der zur Volksbewaffnung an die Nationalgarde gegebenen Ararialwaffen, wie auch aller Privatwaffen, selbst die durch alle, besondere Privilegien durch Jahrhunderte bestehenden uniformirten Bürgercorps, welche aufopfernd bisher mit dem Militair die Wachposten bezogen, müssen ihre Waffen abgeben. Es herrscht darüber große Mißstimmung und Angst über das, was noch nachfolgen könnte. Der letzte Termin ist bis zum 26., dann treten Strafen ein und zwar gegen die Besitzer eigener, nicht abgegebener Waffen, wegen Wiederseßlichkeit gegen obrigkeitliche Befehle, gegen die Besitzer von Ararialwaffen, wegen absichtlicher Vorenthaltung fremden Eigenthums. — Die Arrestationen haben nachgelassen, wenigstens hört man nicht von neuen; die Inquisiten auf dem Schlosse, wo fünf Kommissionen die Verhöre vornehmen, mindern sich, wiewohl langsam, da man die Meisten bisher als schuldlos entlassen hat. Wir hoffen, daß Alles recht bald ganz klar werden wird. Auch Graf Duquoi soll gestern als schuldlos entlassen worden sein. — Noch immer kampirt das Militair auf der Kleinfeld, dem Hradschin und Prags nächster Umgebung theils im Freien, theils unter Zelten; die Königsburg gleicht einem feindlichen Hauptquartier.

[Wieder einige Schlaglichter auf die Prager Ereignisse.] Zeugen von der Stadt und dem Lande sagen uns, daß der 15. Juni zum Ausbruche des Kampfes bestimmt war. Am 15ten, hieß es, geht's los. In der Nähe Prags sollen eine große Anzahl von Morgensternen gefunden worden sein mit der gravirten Inschrift: „der 15. Juni.“ Die fast alleinigen Vertheidiger der Barrikaden, behauptet man, waren Polen. Zwei Stunden nach dem Mittwoch Nachts erfolgten Abzüge des Militärs auf den Hradschin trat ein Comité aus den drei Mitgliedern Palazky, Dr. Liebitz und Bakunin bestehend, zusammen, von der die bekannten nationalen Forderungen der Böhmen ausgingen. Zwar ist jene Proclamation von diesen Namen nicht unterzeichnet, aber sie wurde im Namen derselben in die Bürgerhäuser herumgetragen (so wird berichtet). Der Antrag, nichts von Geld oder Habfeligkeiten aus der Stadt zu lassen, ging vom Spektateur Joseph Wewerka aus, der mit einer bedeutenden Summe entwichen ist. — Bei der am Hofmarkt abgehaltenen Filmesse war das bekannte Kongressmitglied, der slavische Priester Hurban der Redner des Tages. Nach öffentlich abgelegtem Schwure zogen die einzelnen Korporationen vor dem Altare vorüber, sich die Hände reichend und von da zum Kommandanten. Die Barrikaden waren nach einem schon bestimmten Plane errichtet und zwar eher noch, als auf dem Graben geschossen worden. Ein Augenzeuge berichtet über den Beginn der Feindseligkeiten vor dem Palais des Generalkommando Folgendes: Die Swornost die verschiedene slavische Lieder, darunter auch, „noch ist Polen nicht verloren,“ singend durch den Pulverturm sich heranwälzte, beschimpfte die vom Kommandirenden gerade sich entfernende deutsche Deputation. Zum Schutze derselben ließ Adjutant Gerstcker einige Mann Grenadiere aus dem Hause rücken. Steinwürfe vom Volke erfolgten. Darauf läßt der Offizier mit Bajonnet vorbringen. Ein Techniker hiß mit dem Säbel auf ihn ein, ohne ihn zu treffen, wurde aber von dem gegen ihn geführten Schläge am Hure verwundet. Nun fielen die Schüsse aus den Häusern auf das Militair, das nur blind noch erwiderte. (Hoffentlich werden die schon im Gange befindlichen Untersuchungen Aufschluß über den Zusammenhang der Dinge geben.)

(Oesterr. Z.)

§§ Pesth, 23. Juni. [Attentat gegen Kossuth. — Jellachich. — Reactionstendenz des illirischen Aufstandes.] Gestern Nacht ist ein Attentat gegen unsern berühmten Kossuth, den Finanzminister, versucht, aber vereitelt worden. Derselbe logirt Gesundheitshalber in einer Sommerwohnung bei Christinenstadt in Ofen. Um 10 Uhr Abends wollten etwa 20 Männer, wie man glaubt, Rajzen (Serbianer) in Kossuth's Wohnung bringen, ergriffen aber auf das

Herbeikommen von Nationalgarde die Flucht. Die Polizei hatte zeitig Lust davon bekommen. Heute wurde ein räusischer Fiskal arreirt, bei welchem man die Fäden eines Complots entdeckt haben soll, welches sich bis nach Ugram zieht. Man bringt damit auch das Gerücht in Verbindung, welches hier schon seit mehreren Tagen munkelt, und noch welchem am 24sten d., also morgen, in allen ungarischen Städten Militair-Emeuten ausbrechen sollen. Ueber dem Ganzen ruht annoch ein tiefes Dunkel. — Das Ministerium hat heute einen Courier aus Innsbruck erhalten. Man will wissen, daß derselbe die Nachricht von der Arretirung und Abführung des Banus von Croatien, Bar. v. Jellachich, nach der Festung Kuffein gebracht habe. Wir können dem um so weniger Glauben schenken, als wir aus zuverlässiger Quelle wissen, daß der Erzherzog Franz Carl den Banus Jellachich in einer Privataudienz empfangen hat. Doch spricht man davon auch in gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen (s. unten). — Die Reactionstendenz des illirischen Aufstandes tritt immer klarer hervor. Graf Albert Nugent, welchen der Banus von Croatien zum Banalcommissär über Slavonien ernannt hat, und welcher jetzt an der Spitze der Insurgenten steht, prahlt ohne Scheu, daß er hier selbst das Ministerium stürzen und den alten Zustand wieder herstellen werde. — Der hiesige Geschäftsführer des bekannten Wiener Hauses Eskeles und Arnstein wollte unter der Angabe einer Spejereisendung einige tausend Flinten nach Croatien schicken. Zufällig wurde jedoch der wahre Inhalt der Spejereisendung entdeckt und confiscirt. Bei einem andern Kaufmann ist eine ebensalls dorthin bestimmte Baarsomme von 8000 Fl. C. M. mit Verschlag belegt worden.

** [Direkte Nachrichten, die Verhandlungen zwischen dem ungarischen Minister und dem Ban von Croatien am Hofe zu Innsbruck betreffend.] Aus Ugram melden die Nachrichten vom 23. daß der Banus Jellachich Innsbruck verlassen hatte, und daß er in seiner Anstellung verbleibt. Es war hieüber großer Jubel. Eine Verständigung mit der ungarischen Regierung scheint zu Stande gekommen zu sein. Es war die höchste Zeit, denn die neuesten Berichte aus Belgrad vom 23. melden, daß seit 14 Tagen 6000 Serbier über die Donau gesetzt hatten, um sich den Kroaten im Fall der Noth anzuschließen. Zwischen Peterwardein, Neufas und Belgrad herrscht eine förmliche Verbrüderung der Slaven und Serbier, die sich auf gegenseitigen Schutz gründet. — Die Nachrichten aus Ugram vom 23. melden ferner, daß ein Kurier aus Innsbruck vom Banus eingetroffen war, welcher die erfreulichsten Berichte in diese aufgeregte Stadt brachte. Baron Jellachich meldet, daß sich die Einwohner über die von Pesth verbreiteten, seine Stellung betreffenden k. Resolutionen beruhigen sollten, daß sie so wie bisher fest an ihrem König halten und ihm vertrauen blüßten, Kroatien werde seine Rechte im Einklange mit der Krone aufrecht erhalten, und binnen Kurzem werde er heimkehren, indem der Vergleich mit Ungarn so gut wie abgeschlossen sei. Diese Nachricht erregte einen unbeschreiblichen Enthusiasmus und Jedermann beruhigt sich. Ein zweiter Kurier meldet, daß der Banus am 24. in Ugram eintrifften werde. Es war hohe Zeit, denn alle slavischen Komitee waren im Begriff, sich den Befehlen des magyarischen Ministeriums zu widersetzen und von nun an nur noch Befehle von der Central-Regierung in Wien anzunehmen. Diese Wendung der Dinge ist unter den jetzigen Umständen für die ganze Monarchie unberechenbar. Die gänzliche Losreißung des Königreichs Ungarn und eine Heimkehr der kroatischen Grenz-Armee aus Italien wäre vielleicht vor der Thür, wenn sich die Königreiche Kroatien und Slavonien nicht so fest an die Central-Regierung des Kaisers angeschlossen hätten. Erzherzog Johann hat auf Ansuchen des Banus die Vermittelung übernommen, und die unmittelbare Verbindung des ungarischen Ministeriums des Krieges und der Finanzen mit der Centralgewalt soll als Basis schon angenommen sein.

* [Kriegsschauplatz.] Die neuesten Nachrichten aus Verona vom 22. Juni melden keine Veränderung. Aus Treviso wird vom 24. gemeldet, daß sich Parlamentairs von Palmanuova, allwo die schwarzen Blattern furchtbar wüthen, nach Treviso begeben hatten, um sich vom Fall Vicenzas und Paduas zu überzeugen, um sodann Palmanuova zu übergeben.

Triest, 22. Juni. Gestern um 2 Uhr Nachmittags kam das Dampfboot „Erzherzog Franz Karl“, das mit dem Proteste der der deutschen Consuln zur feindlichen Flotte gegangen war, zurück, und brachte folgende Antwort: „Er (Albini) würde Triest nur dann als zum deutschen Bunde gehörig anerkennen, wenn statt österreichischer Flagge überall die deutsche aufgezogen würde, übrigens werde er den Protest über Ancona an seinen König absenden, und weitere Verhaltungsbeehle abwarten, bis dahin dauere die Blokade fort; am besten wäre es, die österreichische Flotte käme hinaus, um sich zu schlagen, man werde dann sehen wer siege, er sei immer gerüstet.“ — Ein Kampf zwischen den beiden

Flotten hat alle Wahrscheinlichkeit des Sieges auf Seiten der Sardinier, denn die feindliche Flotte zählt 13 Schiffe, unter denen die große Fregatte S. Michele mit 64 Kanonen, worunter 10 Paichans welche 84-pfündige Granaten werfen, und alle übrigen Kanonen sind 24-pfünder. Das beste österreichische Schiff, die Velena, hat 52 Kanonen, darunter 2 Paichans für 48-pfündige Granaten, und die übrigen Geschütze sind 18-pfünder. Wie könnten 13 Schiffe nur 11 entgegensetzen, auf welchen die Matrosen größtentheils Rekruten sind. (Wiener Z.)

Frankreich,

* Paris, 22. Juni. [Rossi. — N. J. Bonaparte. — Auflösung der Nationalwerkstätten.] Ein Dekret des Unterrichtsministers Carnot entsetzt den bekannten Professor und Diplomaten Rossi seines Lehrstuhls des Droit constitutionnel français an der Pariser Universität und schreibt diese Stelle der öffentlichen Bewerbung aus. Als Grund der Entsetzung giebt der Moniteur das unentschuldigte Ausbleiben des Gesandten und Professors seit dem 24. Febr. an. — Napoleon (Jerome) Bonaparte war von der zweiten Legion der Pariser Bürgerwehr als Oberst (an Clemens Thomas früherer Stelle) empfohlen worden. Er schreibt jedoch an jene Legion, daß er die ihm zugebacht Kandidatur aus dem Grunde nicht annehme, weil er das Kommando irgend eines Theils der bewaffneten Macht mit den Pflichten und der Stellung eines Volksrepräsentanten unverträglich halte. — Gestern und heute sollen zwei von den Maßregeln ausgeführt werden, welche zur Auflösung der Nationalwerkstätten führen und von der Nationalversammlung mit so großem Eifer angenommen wurden. 1) Die Arbeit auf Stück à la tâche. 2) Die Aushebung aller jungen Arbeiter von 18 bis 25 Jahren für die Armee. Die erste Maßregel hat bereits gestern zu einer bedrohlichen Spaltung unter den Arbeitern selbst, in den Nationalwerkstätten von Puteaux, zwischen Neuilly und Suresne u. u. geführt und hätte sicher mit einem Blutbade geendet, wenn Trelat, der Staatsbautendirektor, nicht drei Bataillone der Mobilgarde aus der Courbière-Kaserne und zwei Regimente Infanterie im Voraus auf den Platz gestellt hätte. Die Einen, durch den höheren Lohn verlockt, wollten arbeiten à la tâche, die Mehrzahl hielt jedoch an dem sozialistischen Gleichheitsprinzip Louis Blanc's fest. Wie das Aushebungssystem gelingen wird, darüber werden wir nächster Tage berichten.

* [National-Versammlung. Sitzung v. 22. Juni.] Admiral Gasp bestieg dann die Tribune, um der Versammlung anzuzeigen, daß er diesen Morgen Depeschen aus den Antillen erhalten, die ihm melden, daß auf Martinique und Guadeloupe ein allgemeiner Slavenaufbruch ausgebrochen sei, daß sich die Eigenthümer der Pflanzungen durch die Flucht hätten retten müssen und daß endlich der Gouverneur gezwungen worden sei, die Freiheit der Sklaven an beiden Orten auszusprechen. (Stimmen zur Rechten: für das vergossene Eigenthümerblut ist die prov. Regierung verantwortlich! Zur Linken: Schweigen Sie! Schweigen Sie!) Mehrere Glieder hätten womöglich gern sofort eine Anklage gegen jene Freiheitsdekrete geschleudert; allein sie sahen sich nicht unterstützt. Perree, Epicier und Miteigenthümer des Siecle, erhielt dann das Wort zu seiner Interpellation. Ich will mich nicht als Werkzeug von Journalgerüchten und sonstigen Ausfällen enttäuschter Hoffnungen hinstellen, aber wenn man in fast allen Blättern solche Anschuldigungen liest, wie sie die Assemblée nationale im Boissyschen Briefe aus Floren veröffentlicht so glaube ich der Regierung eine Gelegenheit zu verschaffen, den guten Ruf unserer Vertreter im Auslande zu retten. Bastide, Minister des Auswärtigen dankt dem Vortredner und erklärt, daß ihm die beantragte Reinigung des diplomatischen Corps um so leichter sei, als er sich hierin vom Ausschusse fürs Auswärtige fleißig unterstützt sehe. Die Versammlung schritt dann zur wichtigsten aller Tagesfragen, nämlich zur Eisenbahn-Expropriation. — Die Eisenbahnfrage gleich eigentlich schon einer ausgepreßten Zitrone, noch ehe sie zur Diskussion kam. Die Presse hat sie bereits durchgepreßt und man kann sagen, daß wenig Saft mehr übrig bleibt. Die Kapitalisten sind gegen, die Proletarier für die Expropriation im Allgemeinen. Das ist die äußere Stimmung. — Maurin, ein ganz obskures, aber ziemlich wohlhabendes Glied, erhob sich zuerst gegen den Gesetzentwurf und die Expropriation der Eisenbahngesellschaft, als eine Anomalie unter der Republik. — Galy Cazalat vertheidigte den Entwurf, indem er die Ansicht aufstellte, daß der Handel erst dann einen immensen Aufschwung nehmen würde, wenn ihm alle Verbindungswege zu Gebote ständen. Der Redner beruft sich auf das Beispiel anderer Staaten, die den Beweis liefern, daß der Staat der naturgemäße Ausbeuter. Die Eisenbahnen würden außerdem dem Proletariat fortwährende Beschäftigung verschaffen u. s. w. — Cordier und Mathien de la Drome hielten unbedeutende Vorträge. — Montalembert, Oberhaupt der ultramontanischen Partei, sprach über anderthal

Stunden. Es war sehr erbaulich, den bekannten Jesuitenfreund über Staatsökonomie statt über aargauische oder Luzerner Klöster sprechen zu hören. Der Staat, bewies er, dürfe weder als Produkteur, noch als Ausbeuter, noch als Commissionär, noch als Industrieller auftreten. Er könne ihm höchstens das Post-, Salz- und Tabakmonopol zugestehen. Sich des Eisenbahneigenthums bemächtigen, heiße sich dem Kommunismus in den Rücken stürzen. Die Maschine ergreift erst den Zipfel des Kleides eines Kindes in der Fabrik und reißt dann das Kind selbst hinab — rief der Redner. Heute nimmt man die Eisenbahnen, morgen wird man alles übrige Affoziationseigenthum ergreifen. Was der Redner am meisten fürchtet, sind die Arbeiter-Armeen, welche die Expropriatoren nothwendig zur Folge haben werden und die eine fürchterliche Macht in den Händen der Expropriationen sein würden. Der Redner donnerte noch fürchterlich gegen diese Eigenthumsangreifer um 6½ Uhr und las Proudhonsche und Leroupsche Artikel.

Paris, 23. Juni. [Arbeiter-Unruhen.] Das Journal des Débats (das einzige Blatt, welches heute von Paris angekommen), berichtet: „Seit einigen Tagen glaubte die Regierung, durch die energischen Beschlüsse der National-Versammlung gedrängt, endlich Maßregeln ergreifen zu müssen, um zur Auflösung der National-Verfassungen zu gelangen. Bekanntlich war am 20. in allen Bezirken die Zählung vorgenommen worden, und ungefähr 12,000 Arbeiter, fast alle aus der Provinz, hatten sich auf die Listen eintragen lassen, indem sie sich bereit erklärten, nach den Departements abzugehen, um dort bei den Arbeiten, welche die Regierung angeordnet hat, beschäftigt zu werden. Die Führer suchten ihre Kameraden zurückzuhalten, durch Verbreitung des Gerüchts, daß ihnen in der Provinz eine sehr schlechte Behandlung bevorstehe, und daß die, welche sich schon dorthin begeben haben, von den Einwohnern geprügelt worden seien. Gestern früh erschien nun eine Gruppe von etwa 400 Arbeitern im Luxemburg und verlangte mit der Kommission der vollziehenden Gewalt zu sprechen. Herr Marie willigte in die Annahme einer Deputation, und es begaben sich fünf derselben zu ihm. Als der, welcher an ihrer Spitze stand, Herrn Marie anreden wollte, weigerte sich dieser, ihn anzuhören, indem er ihm sagte, daß, da derselbe zu den Banden gehört, die am 15. Mai die National-Versammlung gestürmt, er in ihm nicht das Organ der Arbeiter anerkennen könne. Dann wandte sich Herr Marie zu den vier anderen Abgeordneten, zu denen er gesagt haben soll: „Sie sind nicht die Sklaven dieses Mannes, Sie können selbst Ihre Beschwerden vortragen.“ Nachdem Herr Marie ihre Klagen aufmerksam angehört hatte, suchte er sie davon abzubringen, daß sie sich von den Unruhestiftern verleiten ließen, die sie in Empörungszustand gegen die Regierungsgewalt und gegen die Gesellschaft versetzen wollten. Er beruhigte sie übrigens vollkommen über die Absichten der Regierung, die sich eifrig und theilnehmend mit ihrem Loose beschäftige. Es scheint, daß die Abgeordneten den Arbeitern, welche ihrer auf dem St. Sulpice-Platz warteten, keinen genauen Bericht über diese Unterredung erstatteten, und daß sie, eine Aeußerung des Herrn Marie entstellend, ihnen sagten, dieser habe sie Sklaven genannt. Darauf begannen die Arbeiter zu schreien: Nieder mit Marie! Nieder mit der vollziehenden Kommission! Nieder mit der Versammlung! Einige stürzten nach dem Glockenthurm der St. Sulpice-Kirche, vermuthlich um Sturm zu läuten, aber man hatte noch Zeit gehabt, die Treppentür zu verschließen, und es gelang ihnen nicht, dieselbe zu sprengen. Von da wendeten sie sich durch die Straßen Vieux-Colombier, St. Dominique und Bac nach den Quais. Auf dem Wege dorthin ließ sich eine neue Art von Geschrei vernehmen. Nach der Weise: Lampen, Lampen! schrie man: Wir bleiben, wir bleiben! Diese Kolonne zog durch die Vorstädte St. Antoine, St. Marceau und mehrere andere Stadtviertel. Unterwegs vermehrte sie sich durch einige hundert Müßige. Abends stellten sie sich auf dem Bastille-Platz und an der Barrière du Trone auf. Polizei-Kommissare erhielten den Befehl, sich an Ort und Stelle zu begeben, um diese Zusammenrottungen zu zerstreuen. Es lebe Napoleon! Es lebe der Kaiser! Nieder mit Marie! Wir bleiben! war das einzige Geschrei, welches man von den Individuen hörte, welche an dieser Demonstration Theil nahmen. Die Regierung, welche fürchtete, die Ruhestörer möchten nach dem Palast der National-Versammlung vorzudringen versuchen, ließ ein Infanterie-Bataillon und zwei Dragoner-Schwadronen beordern, sich bei dem Palast aufzustellen. General Negrier, Quästor der National-Versammlung übernahm sofort das Kommando über alle zum Schutz der Versammlung bestimmten Truppen. — Mitternacht. Die Manifestationen, welche am Morgen von einem Theile der Arbeiter der National-Verfassungen ausgingen, haben am Abend ganz Paris in lebhafter Aufregung erhalten. Die Zugänge zum Stadthause waren fortwährend versperrt; eben so die Zugänge zum Luxemburg-Palast. Die Boulevards waren mit Volksgruppen

bedeckt, in den Straßen St. Martin, St. Denis, Temple fanden Zusammenrottungen statt. Um 8 Uhr Abends füllte sich der Pantheon-Platz mit mehreren tausend Arbeitern. Um halb 9 Uhr verließ eine 4 bis 5000 Individuen starke Kolonne die Vorstadt und zog, eine Fahne voran, nach dem Quai des Stadthaus, über den Platz und in der Richtung nach dem Faubourg du Temple, wo sie, wie man sagte, sich mit den Arbeitern der Stadtviertel Temple und St. Antoine vereinigen wollte. Dieser Zug verursachte einige Besorgnisse, und als er vorüber war, wurde der Platz am Stadthause für den Verkehr abgesperrt und die Arcole-Brücke vom Militär besetzt. Im Laufe des Abends wurden Vorsichtsmaßregeln getroffen, die Nationalgarde theilweise zusammenberufen und ansehnliche Truppen-Abtheilungen im Luxemburg versammelt. Um 10 Uhr rückten eine Dragoner-Schwadron und mehrere Compagnien Linientruppen, Mobilgarde und Nationalgarde auf den Stadthaus-Platz, um dort zu bivouakiren. Um 11 Uhr stellte sich ein Linien-Bataillon im Hofe der Polizei-Präfektur auf. Der Zugang zum Justizpalast wird von der Mobilgarde bewacht. Der Palast der National-Versammlung ist ganz mit Truppen angefüllt, und in den Umgebungen desselben findet ein sehr lebhafter Wachsamkeitsdienst statt. Ueberall sieht man zahlreiche bewaffnete Macht, und auf allen Mairien ist ein starkes Picket in Permanenz. Hier in der Mitte der Nacht vom 22. zum 23. bricht der Bericht des Journal des Débats ab. (s. die telegraphische Depesche.)

Telegraphische Depesche.

Köln, 25. Juni. Paris ist am 23ten Abends in Belagerungszustand erklärt! — Gewaltiger Kampf! — Viel Barrikaden! Linie und National-Garden treu geblieben! Die Arbeiter machen den Aufstand.

An der Berliner Börse war am 26. Juni folgende telegraphische Depesche angeschlagen: „Man schlägt sich in Paris, ganz Paris ist verbarrikadirt. Die Arbeiter kämpfen für Louis Bonaparte gegen die Nationalgarde.“

Spanien.

* Madrid, 17. Juni. Die Regierungsblätter sprechen von einer allgemeinen Schilberhebung der karlistischen Partei, an deren Spitze die Generale Cabrera, Zariategui und Elío ständen. Der in Südfrankreich (Toulouse) lebende Infant Don Enrique soll die Seele der Bewegung sein.

Großbritannien.

London, 22. Juni. Die „Times“ hofft, daß die Oesterreicher das erste sich ihnen darbietende Kriegsglück in Italien zum Friedens-Abschlusse benutzen werden. Sonst möchte der Krieg ein europäischer werden. Besonders möchte eine Einmischung Seitens des deutschen Bundes wegen Triest die Franzosen nach Italien rufen und großes Unglück über Italien und Deutschland bringen.

Schweiz.

Basel, 18. Juni. [Bildung einer neuen Freischaar. — Die französische Armee auf dem Kriegsfuß.] Seitdem die Fama verkündete, Hecker habe von seinen Freunden in Frankfurt und Leipzig 10,000 Thaler empfangen, geht es scharenweise durch unsere Stadt nach dem benachbarten Dorfe Muttens. Es ist begreiflich, daß sich Herr Hecker so viel als möglich unsichtbar macht; unter solchen Umständen würde ein größeres Budget als das oben ausgeworfene zur Befriedigung aller Anforderungen nicht hinreichen. Von den Vorbereitungen zu einem zweiten Freischarenzuge sehen wir immer noch nichts. Die Bauern des Ober- und Seelandes wollen erst ihre Ernte zu Hause haben. Bis dahin kann die Republik an vielen andern Orten geboren sein, als im Lande Baden. — Eine heute Morgens hier durchgehende Depesche benachrichtigt, daß die französische Armee auf dem Kriegsfuß gesetzt werde. Auch erzählt man sich, es sei Drede gekommen, Saint-Louis zu besetzen, wobei Hünningen nur als Brückenkopf dienen würde. Unser Grenzanton ist bei beiden Nachrichten am meisten theilhaftig; er hat das Recht auf gemeindegemässige Maßregeln zu dringen, damit uns der Lauf der Ereignisse nicht ganz und gar unvorbereitet finde. (S. 3.)

Italien.

Neapel, 10. Juni. [Die Nationalgarde. — Befestigung der Reaktion. — Bündniß mit Sardinien. — Neues Papiergeld. — Haltung der Provinzen.] Gestern wurde das provisorische Gesetz zur Bildung der Nationalgarde veröffentlicht: 12 Compagnien von 200 Mann — eine Compagnie für jedes Quartier! also 2400 Mann für das große Neapel, in 3 Bataillons unter dem Commando der dem Könige mit Herz und Leib ergebenden Principi Fondi, St. Donato, G. Panzobelli. Von Nationalgarden in den Provinzen (das heißt denjenigen, wo der König noch regiert) ist gar keine Rede. Die 20,000 vor dem 15. Mai bereits uniformirten Nationalgardisten Neapels sind also auf

den zehnten Theil eingeschmolzen, während sie jetzt wahrscheinlich auf 30,000 Mann vermehrt sein würden, wenn die königl. Saat der Uneinigkeit nicht so rasche und so schlimme Früchte getragen hätte. Die neapolitanische Nationalgarde ist zu einer armeneligen Guardia d'interna sicurezza, herabgesunken, wie sie unter Delcavetto bestand. — Das Ministerium Bozzelli ist fürchterlich verhaßt und wird von römischen, toscanischen u. Blättern bitter angegriffen. Garas-cosa, der Kriegsminister, steht in der Volksgunst — ich rede natürlich nicht von den Lazzaroni — wo möglich noch tiefer als Ferdinand II. Die Presse darf sich nicht mucken; Neapel ist fortwährend im Belagerungszustand, und es hat ganz den Anschein, als ob die Kammern, welche am 1. Juli einberufen, unter dem Schutze der Kanonen und Haubitzen eröffnet werden sollen. Das ist die moderne Constitution Ferdinand's II. Auch der Principe di Colobrano, Chef der neapolitanischen Föderations-Gesandtschaft nach Rom, wird als Creator Ferdinand's betrachtet. Gewiß ist, daß Karl Albert die vernünftige Antwort gegeben: „erst nach Beendigung des Feldzuges das Föderativ-Bündniß mit Neapel bedenken zu wollen.“ Der Schlaupf! — Man redet von der Absicht des Königs, an 5 Millionen Ducati Papiergeld auszugeben und verschiedene Communalgüter an sich zu ziehen. Das sind aber wohl nur Verleumdungen.“ Der König, welchem in der Geschichte der Zeit: „der Kartätscher“ nicht entgehen kann, hat noch immer die Beschließungen Neapels, Messina's und Palermo's zu bezahlen, und man begreift in der That nicht, wie das (freilich unerschöpfliche) Königreich alle Summen aufstreifen soll. In Messina hat nach Beendigung des Waffenstillstandes das Bombardiren aufs Neue begonnen. In Calabrien wächst die Aufregung, nachdem viele Geflüchtete in Cosenza und Catanzaro eingetroffen und den Aufstand regelrecht ordnen; man redet von kleinen Scharmücheln, aber wir laboriren an dem — Velo impenetrabile des Königs. Das Staats-Journal behauptet freilich, daß die Calabresen selbst um Truppen gebeten, aber die Sprache dieses Blattes war von jeher eine lügenhafte. Gewiß ist, daß man in Sicilien und Calabrien Dinge vorbereitet, welche dem Throne des Bourbonen den Garaus machen werden, Sicilien erließ wüthende Drohungen gegen Ferdinand, gegen seine Truppen, seine Schweizer und seine Lazzaroni. Letztere sind noch immer in großer Bewegung: sie sind entschiedenste Feinde der Constitution und die freundschaftlichsten Stützen des Königs. (Köln. Ztg.)

Genueser Blätter melden aus Palermo vom 12. Juni: „Das Parlament hat ein Verzeichniß von fünf Kandidaten entworfen, welches bei der definitiven Königswahl als Grundlage dienen soll. Diese Kandidaten sind: ein Sohn des Königs von Sardinien; der Sohn des Großherzogs von Toskana; Louis Napoleon, Fürst von Canino; der Fürst v. Beaumont (?), [Der fünfte fehlt, wie man sieht.] England und Frankreich haben die Unabhängigkeit Siziliens anerkannt, letzteres jedoch mit der Bedingung, daß es sich einem italienischen Fürsten (Prinzen) unterwerfe.“

Amerika.

Neu-York, 7. Juni. [Friede mit Mexiko. Unruhen in einigen Distrikten.] Man vernimmt aus Mexiko, daß die Kammer der Abgeordneten am 17. Mai mit 51 gegen 35 Stimmen den Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika gutgeheißen habe. Doch fehlt noch eine amtliche Bestätigung. General Taylor's Aussichten auf die Präsidenden-Würde bessern sich. Der Baumwollen-Markt ist lebhaft, der Getreide-Handel aber unbedeutend. Frankreichs Freunde haben in Neu-York eine große Versammlung gehalten.

Canada ist ziemlich aufgeregter; Papineau erläßt ein Manifest nach dem andern, und namentlich der französische Theil der Bevölkerung ist für Anschluß an die Vereinigten Staaten.

Auf Martinique wurde die Haltung der Neger so drohend, daß der General-Gouverneur Koston die allgemeine Freilassung der Neger schon für den 23. Mai anordnete; allein dadurch ward Blutvergießen nicht verhindert. Der Pöbel von St. Pierre verwüstete die Besitzungen eines entflohenen Pflanzers und griff dann das Haus in der Stadt an, wo dessen Familie sich befand. Einer der Hausbewohner, ein sehr achtbarer Mann, tödtete bei der Vertheidigung einen der Angreifer. Er mußte dies sogleich mit dem Leben bezahlen. Das Haus ward in Brand gesteckt, und alle Bewohner wurden in die Flammen zurück getrieben, wo Mann, Weib und Kind einen schrecklichen Tod fanden. Der Gouverneur erließ eine Amnestie! Die Weißen beginnen von Martinique zu flüchten.

Der Indianer-Krieg in Yucatan droht sich auch nach Honduras fortzusetzen; die Engländer haben zum Schutze ihrer Niederlassungen bereits Truppen von Jamaica abgefordert.

Auf Domingo sieht es traurig aus; Leben und Eigenthum der Farbigen ist schutzlos.

Lokales und Provinzielles.

* Breslau, 26. Juni. [Das Johannis-Fest der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft.] Von dieser feiern die Mitglieder der Buchdruckerei am Johannisstage das Namensfest ihres Meisters Johannes Gutenberg. Auch die Jubiläen sind immer an diesem Tage begangen worden. Wenn dieses Fest aber in Breslau bisher stets nur von den Officinen vereinzelt gefeiert wurde, so sollte es in diesem Jahre zum ersten Male ein allgemeines werden. Und Das mit Recht. Denn jetzt erst, wo die Presse frei geworden, erfüllt sich das Werk Gutenbergs, und jetzt, wo Deutschlands Freiheit ausgegangen, dürfen die Jünger das Angedenken ihres großen Meisters mit um so gerechterem Stolze feiern, als seine Erfindung, die erfolgreichste der civilisirten Welt, der Tyrannei unheilbare Wunden geschlagen und dem Sonnenlichte der Freiheit die weitesten Bahnen eröffnet hat. In dem Augenblicke, wo Johannes Gutenberg sein Geheimniß der Welt verkündete, war jeder Tyrannei und Despotenherrschaft das Todesurtheil gesprochen und dessen Vollziehung den folgenden Jahrhunderten übertragen.

Ein Fest-Komitee, bestehend aus den Herren Althöft, Freund, Günther, Nickel und Nischkowsky hatte durch Programm zum Feste eingeladen, das im Wintergarten um 3 Uhr begonnen. Außer sämtlichen Mitgliedern der hiesigen Buchdrucker-Gesellschaft waren als Gäste die Redakteure und Mitarbeiter der Zeitungen, Buchhändler u. anwesend. Auch aus der Provinz hatten sich mehrere Prinzipale und Mitglieder von Buchdruckereien eingefunden. Ein zahlreicher Kreis von Damen erhöhte den Reiz der Gesellschaft. Die Gesellschaft bewegte sich bis 7 Uhr in den Räumen des Gartens, wo von einem gut besetzten Orchester ausgewählte Musikstücke vorgetragen wurden. Nach 7 Uhr begab man sich zur Tafel, die den großen Saal des Wintergartens nebst die daranstoßenden Gänge einnahm. Die Wände des Saales waren auf sinnige Weise dekoriert. Gutenberg stand in einem großen Bilde, ernst und bedeutungsvoll, vor unserm Blicke. Eben so waren die alte und neue Zeit in Bildern dargestellt und zahlreiche Fahnen verkündeten durch ihre Farben ihre Bedeutung: für die Redner war eigens eine Tribüne errichtet worden. — Der Fest-Präsident, Herr Barth, eröffnete die Tafel mit einem Toast auf das Wohl des deutschen Volks. Der Redner erinnerte an das zu Ehren des Königs am 15. November 1841 in denselben Räumen stattgehabte Festessen, dem er beigewohnt. Der König habe damals auf das ihm ausgebrachte Lebehoch entgegnet: „Auf die schön gesagte Rede des Bürgermeisters Barth kann ich nur erwidern: Noch tausend Jahre, wie diese hundert!“ — Allein nun sei es doch anders geworden, als es die hundert Jahre vor 1841 gewesen ist. Das deutsche Volk ist erwacht, und der König selbst hat erklärt: „Von jetzt ab soll Preußen in Deutschland aufgehen!“ — Mit Wärme und Begeisterung wies der Redner sodann auf die Tugenden des deutschen Volkes hin und hob hervor, wie seine Schriftsteller trotz der beschränkten Presse den Völkern fremder Zunge Achtung eingestößt haben. Wenn das deutsche Volk sich seine Tugenden in seiner Zerrissenheit erhalten hat, was erst mußte es in seiner Einheit werden! Und darum glauben wir hinfort an seinen Willen, seine Thatkraft, seine Ausdauer und bringen ein Hoch 1) dem deutschen Volke, vertreten durch seinen Lehrstand und die freie Presse; 2) dem deutschen Volke, gestützt durch seinen Nährstand, durch seine Betriebsamkeit und seinen Handel; 3) dem deutschen Volke, geschützt und geachtet durch seinen Wehrstand, durch seine willensstarken Männer und durch seine von treuen deutschen Müttern erzogenen tapferen Jünglinge! —

Die Festrede, gesprochen von Herrn Nickel, drückte ungefähr Folgendes aus: Eine Vereinigung, wie die gegenwärtige, könne nur etwas Vollbrachtes, etwas Gutes bedeuten. Daß eben in der jüngsten Zeit Großes errungen worden, und daß namentlich die Gesellschaft der Buchdrucker Gutes erlangt habe, das dürfte in Wahrheit bekannt werden. Man möge sich also diese fröhliche Stunden gönnen, trotz des noch wirren Zustandes in der Zeit, denn gerade das Gute bedürfe in der ersten Zeit der lebendigen Anregung und Stärkung. Wenn die neuen Verhältnisse noch nicht diejenige Festigkeit erreicht haben, um den Werth der Errungenschaften vollkommen fühlen zu lassen, und die allgemeine Umwälzung vielfaches Leid in ihrem Gefolge habe, so sei dies gerade so, als wenn wir umwölktet Morgenroth betrachten und dabei im Voraus wissen, daß die Sonne doch herauskommen müsse. — Einige Städte in der Provinz hätten den Buchdruckern Breslaus den Vorwurf gemacht, daß ihre getroffenen Be-

stimmungen zu voreilig und ohne vorherige Umfrage mitgetheilt worden seien. Dieser Vorwurf aber müsse zurückgewiesen werden, denn Entschiedenheit bleibt die Bedingung zu jedem erfolgreichen Wollen. Die Zukunft werde die gewünschte Gelegenheit bieten, viele abweichende Ansichten auszugleichen und zu erfolgreichen Maßregeln für die vollkommene Einigkeit der schlesischen, der ganzen deutschen Typographie zusammen zu fassen. — Den edlen Männern, die einsichtsvoll und ohne Zaudern das Streben der Buchdrucker-Gesellschaft unterstützt, sei der herzlichste Dank ausgesprochen, mit dem Wunsche, daß es doch recht bald im ganzen deutschen Vaterlande zu solcher Einigkeit kommen möchte; recht bald zu der großen Feier seiner gesicherten Wiedergeburt. „Wir aber wollen uns durch kein Geschick ihre machen lassen an dem guten Glauben daran, wir werden uns gegenseitig versprechen, durch fortdauerndes Zusammenhalten das Unseelige dazu beizutragen. Gewaffnet, wie heut zum ersten Male das würdige Bild unseres Guttenberg am Gedenktage — gewaffnet im Geiste und fortschreitend wollen wir jeder rückfälligen Schwäche entgegenreten.“ — Der Redner hieß nun auch die Damen willkommen, und schloß mit dem Rufe: „Von Jahr zu Jahr sehe uns fortan das Johannisfest wie heute fröhlich vereint!“ —

Hierauf brachte Herr Nickel im Namen der Fest-Kommission einen Toast in Versen auf die Jünger der schwarzen Kunst aus, die sich im Dienste des Lichtes froh und freudig üben, auf die Jünger, die beherzt das Blei, womit sie ihre Winkelhaken schließen, in Kugelform auch wüßten umzugießen, eifrig für die Freiheit Feldgeschrei! Herr Althöft ließ die Prinzipale leben, deren bereitwilliges Entgegenkommen das günstige Resultat der Reform herbeigeführt. Durch die Humanität der Prinzipale sei es den hiesigen Buchdruckern möglich geworden, ihren Brüdern in der Ferne zu beweisen, wie ihre sozialen Angelegenheiten friedlich zu lösen seien, und dies sei mit die Hauptursache, daß das Johannisfest gemeinschaftlich gefeiert werde. Ein dreimäziges donnerndes „Hoch“ erscholl für die Prinzipale, in deren Namen sodann der Disponent der Kornschen Buchdruckerei, Herr Redakteur Boigt, in angemessenster Weise Dank abstratete. — Herr Richter brachte einen hitern Toast in Versen auf die Damen aus. — Große Heiterkeit erregte ein von Herrn Nagor vorgetragenes Gedicht „Die Entziehung des Kautschens“ vom Buchdrucker Herrn May, worin erzählt wird, wie der Teufel den Gutenberg besucht und ihm für sein Werk die Strafe auferlegt: „von jegiger Stunde, noch ehe der Morgen tagt, sei'st du und deine Jünger mit ewigem Durst geplagt.“ — Herr Freund las ein von den Berliner Buchdruckern zugegangenes Schreiben vor und brachte den Schluss-Toast aus. — Abwechselnd wurden während der Tafel Musikstücke vorgetragen und Festlieder gesungen. — Der Wein perlte in Gläsern und Pokalen und that das Seine, um die fröhliche und heitere Stimmung zu steigern.

Nach aufgehobener Tafel wurde im Garten ein von Herrn Schwiagerling arrangirtes Feuerwerk ausgeführt, das allgemeinen Beifal einerntete. Es zeigte unter Anderem Gutenberg in brillantem Lichte und verwandelte das Bild in das Wappen der Buchdruckerkunst. Hierauf eröffneten die Tänzerpaare den Reigen, die wohl die aufgehende Morgenröthe noch beleuchtet haben wird.

Möchte die Wiederkehr des Festes ein vereintes und glückliches Vaterland antreffen!

* Breslau, 27. Juni. [Manifest an die Skandinavier. — Die Slavenfrage.] In der gestrigen Sitzung des demokratischen Vereins wurde zunächst über ein vom Grafen Reichenbach verlegtes Manifest an die skandinavischen Völker verhandelt. Die Dänen, Schweden und Norweger werden darin an ihren germanischen Ursprung erinnert, und vor dem Bündniß mit Rußland gewarnt. Sie werden an die Kämpfe erinnert, die sie gemeinschaftlich mit den Deutschen für die Sache der Freiheit geführt, an den großen Schwedenkönig Gustav Adolph, der für die Reformation sein Leben gelassen, an Karl XII., der gegen Rußland gekämpft u. s. w. Die Politik der Völker sei nicht die der Kabinette, die Völker mögen zusammenhalten, wenn sich auch die Kabinette bekriegen. — Die Angelegenheit war bereits in einer früheren Sitzung verhandelt, und sollte diesmal nur in Bezug auf die Dänen entschieden werden, da diese, wie von einem Redner geltend gemacht war, sich von jeher perfid gegen die Deutschen gezeigt hätten. Ein anwesender Däne, aus Kopenhagen, bat ums Wort. Er sprach so ganz im dänischen Sinne, so ganz für das historische Recht der dänischen Krone, so ganz antideutsch, daß das Mißbehagen der Versammlung über seinen Vortrag sich

deutlich genug zu erkennen geben mußte. Herr Kuhl bemerkte hierauf, daß es jedenfalls gut gewesen, auch einen dänischen Demokraten zu hören; man wisse nun dänische Demokratie von deutscher zu unterscheiden. — Die Versammlung entschied sich für die Reichenbachsche Fassung des Manifestes, also an alle drei Stämme der Skandinavien.

Von hehem Interesse war die hierauf folgende Debatte über die Slavenfrage. Der gestellte Antrag lautete dahin, in einem Manifeste an die Slaven die Sympathien für deren Bewegung auszudrücken. Man hatte dabei namentlich die jüngsten Bewegungen in Prag vor Augen, woran sich auch die Debatte lehnte. Es sprachen für den Antrag die Herren Uch, Pinoff, Breinersdorff, Engelmann. Die Redner gingen sämtlich von dem Gesichtspunkte aus, daß die slavische Bewegung eine demokratische sei, eine Erhebung des Volkes gegen das Joch der Tyrannei, ein Kampf, der in den demokratischen Prinzipien seine Wurzeln habe, weshalb es denn auch angemessen sei, daß der Verein diese Angelegenheit zu der seinen mache. Gegen den Antrag trat nun Herr Friedmann auf. Er stand zwar allein, wußte aber ehrenvoll zu kämpfen, und trug des unverhältnismäßigen Gegengewichts seinen Platz zu behaupten. Prinzipiell, meinte er, sei gegen die Ansicht der früheren Redner nichts einzuwenden, und auch er wünsche, daß die Demokratie bei allen Völkern zur Geltung komme. Im vorliegenden Falle aber verhalte sich die Sache ganz anders. Es sei zunächst zu berücksichtigen, daß, wenn man auch im Allgemeinen die Territorial-Politik verwerfe, die Czechenfrage dennoch in geographischer Hinsicht behandelt werden muß. Es wäre doch nun einmal geschehen, daß durch Jahrhunderte Czechen und Deutsche in Böhmen einerlei Interessen gehabt, und gingen diese gegenwärtig aus einander, so müsse man sich, in Rücksicht der Lage Böhmens inmitten Deutschlands, für das deutsche Interesse und den Anschluß Böhmens an Deutschland erklären. Er wies darauf hin, daß die National-Versammlung in Frankfurt allen Nationalitäten innerhalb Deutschlands gleiche Rechte mit den Deutschen zugesagt hat, und wünsche man die nationale Entwicklung der Czechen, so sei sie hier eher zu erreichen, als in der Verbindung mit den Slaven. Denn daß die Slavenstämme zu keiner vollen Vereinigung gelangen werden und können, das hat die Erfahrung bewiesen, wo die Deputirten zu keinem Verständniß kommen konnten, weil eine Sprachverwirrung, gleich der beim babylonischen Thurmbau herrschte. Namentlich aber begründete er seinen Protest gegen das Manifest damit, daß er der Slaven-Demokratie nicht traue. In den Bewegungen der Slaven erblicke er eine Jesuiten Kasuistik. Ihr Kampf sei nicht für die Demokraten, sondern für die Racer, und sie opfrien die ersten, wenn sie daraus einen Vortheil für die Letztern ziehen können. Warum haben sich die Czechen nach der Wiener Revolution gegen das Wiener Volk und für die Regierung erklärt? Warum haben sie Deputationen nach Innsbruck geschickt? Warum haben sie gegen die Wahlen für Frankfurt, nicht bloß Böhmens, sondern auch des ganzen Oesterreichs Protest eingelegt? — Das Alles könne nur geschehen sein, weil sie die Regierung für die Slavenstämme gewinnen wollten, und da dies mißglückt, so läbäugelte man wieder mit der Demokratie. Sehe man übrigens auf den Slaven-Kongress in Prag, wie er lediglich mittelalterliche Reminiscenzen heraufbeschwört, wie er eine verrottete Nationalität durch mittelalterliche Romantik aufzufrischen sucht, wie auf den Straßen Messen abgesungen werden, und der Kongress selbst sogar mit dem Gebet eines serbischen Popen eröffnet worden ist, und frage sich, ob das eine Demokratie sei, für die man Sympathie haben könne. Wenn die Slaven zu ihren historischen Reminiscenzen ihre Zuflucht nehmen, so müsse dem Deutschen das Angedenken seines schlechtesten Philosophen mehr werth sein, als die ganze slavische Geschichte. Wenn die Slaven nun aber gar damit drohen, sich dem russischen Czar in die Arme zu werfen, so seien sie der Beachtung der Demokratie ganz und gar unwürdig. — Er trage daher darauf an, zur Tagesordnung überzugehen und die Angelegenheit ruhen zu lassen, bis man über die demokratischen Gesinnungen der Slaven mehr Gewißheit erlangt haben werde. — Für die Slaven trat nun der Stammesgenosse, Hr. Bakunin in die Schranken. Er hielt im Ganzen sich mehr in der Allgemeinheit, ohne auf die vom Hrn. Friedmann vorgebrachten Einzelheiten genauer einzugehen. Er räumte ein, daß es unter den Czechen eine Partei gebe, die zu der Regierung hält, allein das sei die aristokratische. Die demokratische werde nächstens ihre Gesinnungen durch ein Manifest veröffentlichen. Die anderen Arien, die von ihrer rein demokratischen Thätigkeit Zeugniß geben könnten, seien in Prag mit Beschlag belegt worden. — Der

Kampf wurde von den Herren Sakunin und Friedmann in lebhafter und spannender Weise fortgesetzt, bis ihm die weit vorgerückte Zeit ein Ende machte. Die Fortsetzung der Debatte ist für die nächste Sitzung bestimmt.

Aus der Provinz. [Truppenmärsche.] Am 25. Juni rückte das 2. Bataillon 19ten Landwehr-Regiments, aus Schrimm kommend, in Glogau ein, wurde theils in der Kaserne, theils bei den Bürgern einquartiert, und soll bis auf weiteres daselbst in Garnison verbleiben. — Nachdem die 5. Kompagnie des 6. Infanterie-Regiments nebst Kavallerie-Desachement von Hainau abmarschirt sind, ist die 7. und 8. Kompagnie des 10. Infanterie-Regiments daselbst wieder eingerückt und werden auf unbestimmte Zeit dort verbleiben.

> Salzbrunn, 26. Juni. [Wenige Kurgäste. — Noth. — Beamtenbündel. — Morde.] Die Natur ringsum lüppig und frohend, Alles verspricht die glänzendste Ernte. Aber die Verhältnisse der Bewohner düster und traurig. Wer sich an Naturschönheiten und Kraft des Gesundbrunnens wahrhaft erholen will, möchte das Mitgefühl für die Menschheit daheim lassen, oder einen Theil der 600 Millionen, die Rothschild's ewig wucherndes Vermögen bilden, mitbringen, um ihn hier zu lassen. So groß die Zahl der Bettler hier, so kann man sich doch nicht über deren Zudringlichkeit beklagen, sie sind zu verwickelt, im Stände ermattet, um heranzubringen, sie schleichen nur und wanken, ihr Stund bettelt mehr, als ihr erkorbener Brod und Mund. Doch nicht die Bettler allein, auch schon sehr viele Hausbesitzer sind in höchst trauriger Lage. Die Zahl der Badegäste beträgt kaum die Hälfte gegen die vorjährige. Noch ist das dritte Hundert in der Badeliste nicht voll, während im vorigen Jahre Ende Juni bereits über 600 Nummern waren. Und selbst die Anwesenden suchen sich in ihren Ausgaben auf das Aeußerste einzuschränken. Die Kurzeit aber ist die Ernte der Hausbesitzer. Diese haben nicht nur die meisten Studien leer stehen, sondern die vermiethten auch um weit billigerem Preis hingeben müssen. Wo sollen diese Leute die Zinsen für ihre Häuserschulden herbeschaffen? Wie Viele hört man darum klagen: Im Herbst werden wir mit Weib und Kindern Abschied nehmen müssen von den Häusern, in denen wir, unsere Eltern und Großeltern geboren wurden! — Manche unserer Beamten sehen noch immer nicht ein, daß sie nicht dazu da sind, um im Beamtenbündel die Nase hoch zu tragen und in einem tief barschen Tone zu sprechen, sondern das Wohl derer zu bewachen und zu befördern, über die sie gesetzt sind. Dann könnte es nicht vorkommen, daß ein höherer Beamter Gewerbetreibenden, die ihm ihre Noth klagen, die Antwort giebt, wie es bei einem Bureau-Tyrannen hiesiger Gegend fast stehende Redensart sein soll: „Wartet nur, Ihr Großmütter werdet am längsten raisonnirt haben; wenn die Russen erst da sind, werdet Ihr Alle gehängt!“ Kann man es einem Schmiedemeister verargen, wenn er darauf, wie gleichfalls erzählt wird, antwortet: „Da werden wir, ehe die Russen noch da sind, rascher bei der Hand sein, die Leute, welche uns treten, aufzuhängen; und dann dürften kaum genug Stricke vorhanden sein!“ Da besagter Beamter so sichere Kunde über das Anrücken der Russen zu haben scheint, so sollten sich die Deputationen zu ihm, statt nach Berlin, begeben, um sichere Auskunft über diesen Punkt zu erlangen. — Bei den jetzigen politischen Verhältnissen erscheint die Zahl der hier anwesenden polnischen Männer nicht unbedeutend; gering dagegen ist die Zahl der anwesenden polnischen Damen. Am weitesten her sind zwei Kurgäste: Einer aus Palästina, der Andere aus Batavia. — In letzter Woche sind in der Nähe zwei Menschen ermordet worden: In Freiburg hat ein Schneider seine Frau, die ihrer Entbindung nahe war, mit Axtschlägen auf den einen Arm und den Kopf umgebracht. Das Kind wurde aus der Leiche durch den Kaiserschnitt entwickelt, starb aber während der Operation. Dies war die zweite Frau des Mörders. Die erste Frau fand man erhängt. Es ist natürlich jetzt der Verdacht rege geworden, daß dies kein Selbstmord war. Der Mann, mit der Anlage zu einem zweiten Blaubart, schnitt sich mit einem Rasirmesser die Blutgefäße am Hals auf, traf jedoch die minder gefährlichen, so daß er im Stadtlazareth bereits außer Lebensgefahr. Er hat es hierauf versucht, seinen Wächtern zu entspringen und sich zum Fenster hinunterzustürzen; allein auch dies wurde verhindert. — Der zweite Mord fiel gestern Abend in Sorgau vor. Zwei Bekannte, ein Tischler, protestantischer, und ein Wegewächter, katholischer Confession, gerietzen in heftige Religionszänkereien, in Folge deren der Tischler dem Wegewächter einen so heftigen Backenstreich versetzte, daß dieser sofort todt niederstürzte. Alle ärztlichen Versuche zur Wiederbelebung blieben ohne Erfolg.

* Janer, 26. Juni. [Lehrerversammlung.] Die Aufforderung zu der von dem Ministerium auf den 23. Juni angeordneten Kreisversammlung der Leh-

rer kam so plötzlich, daß eine wünschenswerthe Vorversammlung erst den 22sten möglich war, an welcher, leider, die eingeladenen katholischen Lehrer, des Frohnleichnamstages wegen, sich nicht betheiligen konnten. In dieser Vorversammlung, bestehend aus dem bei Weitem größten Theile der Lehrer des Kreises, wurden Petitionen behufs der Absendung an die preuß. Nationalversammlung entworfen und von allen Anwesenden unterschrieben. In der den folgenden Tag stattfindenden Kreisversammlung aber gaben sie die Erklärung zu Protokoll, daß, wenn es der ernstliche Wunsch des Ministerii sei, die aus den Erfahrungen der Lehrer hervorgegangenen Ansichten und Wünsche zur Reorganisation des Volksschulwesens zu hören, eine Lehrerversammlung unter Leitung der Schulinpektoren im Allgemeinen, abgesehen von der sehr achtenswürdigen Persönlichkeit der beiden Vorsitzenden, durchaus nicht geeignet wäre, weil unter solchen Verhältnissen nie ein unbeschränktes und ganz offenes Aussprechen der Lehrer erzielt werden könne, was ein um so mehr zu bedauernder Umstand sei, da, nach Vorschrift des Ministerii, nur solche Anträge Berücksichtigung finden dürfen, welche die absolute Stimmenmehrheit gewonnen haben. Auch müsse entschieden der durch die Art der Zusammensetzung der Kreisversammlung dokumentirte Vorwurf zurückgewiesen werden, als sei der Lehrerstand noch immer so unmündig, daß bei einer der Bestimmung nach so hochwichtigen Versammlung durchaus die Geistlichen fungiren sollten. — Hierauf erklärten sämtliche evangelische Lehrer, mit Ausnahme eines Einzigen, an den Verhandlungen nicht Theil nehmen zu wollen. Und dies geschah auch. Die katholischen Lehrer aber, von denen Einige sich schon an den bekannten Breslauer Petitionen betheiligt hatten, gaben dennoch, nachdem der Erzpriester auf seine Fragen, ob er je hierarchische Zwecke verfolgt, ob sie nicht glaubten, daß sie hier in seiner Gegenwart frei und offen ihre Meinungen äußern dürften, und ob sie wünschten, daß er sich entsinnen sollte, die erwarteten Antworten erhalten hatte, ihre Wünsche und Vorschläge ab und wählten den Deputirten zu der Provinzial-Versammlung. Auch an dieser Wahl mochten die evangelischen Lehrer nicht Theil nehmen, weil es nur zu sehr zu fürchten ist, daß diese Provinzialversammlung nie die freie Meinungsäußerung der Lehrer erlauben oder zur Geltung bringen dürfte. Daß auch die Kreisversammlung deshalb eine verfehlte sein mußte, wurde denen der evangelischen Lehrer sehr klar, welche als stumme Zeugen den Verhandlungen beigewohnt hatten, eine Uebersetzung, welche auch Seitens einiger ihrer kathol. Kollegen Bestätigung fand. — Möchte doch in einer so ausgezeichnet wichtigen Angelegenheit das Ministerium sein Vertrauen auf die Vereinigung der Geistlichen und Lehrer schwinden lassen und neue Kreisversammlungen nur unter Vorbehalt eines nichtgeistlichen Commissarii verfügen, ein Wunsch, der sich auch auf die Provinzialversammlung bezieht. Der Vorbehalt der Geistlichen bleibt in all diesen Angelegenheiten unnöthig, ja schädlich.

* Aus der Provinz. [Feuer.] Am 23. Juni Abends gegen 10 Uhr brach in Ludwigsdorf, Kr. Rastow, bei einem Häusler Feuer aus, wodurch 2 Bauergehöfte und 4 Häuslerstellen in Asche gelegt wurden. 3 Menschen, wovon einer bereits gestorben, bei den andern beiden aber Hoffnung zur Erhaltung des Lebens vorhanden ist, sind von den Flammen beschädigt worden. — Am 24. Juni des Mittags 11 1/2 Uhr entstand in der Behausung eines Schmeibwaarenhändlers in Friedland im Kreise Falkenberg Feuer, wodurch 27 Häuser, ein herrschaftliches Glashaus und 14 Fleischt- und Semmelbänke ein Raub der Flammen wurden.

(Breslau.) An Stelle der bisherigen Agentur der Londoner Union-Versicherungsgesellschaft, Schneider und Söhne hieselbst, ist diese Agentur für Lebens- und Leibesrenten-Versicherungen von dem Kaufmann G. A. Scholz übernommen worden.

Mannigfaltiges.

— * (Berlin.) Das Beispiel des Redacteurs der „Zeitung“ scheint Nachahmung zu finden. Die „Reform“, herausgeg. von A. Ruge und H. B. Oppenheim, ladet zu Actienzeichnungen ein. Sie soll vom 1. Juli ab in Berlin erscheinen und berechnet in der heu' ausgegebenen Einladung zur Actienzeichnung, daß sie nur 2000 Abonnenten zur Deckung der Kosten, im Ganzen aber nur ein Anlagekapital von 6000 Rthl. bedarf. — Herr L. Schneider, bekannt als Schauspieler wie als polit. Charakter in der Landwehr, soll geneigt sein, seinen jetzigen Aufenthalt Potsdam zu verlassen und sich nach Schleswig zu begeben. Man glaubt, daß er dort eine Kriegsgeschichte schreiben werde. Andere wollen jedoch wissen, daß er gefonnen sei, in die Arme zu treten.

Am 22. Juni. Der Gouverneur unserer Bundesfestung, General-Lieutenant Graf zur Lippe, ein tüchtiger Soldat aus der napoleonischen Schule, hat sich heute früh in seiner Wohnung erschossen. Dies-

*) Geißt das nicht, mit der künstlich erzeugten Ohnmacht der Lehrer ein höhnisches Spiel treiben? (D., G.)

gehender Kummer über seine mit Widerwärtigkeiten mannigfacher Art verknüpfte hiesige Stellung soll den Schritt veranlaßt haben. (A. 3.)

* — In der Budowina wären bald zwei alte Weiber verbrannt worden, weil das Volk sie für Hexen hielt, welche den Regen verhinderten und die herrschende große Dürre herbeigezaubert hätten. Nur Militärmacht rettete sie vom Feuertode.

Insertate.

Bekanntmachung.

Auf den Antrag unserer zur Berathung über das Wohl der arbeitenden Klassen niedergesetzten Kommission haben wir angeordnet, daß die städtischen Badeplätze vor dem Oder-, Nikolai- und Biegel-Thore der unentgeltlichen Mitbenutzung der Arbeiter eingeräumt werden. Alle diejenigen Arbeiter, welche von dieser Befugniß Gebrauch machen wollen, haben sich an den hiesigen Arbeiter-Verein zu wenden, welcher die Vertheilung von Legitimations-Karten übernommen hat und von welchem dieselben auch weitere Anweisung bezüglich des Verhaltens bei dem Besuch der Badeanstalten erhalten werden. Breslau, den 25. Juni 1848. Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Ueber Ablösung der Grundzinsen.

Die Nothwendigkeit: „die auf dem Rustikal-Grundbesitz ruhenden, dem bisherigen Dominium zu leistenden Abgaben und Lasten, so wie die gegenseitigen Verpflichtungen, zu lösen und so den sämtlichen ländlichen Grundbesitz in dieser Richtung hin zu befreien“ hat sich dringend herausgestellt. Wir dies nun zu bewirken ist, ohne das Eigenthums-Recht (ein nothwendig aufrecht zu haltendes) nicht zu verletzen, ist eine Aufgabe der gegenwärtigen Zeit, und diese Zeilen sollen zu ihrer gerechten und dauernden Erfüllung beitragen.

Die Lösung der auf dem ländlichen Grundbesitz lastenden Fesseln ist das Grund-Prinzip, welches schon vor 40 Jahren in der preussischen Agrar-Gesetzgebung aufgestellt worden war und auch in den letzten Jahren nicht bloß von den Rustikal-Besitzern, sondern auch von der Ritterschaft in Schlesien in Antrag gebracht wurde. Der schlesische Provinzial-Landtag von 1845 formirte zu diesem Zwecke die Petition um Errichtung einer Rentebank. In Folge dieser Petition wurde dem vereinigten Landtage in Berlin eine königliche Proposition: „die Uebernahme der Garantien des Staates für die zur Ablösung der Real-lasten von bäuerlichen Grundstücken zu errichtenden Rentebanken,“ vorgelegt. Der mit der Berathung dieses Gegenstandes beauftragte Ausschuß (Referent: Baron Gaffron) sprach die Nothwendigkeit der Befreiung der bäuerlichen Besitzungen überzeugend aus und bekräftigte die Annahme der gegebenen Proposition. Der vereinte Landtag erkannte dieses Prinzip wohl an, konnte jedoch die Errichtung der Rentebanken in Bezug auf die vom Staate zu übernehmende Garantie aus höhern politischen Gründen, welche ihm seine damalige Lage aufdrangen, nicht annehmen.

Seitdem unsere staatlichen Verhältnisse andere geworden, wird nun die Nothwendigkeit der Befreiung sämtlicher auf bäuerlichen Besitzungen ruhenden Dominial-Lasten und die Aufhebung aller, den Dominial-Besitzungen zustehenden Bevorrechtungen, auf die verschiedenste Weise ausgesprochen und verlangt. Eine politische Partei, sich vorzugeweißt als Volk'sfreunde hinstellend, hat in den Landruten Hoffnungen auf plötzliche Abschüttelung aller ihrer Verbindlichkeiten erzeugt, ohne alle Berücksichtigung irgend eines bestehenden Gesetzes oder Rechtes, Hoffnungen, die nie verwirklicht werden können; — sie hatte zugleich die Gestattung sämtlicher Rittergutsbesitzer verdächtigt, dadurch viel Unheil erzeugt und eine auf gesetzlichem Wege zu schaffende Lösung erschwert.

Die Presse hat sich von Neuem mehrfach dieses Gegenstandes bemächtigt und bringt vielfache Vorschläge. In diesen scheint sich die Ansicht geltend zu machen, daß die den Rittergütern bisher zuständigen Rechte:

- des Patronats,
- der Civil- und Kriminal-Gerichtsbarkeit,
- der Polizei-Verwaltung,
- der Jagd auf fremden Grundstücken und des Auen-Rechts*)

von den berechtigten Gutsbesitzern ohne alle Entschädigung aufgegeben werden müssen, was den heutigen staatlichen Zuständen entsprechend ist. In einer in diesen Tagen erschienenen Broschüre des Fürsten Haffeldt, ist diese Ansicht so richtig und scharf dargestellt, daß eine nähere Motivirung hier überflüssig erscheint. Es sollen sich daher diese Zeilen mehr der Frage:

*) Für diejenigen Güter, bei denen dasselbe ein Besitztum von Bedeutung ausmacht, würde eine besondere Berücksichtigung erfolgen müssen und z. B. zu Ausgleichungen von Gegenverpflichtungen dienen können.

„der Lösung der rein materiellen Interessen“ zuwenden und vorzugsweise der Ablösung der Grundzinsen, als dem wichtigsten und bedeutendsten Gegenstande, der am meisten in das Privat-Eigenthum eingreift, und welcher rein privatrechtlicher Natur ist.

Unter allen Vorschlägen, die gemacht worden sind, ist wohl der Entwurf, der dem vorjährigen vereinigten Landtage vorgelegen hat und seine Begutachtung, am meisten zu berücksichtigen. Er war im Allgemeinen Folgender:

„Die auf bäuerlichen Besitzungen haftenden, an die Guts-Herrschaften zu entrichtenden Lasten und Abgaben, werden in eine jährliche Rente umgewandelt, diese Rente wird von den Pächtern an die zu gründende Rentenbank, statt an die Gutsbesitzer gezahlt, der Berechtigte durch den 22 1/2 fachen Betrag der Rente als Kapital in Rentenbriefen entschädigt, der Zinsfuß der Rentenbriefe auf 3 1/2 pCt. festgestellt. Das Proportionsrecht soll dem Berechtigten, wie dem Verpflichteten zustehen. Aus dem für den Berechtigten entstehenden Verlust von 1/2 pCt. bei Kapitalisirung der Rente und 1/3 pCt. an Zinsfuß, zusammen 5/6 pCt. werden die Verwaltungskosten bestritten und der Ueberschuss zum Tilgungs-Fonds bestimmt.“

Hiernach würde der Berechtigte für 4 Thaler jährliche Rente, ein Kapital von 90 Thlr. in einem zu 3 1/2 pCt. Zinsen tragende Papiere erhalten. Der Verpflichtete würde seine früheren Zinsen an den Staat zahlen, jedoch den Vortheil genießen, daß 5/6 Prozent, nach Abzug der Verwaltungskosten jährlich zur Amortisation seiner Schuld verwendet würden.

Andere Vorschläge verlangen größere Opfer von den Berechtigten, als:

- Gleichfalls Errichtung einer Rentenbank mit einer Kapitalisirung zum 20fachen Betrage;
- dasselbe zum 18fachen Betrage, wonach der Berechtigte 72 Thaler Kapital für 4 Thaler jährliche Zinsen erhielte;
- der Berechtigte soll 50 Prozent von dem Verpflichteten erhalten und für die andern 50 Prozent vom Staat entschädigt werden.

Alle diese Projekte bieten große Schwierigkeiten in der Ausführung dar, greifen entweder zu tief in das Privateigenthum des Berechtigten ein, oder machen zu große, nicht realisierbare Ansprüche an den Staat.

Die Ansprüche, die sowohl Verpflichtete, wie Berechtigte, in Betreff der Ablösung der Grundzinsen an den Staat wegen Entschädigung, zu übernehmender Garantie, Verwaltungskosten u. s. w. zu machen geneigt sein möchten, können nicht in der Höhe, als das letzte Projekt es fordert, stattfinden. Das Finanz-Ministerium gab die Summe der im Staatsbereiche anzufertigenden Rentenbriefe, als das sich herausstellende Ablösungs-Kapital, auf circa 100 Millionen an. Sollte der Staat 50 Prozent oder selbst nur 25 Prozent übernehmen, so büderte er sich eine neue Staatsschuld von 50 oder 25 Millionen auf. — Mit welchem Rechte kämen die Bürger sämtlicher Städte, die Professoren, die Tagelöhner u. s. f. dazu, eine solche Staatsschuld zu Gunsten der bäuerlichen Grundbesitzer, welche ihre Besitzungen eben wegen der auf denselben haftenden Zinsen für einen verhältnißmäßig geringeren Kaufpreis erworben haben, mit übernehmen zu müssen? Eine solche Maßregel würde wohl kaum die Zustimmung weder in einer, noch in zwei Kammeren erhalten. Würden nicht alle Nichtbetheiligte eine andere Begünstigung in Anspruch nehmen und ebenfalls eine Staatsschuld zu ihren Gunsten begehren? Würde der Staat, um diese neue Schuldenlast zu decken, nicht neue Abgaben auflegen müssen? Was wäre dann gewonnen?

Ebenfalls schwierig in der Ausführung erscheint das Projekt der Errichtung einer Rentenbank und das Ausgeben von Rentenbriefen, — selbst in der Art, wie das Gutachten des vorjährigen Landtages es vorschlägt. Nach diesem Plane würden circa 100 Millionen 3 1/2 Prozent Zinsen tragende Papiere neu entstehen. Wenn auch diese Papiere große Sicherheit gewähren, — welchen Cours würden sie heutzutage und für die nächste Zeit haben? — Wer soll den Ausfall dieser Coursdifferenz tragen? — Würden diese Rentenbriefe vom Staate den Berechtigten zum Tagescourse gegeben, so würde der Staat sich eine neue Staatsschuld von gewiß 20 Millionen auferden. Sollten dagegen die Berechtigten diese Rentenbriefe zum Nennwerth annehmen, so entstünde diesen der oben erwähnte Verlust, außer den Opfern, welche sie freiwillig schon gebracht hätten. So bedeutende Opfer von den Berechtigten zu verlangen, würde in allen den Fällen an sich unausführbar sein, in denen Hypotheken-Schulden hinter den Pfandbriefen auf dem Rittergute eingetragen sind. Das Gut ist dem Gläubiger mit seiner gegenwärtigen Substanz verpfändet, — wird diese verändert, so ist der Gläubiger zur Kündigung berechtigt, die bei bevorstehenden Verringerungen (bei vielen Gütern, namentlich im Gebirge, würde diese bedeutend sein) selbst von Pupillenkollegien, Stiftungen, ja von den landschaftlichen Kredit-Instituten erfolgen müßte. — Also nicht bloß der bare Verlust an Kapi-

tal, sondern auch eine neue Geldkalamität und daraus entstehende Opfer würden hieraus den Berechtigten erwachsen.

Es ist aber auch an sich bei dem gegenwärtigen Zustande unseres Geldverkehrs gefährlich, große Massen zinstragender Papiere neu zu schaffen. Wir befinden uns bereits in einem großen Mißverhältnisse zwischen zinstragenden Papieren und barem Gelde, wie dies der Cours der Staatsschuldsscheine und der Kassen-Anweisungen beweist. Dies zeigt deutlich, wie groß das Bedürfnis nach Umlaufgeld ist, und zugleich wie sehr wir mit zinstragenden Papieren, — vorzugsweise veranlaßt durch die Eisenbahn-Aktien, — gegenwärtig überschwert sind. Bei einem solchen Zustande der Geldverhältnisse und zu einer Zeit, in welcher der Staat selbst eine Anleihe zu machen genöthigt ist, kann es unmöglich ersprießlich sein, neue zinstragende Papiere zu schaffen; ja es würde der Staat die Genehmigung hierzu jetzt wohl verweigern müssen.

Bei Ablösung der Grundzinsen ist ferner auch folgender Moment zu berücksichtigen. Durch eine Ablösung vermittelt Rentenbriefen und Amortisation würden allerdings die Grundzinsen allmählig verschwinden und die gegenwärtigen bäuerlichen Besitzungen von diesen mit der Zeit befreit werden. Man würde aber dadurch die Grundzinsen noch nicht für immer vernichten, oder wollte man die Entstehung Neuer durchaus verbieten, dadurch einen für die Wohlfahrt des Landes sehr ersprießlichen Moment vernichten. Die Grundzinsen sind meistens entstanden durch Abverkäufe von größeren Grundbesitzungen und repräsentiren rückständiges Kaufgeld. Nicht alle Grundzinsen stammen aus ganz alten Zeiten, — sie sind durch Parzellirungen auch noch in neuester Zeit entstanden und werden bei Parzellirungen stets von Neuem entstehen, wenn nicht ein ausdrückliches Verbot sie verhindert. Ihre Einführung erleichterte das Parzelliren, machte das Entstehen neuer ländlicher Besitzungen möglich, indem der Erwerber ein geringeres Anzahlungs-Kapital hierzu brauchte, ohne eine kündigungs-fähige Hypothek aufzunehmen. Nicht Jeder, der die Fähigkeit und die Lust zum Ackerbau hat, besitzt die ausreichenden Mittel, eine Besitzung zum vollen Werthe zu bezahlen. — Bei der so bedeutenden Zunahme der Bevölkerung ist es eine dringende Aufgabe der Zeit, dahin zu wirken, daß mehr Menschen als früher, daß möglichst Viele sich dem Ackerbau, der unmittelbaren Ernährung durch die Erde zuwenden, daß das Parzelliren und Begründen neuer ländlicher Besitzungen möglichst erleichtert und die Lust und die Neigung zum Erwerb solcher Besitzungen mehr geweckt wird. Nur dadurch ist es möglich, die Zunahme des Proletariats aufzuhalten. — Der Proletarier ist eben ein auf zufällige, nicht gesicherte gegebene Handarbeit angewiesener Arbeiter, daher sein öfterer Mangel an Unterhalt. Dagegen hat derjenige, der seine Scholle Erde besißt und bebaut, seine tägliche ihm angewiesene Arbeit und durch sie seine Ernährung. Jede neu entstehende Besitzung, die durch Ackerbau eine Familie ernährt, ist ein Gewinn für die Wohlfahrt des ganzen Landes. Deshalb müssen die betreffenden gegenwärtigen Gesetze für Parzellirungen, die für den jetzigen Verkehr total veralteten Hypotheken-Verordnungen, die hemmenden Bestimmungen des landschaftlichen Kredit-Instituts so schnell als möglich geändert werden. Sie schaffen gegenwärtig Hindernisse für das Parzelliren, welche nicht zu beseitigen sind und machen dasselbe dem Besizer eines nicht schuldenfreien Gutes gradezu unmöglich. — Die Emanirung neuer oder Veränderung dieser Gesetze ist unbezweifelhaft für das Wohl der Allgemeinheit real nützlicher, als die so dringend verlangten Ablösungen.

Durch die gegenwärtig bestehende formelle Einrichtung unserer Hypotheken-Ordnung ist vorzugsweise das Gehässige der Grundzinsen bei den Verpflichteten erzeugt und die Vorstellung hierüber im Allgemeinen verwirrt worden.

Es werden, wie bekannt, nach der Hypotheken-Ordnung in Rubr. II. die stehenden Lasten und in Rubr. III. die Darlehne u. s. w. eingetragen. Nur über diese in Rubr. III. eingetragenen Geldverpflichtungen werden Schuldverschreibungen, Obligationen ausgestellt. Durch die Eintragung der Grundzinsen in Rubr. II. (stehende Lasten) ist zugleich angedeutet, daß die Verpflichtung nicht gegen die berechnete Person, die zufällig im Besiß ist, sondern daß die Verbindlichkeit gegen eine Sache, das berechnete Gut selbst, entstanden ist. Die Zinsen sind ein integrierender Theil des Gutes geworden und als solcher dem jedesmaligen neuen Erwerber zugefallen, und auf diese Weise bisher verzinst worden. — Hätte von jeher das Recht bestanden, über die Rente ein Hypotheken-Instrument erhalten zu können, welches den entsprechenden Kapitalwerth ausgedrückt hätte, so wäre von manchen Grundzinsen als Hypotheken-Kapital durch hundert Hände gewandert. Es wäre dieses Sachverhältnis mit einer andern Idee aufgefaßt worden und die schlimmen Kollisionen zwischen Berechtigten und Verpflichteten nicht entstanden. Als nothwendig erscheint daher auch ein Gesetz, durch welches das formelle Bedenken der Gerichtsbehörden, für die in Rubrika II. eingetragenen Geldverpflichtungen ein Hypotheken-Instru-

ment auszustellen, beseitigt wird. Eine Rechtsverletzung kann dadurch nicht stattfinden, weil die Verpflichtung sich nicht vergrößert, wenn eine Rente in ein entsprechendes Kapital umgewandelt wird.

Doch das Lästige des Hypothekenwesens ist nun zum Theil auch von den Rüstikal-Besitzungen genommen und dieselben bei Gelddarlehnen nicht mehr ausschließlich auf Hypotheken angewiesen, seitdem die Landschaft eine neue Bahn eröffnet, aus den fröhlicher blickenden Schranken heraustretend, nicht mehr allein für die Rittergüter ihr bevorrechtetes Kredit-Insti-tut festhält, sondern in dasselbe das gesammte ländliche Grundeigenthum aufnimmt. (Vergleiche diese Erweiterung schon früher hätte erfolgen können, so wird sie — wenn auch eine Revolution entstehen mußte, um sie zu erzeugen — gegenwärtig den größten Segen unbezweifelhaft verbreiten. Diese Idee wollen wir festhalten, ausbilden und sofort zur Lösung der vorliegenden schwierigen Frage lebendig machen.

Mein Vorschlag geht daher dahin:
„die Grundzinsen durch Pfandbriefe abzulösen“

und zwar auf folgende Art:

„Die Grundzinsen werden nach einem 22 1/2 fachen Betrage kapitalisirt.“) dieses hieraus entstehende Kapital in Pfandbriefen auf dem berechtigten Gut gelöscht, und auf die betreffenden bäuerlichen Besitzungen nach Maßgabe der Höhe der Zinsen in Rubrika II. eingetragen. — Der bäuerliche Grundbesitzer zahlt seine Zinsen statt an den Rittergutsbesitzer an die Landschaft, deren Mitglied und Theilnehmer er dann geworden. Da die Pfandbriefe nur mit 3 1/2 pCt. verzinst werden, so entfällt dem Verpflichteten ein Gewinn von 1/2 pCt. am Zinsfuß und von 1/3 Prozent durch die niedrigere Kapitalisirung, zusammen von 5/6 Prozent jährlich, welche zu einem Tilgungs-fond für ihn verwendet werden. — Die Pfandbrief-Summe bleibt dieselbe, wird nur zum Theil umgeschrieben und das Verhältniß zum Pfandbrief-Inhaber in nichts irritirt.“

Ein Vortheil könnte dem Rüstikal-Grundbesitzer noch dadurch zugewiesen werden, wenn von jedem Rittergute die kleinen Pfandbriefe bis 100 Rthlr., die nur 3 1/2 Prozent Zinsen geben, zu dieser Umschreibung benutzt würden, wodurch dem Verpflichteten eine Amortisation von 1 Prozent, (d. i. 1 Rthlr. bei 4 Rthlr. Zinsen) erwachsen würde.

An Verwaltungskosten würde dem Rüstikal-Besitzer kaum ein Abzug zu machen nöthig sein, da man dieselben durch ihren Eintritt in die Landschaft an den eigenthümlichen Fonds wohl Theil nehmen lassen wird.

Dem Verpflichteten würden also dadurch folgende Vortheile gewährt:

- 1) Amortisation seiner Grundzinsen auf eine für ihn vortheilhafte Weise, und ohne daß er mehr, als seine bisherigen Grundzinsen zahlte;
- 2) Umschreiben seiner Zinsen in ein entsprechendes, niedriges Kapital, welches, wie die Grundzinsen, nicht gekündigt wird;
- 3) Möglichst geringe Verwaltungs- und Ablösungs-Kosten.

Der Berechtigte bringt allerdings das Opfer, dasjenige Kapital, das er am niedrigsten verzinst, und was ihm nicht gekündigt wird, dem Verpflichteten zur Ablösung der Zinsen hinzugeben, erlangt dagegen den Vortheil, seine Zinsen, ohne bedeutenden Verlust in Kapital zu erhalten, und in keine Verwickelungen in seinem Hypothekenwesen zu gerathen, da durch die Lösung des einen Theils der Pfandbriefe die hinter stehenden Hypotheken von selbst der Reihe nach vorrücken.

Vermittelt der Pfandbriefe die Ablösung der Grundzinsen zu bewerkstelligen, befreit auch die oben angeführten Uebelstände.

- Es entstehen hierdurch nicht neue zinstragende Papiere, die durch ihr Erscheinen die Verhandelbaren noch mehr im Course drücken würden;
- Es ist zugleich der Weg angebahnt, neue Parzellirungen zu erleichtern und zu ermöglichen, — die Grundzinsen für immer aufzuheben, ohne den Vortheil, den sie gewähren, — geringer Kapital-Anzahlung — zu vernichten. Der Erwerber einer neu zu begründenden ländlichen Besitzung nimmt Pfandbriefe auf, die der betreffende Rittergutsbesitzer, — als Verkäufer dieses Grundstücks — sich von seinem Gut wieder lösen läßt;
- endlich wird durch diesen Vorschlag der Standpunkt erreicht, daß die Landschaft die Lösung der Grundzinsen ohne Unterstützung des Staates, ohne Vermittelung der National-Versammlung, allein aus sich heraus vollbringen kann. — Eine außerordentliche Einigung hervorgehende Ablösung

*) Am 26. April d. J. erließ die General-Landschafts-Direktion eine vom General-Landschafts-Syndikus v. Görgmeisterhaft abgefaßte Aufforderung an die Kreditverbundenen der schließlichen Landschaft, — „das gesammte ländliche Grundeigenthum in den landschaftlichen Kredit-Verband aufzunehmen.“ Eine entschiedene Majorität der Systemstimmen hat sich für die Aufnahme erklärt.

**) Der 22 1/2 fache Betrag ist von dem vorjährigen vereinigten Landtage bei Kapitalisirung in Rentenbriefe ebenfalls gewährt worden.

ist anerkannt das Vortheilhafteste für beide Parteien. — Würde nun sofort die Aufnahme des Ruskal-Grundbesitzthums in das Landeskassensystem vollbracht, und würden die Hypothekens-Behörden angewiesen, bei den Ruskal-Besitzungen die, Behufs der Ablösung aufzunehmenden Pfandbriefe in Rubrica II. einzutragen, so wäre jedem Ritterguts-, wie jedem Ruskal-Besitzer die Möglichkeit eröffnet, die Ablösung freiwillig zu vollführen, was gewiß bei einer großen Anzahl Gütern sofort geschehen würde. — An Ablösungskosten würde hierbei Bedeutendes erspart, da dann nur die Bestätigung der Behörden einzuholen wäre.

Bei den Gütern, auf denen keine Pfandbriefe oder Schulden stehen, erhalte der Besitzer, die auf den Ruskal-Besitzungen auszufertigende Pfandbriefe zu freier Verfügung.

Näher auf die Ausführung selbst einzugehen, würde hier zu weit führen.

Nächst den Grundzinsen liegt eine zweite, schwierig zu lösende Frage vor: „die Ablösung der Laudemien.“

Für die Laudemial-Abgabe ist, durch die verschiedenartigsten Erkenntnisse der Gerichtshöfe, seit längerer Zeit der Rechtsboden in vielen Fällen wankend gemacht worden. Für diese ist eine freiwillige Ablösung erschwert, da das Recht der Abgabe fast in jedem einzelnen Falle vorher festgestellt werden muß. Um aber die Ablösung nicht in einen fernen Zeitraum zu verweisen und möglichst Rechtsverletzungen zu vermeiden, giebt es nur das Mittel, daß der Staat diese von den Ruskal-Besitzern übernimmt und den berechtigten Gutsbesitzer entschädigt. Bei dieser Entschädigung werden die Gutsbesitzer, wenn sie von sämmtlichen Lasten der Gerichtsbarkeit befreit werden, gewiß nicht gespannte Ansprüche machen. — Ferner ist der Staat bei Lösung der sämmtlichen bäuerlichen Abgaben und Lasten zu irgend einer Mitwirkung oder Unterstützung verpflichtet, wenn diese nicht zu hoch ist. Es würde eine solche in diesem Falle nicht einmal ein Opfer von Seiten des Staates sein, denn seine Einnahme an Kaufstempel von dem sämmtlichen kleinen Grundbesitz wird um ein Bedeutendes gesteigert, da der Kaufpreis durch Aufhebung sämmtlicher Lasten, — (die früher dem Kaufpreis in Abzug kamen) jetzt ein weit höherer sein wird. Demnach würde sich eine gegenwärtige Ausgabe durch erhöhte jährliche Einnahme ersetzen.

Serrmann Graf Dyhn.

Die Verbindungen, welche die Kommission der schlesischen Gesellschaft zur Reform der Medicinal-Verhältnisse mit den Vereinen anderer Provinzen angeknüpft hat, scheint einen Anschluß an die General-Versammlung zu Berlin und den Verein rheinpreussischer Aerzte zur Folge zu haben. — Die General-Versammlung der Aerzte in Berlin beschloß, die Theilung der Thätigkeit zu sofortigen, von der Noth des Augenblicks gebotenen Reformen und zur Einwirkung auf die totale Reform der medizinischen Gesetzgebung. — Die letzte Versammlung rheinpreussischer Aerzte beschloß am 13. Juni: 1) in Betreff des Civil-Medicinal-Wesens eine Petition um einen Kongreß der Aerzte in Berlin, der aus freier Wahl der Aerzte aller Provinzen hervorgegangen, sämmtliche Vorschläge und Wünsche zur finalen Beschlußnahme erhalten soll; 2) die Reform des Medicinalwesens im Heere, Aufhebung der dafür bestehenden Sonder-Institut, Zulassung der Aerzte zu allen Medicinalstellen im Heere mit verhältnismäßiger Besoldung und passendem Range. Der Kongreß ist von dem „Verein der Aerzte des Siegeskreises“ angeregt worden, wie das uns vorliegende Programm desselben zur General-Versammlung ergibt. Dieser Verein hat auch ein Programm zur totalen Reform entworfen, in dessen Prinzipien die wissenschaftliche und praktische Grundbildung des Arztes motivirt und die Besetzung aller ärztlichen Aemter durch freie Wahl der Aerzte gefordert wird. — Der Ausschuß des Vereins rheinpreussischer Aerzte in Bonn und Köln hatte in seinem Programm neben der Reform des Militär-Medicinal-Wesens noch mehrere Forderungen gemacht, welche der künftigen Gesetzgebung anheimfallen, von der Versammlung jedoch nicht zum Beschluß erhoben wurden. Bemerkenswerth ist, daß in beiden Programmen die Abschaffung der Medicinal-Kollegien und statt ihrer die Anstellung ärztlicher Beamten der Provinzen verlangt wird. Der General-Versammlung schlesischer Aerzte sind in diesen Antecedentien gewisse Anhaltspunkte gegeben; wie die Mängel der medizinischen Gesetzgebung meistens in gleicher Art fühlbar geworden sind, so werden sich auch die Forderungen und Vorschläge in der hiesigen Versammlung einander nähern. — Um mit der nöthigen Energie die eigne Ansicht zu vertreten, ist in kleineren ärztlichen Kreisen die Vorberathung erforderlich. — Die sofortige Bildung provisorischer Vereine gewährt außer der Kräftigung des eignen Gedankens den fernern Kollegen, welche nicht insgesammt hier erscheinen können, den Vortheil, einen wahren, deputirbaren Vertreter der gemeinsamen Ansicht kennen zu lernen. — Die Forderungen, welche die Aerzte machen und deren Erfüllung sie in einer freien Ver-

fassung erwarten dürfen, müssen nicht von dem egoistischen Standesinteresse ausgehen. Mitten im Volk stehend, werden die Aerzte den Standpunkt der vollkommenen gleichen Berechtigung jedes Einzelnen zum physischen Wohl anerkennen und in jedem Paragraph des Gesetzes festhalten müssen. Wenn im Sinne dieses Grundgesetzes eine Gesetzgebung in allen Stücken hergestellt und ihre Vollziehung durch die freie Vertretung des Landes und die freie Presse garantirt sein wird: dann werden wir in Zeiten der Gefahr nicht mehr fürchten, daß eine Vertreterskafte ihre Beschlußnahme damit ende: „die unglückliche Bevölkerung ihrem Schicksale zu überlassen“, wie dies wirklich geschehen ist.

F. G.

Zur Reform der Kunst für das allgemeine Wohl.

Nachdem Seitens des Akademie-Direktors Herrn Schadow in Berlin im Interesse der Kunst eine an das hohe Staats-Ministerium gerichtete Adresse veröffentlicht worden ist, welche den Zweck hat, hochdasselbe von der Bildung eines akademischen Central-Vereins zur Beförderung der Künste mit Vorbehalt der deshalb nöthigen Anträge in Kenntniß zu setzen, halten wir es im Interesse der Kunst für unsere Pflicht, ein in dieser Beziehung an den Hrn. Direktor Schadow von uns gerichtetes Schreiben zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Wir schätzen uns glücklich, nach vierzigjährigem Kunststreben den Zeitpunkt erlebt zu haben, wo es zum Wohle der Menschheit endlich — für unerlässlich nöthig erachtet wird, daß die Kunstbildung, welche auf die Beredlung der Gemüther so mächtig einwirkt, durch eine Vereinigung aller Kräfte gefördert und dadurch insbesondere die Mittel herbeigeführt werden sollen, die Kunst im Allgemeinen der Menschheit, insbesondere den ärmeren Klassen derselben, mehr zugänglich zu machen und auf solche Art auf die moralische Bildung und die Hebung der Geschicklichkeit in der Kunst sowohl, als in den Branchen des Gewerbes und der Manufakturen mehr als bisher hinzuwirken.

Indem wir nicht unterlassen können unsere Freude darüber auszusprechen, geben wir uns der schönen Hoffnung hin, in der beabsichtigten Vereinigung aller Kunstbestrebungen zu einem großen Ganzen eine sichere Basis zu erblicken, auf welcher in Zukunft der allgemeine Kunstfleiß gefördert und geschützt wird, so daß er nicht mehr zerstückelt in einzelnen Piecen nur Wenigen kaum hinreichende Lebensbedürfnisse für sich und die Seinigen gewährt.

Wir freuen uns insbesondere und fühlen uns glücklich im Stande zu sein, Ihnen hochgeehrter Hr. Direktor, hierdurch die Anzeige zu widmen, daß wir bereits zur Erreichung dieses hohen Zieles ein Schärfelein auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt und einen Plan dazu, den Herren Professoren der hiesigen Universität mitgetheilt, auch eine Probe davon in abstracto und concreto, d. h. theoretisch und praktisch abgegeben haben.

Auch dürfen wir uns zum Beweise unseres bisherigen Kunststrebens und Kunstfleißes lähn auf die hochverehrten Namen: Alexander v. Humboldt, Nees von Esenbeck u. a. m. berufen, welche uns gern bezeugen werden, wie vieljährig wir schon an diesem Plane gearbeitet und was wir bereits erzielungen haben, wir erlauben uns in dieser Beziehung auf unser Werk, betitelt: „Die Profileen“, oder „Linie der Apelles“ hinzuweisen, welches das Studium des hohen Ideals, geschöpft aus der Natur des Normalen, der „Größen“, der Eigenschaften und Empfindungen enthält.

Die Erinnerung an die freundliche Theilnahme, welche Sie unseren früheren Kunstleistungen gewidmet haben, ermuntert uns zu der Hoffnung, daß Sie unsere Absicht, die Kunst für die Verhältnisse täglichen Lebens nutzbar zu machen, Ihre Mitwirkung nicht entziehen werden. Wenn es irgend einer äußern Veranlassung bedürfte, uns von der Freundlichkeit zu vergewissern, mit welcher Sie unsere früheren Kunstleistungen zu beurtheilen, so gern bereit waren, so würde ein Blick auf unsere Bilder: Die Verkörperung der hochseligen Königin, 120 Darstellungen Jlands Theaterleben, der König an Blüchers Krankenbette uns darüber belehren, daß jene Zeiten noch nicht vorüber sind, in denen Sie für jedes ernste Kunstbestreben mit tiefer Sachkenntniß wirkten.

Wir glauben daher unsere Sache keinen treuern Händen anvertrauen zu können, als den Ihrigen, der Sie mit dem Willen auch die Kraft vereinigen, durch das Gewicht Ihres Namens auch der unbedeutenden Sache Bedeutung zu geben, um wie viel mehr einem Gegenstande, der so genau mit dem allgemeinen Glück zusammenhängt.

In gleicher Zeit erlauben wir uns die ergebene Anzeige, daß wir drei für die Kunst sehr wichtige Errandungen gemacht haben, die das Glück als Frucht unserer vierzigjährigen Bestrebungen uns in die

Hand gelegt, und nur auf den Ruf eines hohen Ministeriums harren, um zum Wohle der Menschheit ins Leben zu treten.

In tiefster Verehrung u.
Gebrüder Henschel.

An die alten Krieger in Breslau.

Eure in der Breslauer Zeitung Nr. 145 an alle patriotischen Schlesier gerichteten Worte sind auch anderweitig zum Herzen gedrungen, und haben den längst gehegten Wunsch, dem schrecklichen Treiben in Berlin Schranken zu setzen, nur um so rezer gemacht, als bei der jüngst dort ausgeführten Schandthat es sich gezeigt hat, daß man in Berlin nicht mehr kann oder nicht will, die gesetzliche Ordnung erhalten, und sogar ein preussischer Hauptmann seine Pflicht verkennen konnte. — Wir aber, wenn Eure eindrucksvollen Worte nicht genügen? und während wir noch hoffen es zu zeigen, daß wie einst: der König rief, und Alle, Alle kamen, derartige neue Ereignisse eintreten, daß wir uns vielleicht sagen müßten: Es ist zu spät! Sucht deshalb Ihr alten Kriegesgefährten den gesetzlichen Abmarsch nach, und dann von allen Worten nur das eine mächtige unseres Vaters Blücher: „Vorwärts“ zur kräftigen That! mit Gott für König und Vaterland und dessen, zur Begründung seiner neuen zeitgemäßen Verfassung, so sehr nothwendigen Ruhe und Ordnung; — es stehen auf und gehen mit Euch wie 1813 die bereits ergrauten Väter nebst ihren Söhnen.
Ein alter Veteran.

Ehreneklärung

Seit einiger Zeit ist unser Bürgermeister Herr Klaua auf unwürdige Weise verdächtigt worden, so wohl in Zeitungs- und Chronikartikeln, wie auch in einer bei uns eingegangenen anonymen Denunciation. Zur Darstellung der unverkügelten Rechtllichkeit dieses unsers Bürgermeisters war eine Untersuchung der bereyten Denunciation erfolgt, wodurch sich, wie es gar nicht anders zu erwarten stand, alle gegen denselben geführten Angriffe jener Zeitungs- und Chronikartikel, so wie die Angaben der anonymen Denunciation als völlig unbegründet und als reine Verläumdung herausgestellt haben.

Wir fühlen uns daher hiermit verpflichtet, dem Bürgermeister Hrn. Klaua die vollständigste Ehreneklärung zu gewähren, ihm unsere Hochachtung an den Tag zu legen und mit dieser den Wunsch zu verbinden, daß es Hrn. Klaua gefallen möge, diese öffentliche Ehreneklärung als einen Beweis unseres vollsten Vertrauens aufzunehmen zu wollen, die auf ihn gefallene Wahl anzunehmen und somit der Stadt seine Dienste nicht zu entziehen.

Larnowitz, den 26. Juni 1848.

Die Stadtverordneten-Versammlung.

An die Herren Gast- und Schankwirth der Provinz Schlesien.

In Folge der von dem unterzeichneten Vorstande an die geehrten Herren Kollegen in der Provinz erfolgten Mittheilung der Beschlüsse der Versammlung zur Bildung einer Corporation der Gast- und Schankwirth Schlesiens zur Wahrung ihrer gewerblichen Interessen, vom 31. Mai d. J. sind einestheils vielfache Beitritts-Erklärungen eingegangen und ist andertheils fast einstimmig die Nothwendigkeit einer allgemeinen Provinzial-Versammlung anerkannt und ausgesprochen worden. — In Berücksichtigung der hierbei abgegebenen Stimmen für den Ort dieser Versammlung haben wir demgemäß dieselbe auf

den 5. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr im Saale des Gasthofes zur goldenen Krone in Waldenburg anberaunt und ersuchen die geehrten Herren Kollegen, so wie insbesondere die bereits konstituirten einzelnen örtlichen Vereine in dieser Versammlung sich recht zahlreich einzufinden zu wollen.

Waldenburg, den 22. Juni 1848.

Der Vorstand des Vereins der Gast- und Schankwirth der Provinz Schlesien.
Berger. Hauptmann. Hoffmann. König.
Siegert. Wolf. Wunber.

„Jrdermann wird gewarnt, sich vor bekannten Thür-Ganern in Acht zu nehmen.“

„Sie gehen zwar nicht in Schafskleidern, aber in blaustreifigen Lazarethkitteln; es sind auch keine reisenden Wölfe, haben vielmehr goldene Spüchlein im Munde, z. B. Mit Gott fang Alles an u. s. w. — Menschen unglücklich machen, nennen sie „Jemand ankleimen, Schlinge, Strick zuziehen“ u. s. w.“

Mittwoch, den 28. Juni. Versammlung des konstitutionellen Vereins im Wintergarten.

Theater-Nachricht.

Mittwoch: Erste Abonnements-Vorstellung: „Die Zauberflöte.“ Oper in 2 Akten, Musik von Mozart.

Verbindungs-Anzeige.

Unsere am 21. d. M. s. vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns hierdurch ergebenst anzugeben.

Victor Graf Matuschka, Emilie Gräfin Matuschka, geb. Schröder.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute glücklich erfolgte Entbindung meiner lieben Frau Fanny, geborne Fährdrich, von einem gesundem Mädchen zeige ich hierdurch allen Verwandten und Bekannten statt besonderer Meldung ergebenst an.

Wolfsberg, den 24. Juni 1848. Der Abtheilungs-Baumeister Dörner.

Todes-Anzeige.

(Statt besonderer Meldung.)

Das heute Morgen um 9 Uhr in Salzbrunn erfolgte sanfte Ableben unseres innigst geliebten Bruders und Schwagers Adolph Steiner, zeigen wir mit betrübtem Herzen allen Verwandten und Freunden, um stille Theilnahme bittend, hierdurch ergebenst an.

Breslau, den 26. Juni 1848. Julius Steiner, im Namen sämmtlicher Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Nachdem am 19. d. M. meine innigst geliebte Gattin Albertine, geb. Kohbeck, von einem gesunden Knaben schwer, aber glücklich entbunden worden, ist sie heute in Folge eingetretenen Kindbetfiebers unter großen Leiden verschieden. Von namenlosem Schmerz ergriffen, stehe ich nun nach fünfjähriger, sehr glücklicher Ehe mit drei mütterlichen Kinderchen an ihrer Leiche, tief beklagend den Verlust einer liebevollen Mutter ihrer Kinder und treuen, stets freundlichen, unerschütterlichen Gefährtin meines Lebens. Indem ich Verwandten und Freunden diese Anzeige widme, bitte ich um stillen Beileid.

Pieß, den 23. Juni 1848. Schramm, königl. Justizkommissar.

Todes-Anzeige.

Am 24. Juni wurde der hiesige Communalarzt Herr Dr. Fels einem noch jugendlichen aber thatenreichen Leben viel zu früh entrissen. Sein Verlust wird von Allen, die ihm näher standen, tief betrauert, denn er war ein thätiger, gewissenhafter und freundlicher Arzt, ein biederer und zuverlässiger Mensch, ein treuer und liebenswürdiger Freund.

„Friede sei mit ihm!“ Sein Andenken wird unvergänglich bleiben: seinen betrübten Freunden. Glas, den 25. Juni 1848.

Kapital-Gesuch.

Auf ein hier am Markte neu erbautes Haus werden

5000 Rthl.

zur ersten Stelle gegen Jura cessa gesucht.

Anfrage- und Adress-Bureau im alten Rathhause.

Warnung.

Ich warne hiermit, meiner Frau Mathilde, geb. Loske, irgend etwas zu borgen, da ich von ihr gemachte Schulden nicht bezahle; eben so warne ich, Sachen von ihr zum Kaufe oder Pfande anzunehmen.

Breslau, den 27. Juni 1848. Frisch, Stadt-Gerichts-Rath.

Bescheidene Anfrage.

Aus welchem Grunde hat Herr Restaurateur Rogal auf der Schweidniger Straße seinem Schreiber den Befehl erteilt, wenn ein anständiger Gast erscheint und wünscht ein Glas Bier zu trinken, mit den Worten zu empfangen, sie bekommen keine Kasse; hat Herr Rogal schon so viel übrig, daß er es nicht mehr braucht, so würde es rathamer sein, als Partikulier und nicht als Restaurateur zu fungiren. Ein hiesiger Bürger.

Museum.

Neu aufgestellt: Eine Straße in Cairo. Die Bucht von Sorrento bei Mondbeleuchtung. Beide Bilder sind Delgemälde von Herrn Sattler und aus dessen Coemoranen zur Ausstellung in das Museum freundschaftlich bewilligt worden. Karisch.

Meinen geehrten Kunden die ergebene Anzeige, daß ich von heute ab, den 28. d. M. das richtige Pfund Schweinefleisch mit 4 Sgr. und alle übrigen Fleisch-Sorten, stets frisch geschlachtet, zu den billigsten Preisen verkaufe und bitte, wie bisher mich mit zahlreichem Zuspruch zu beehren.

Wilhelm Linke, Tauentzienstraße Nr. 12.

Bekanntmachung.

Zum Bau eines Salz-Magazin-Gebäudes auf dem hiesigen ehemaligen Steinkohlen-Niederlage-Platz an der Oder werden sofort 350 bis 390 Klaftern Bruch- und Sprengsteine und 3000 bis 4000 Kubikfuß gelöschter Kalk gebraucht.

Lieferungslustige werden ersucht, ihre Offerten schriftlich in dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Neue Taubenstraße Nr. 6c. bei Einsicht der Bedingungen den 30. d. M. zwischen 10 und 12 Uhr Vormittags persönlich abzugeben.

Breslau, den 20. Juni 1848.

Der königliche Bau-Inspector v. Hour.

Auktion. Am 29. d. M. Vorm. 11 Uhr sollen im Lübbertschen Speicher in der Nikolai-vorstadt

40 Fässer Kopenhagener Schlemmtreibe, in Partien, versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Kaufmann Stolborn'sche Wein-Auktion.

Den 29. d. M., Nachmittag 2 Uhr in Nr. 43 Dhlauerstraße. Fortsetzung. Es werden vorkommen 5 Orhote Rothwein, 2 Viertelstück und 3 Ohm Weißwein, 1/2 Orhote Piccardan, 8 Ohm Rheinwein, 1 Eimer Madeira, 1 Eimer Muskat, 2 Orhote Essig und mehrere hundert Flaschen rothe und weiße Weine.

Mannig, Aukt.-Kommiss.

Auktion. Am 29. d. M. Vorm. 9 Uhr werde ich in Nr. 63 Reichstraße gute Möbel, als Tische, Stühle, Sophas, Kleider- und Schreibsekretäre, Herren- und Damen-Schreibbureau's, Baldschloßletten etc. von Mahagoni, Kirschaum und Buchenholz, auch einige Gebett Betten versteigern.

Mannig, Auktions-Kommissar.

Lustschießen um Geldprämien.

Sonntag den 2. Juli findet auf der Viehweide vor dem Nikolaithore ein Prämien-schießen mit der Büchse nach einer mannesbreiten Scheibe auf 200 Schritt statt. Jeder, welcher Theil daran nehmen will, wird freundlichst eingeladen, sich in einer im lehmernen Hause auf der Oberstr. ausliegenden Liste beim Kretschmer Scholz zu verzeichnen oder anzumelden. Die Anmeldung kann nur bis Freitag Abends geschehen. — Die Höhe der Prämien wird nach der Zahl der Teilnehmer eingerichtet. Der Beitrag jedes Theilnehmers ist 15 Sgr. — Der Sammelplatz ist kommenden Sonntag früh 5 1/2 Uhr auf dem Elisabeth-Kirchhofe, versehen mit Büchse und Munition.

Breslau, den 27. Juni 1848.

Schüffel, Scholz.

Bekanntmachung.

Im Auftrage eines königl. hochwohlwöhllichen Oberschlesischen Berg-Amtes sollen von der Heinrich-Galmei-Grube im Stolarzowitzer Walde:

1500 Ctnr. Stück, 3000 Ctnr. Walsch, 2000 Ctnr. Graben-Galmei

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung in preuß. Courant versteigert werden.

Ein Termin steht auf den 4. Juli d. J. Nachmittags 2 Uhr im Zechenhanse der angrenzenden Planet-Grube an.

Die Bedingungen sind die früheren schon bekannten und wird noch bemerkt, daß, wenn im Termine nur ein Bicitant erscheinen sollte, der vom königl. Berg-Amt festgesetzte Taxpreis als Angebot dienen soll.

Tarnowitz, den 25. Juni 1848.

Geißler, Schichtmeister.

Anzeige.

Einem geehrten Publikum, sowie meinen geehrten Kunden mache ich hiermit die Anzeige, daß ich meinen bisher selbst inne gehaltenen Granitsteinbruch an den Herrn Jidor Vie und Comp. aus Breslau übergeben habe, und bitte alle meine geehrten Abnehmer, das mir seit 30 Jahren geschenkte Vertrauen auch auf meinen Nachfolger übergehen zu lassen.

Graben bei Striegau, d. 15. Juni 1848.

Gotlieb Schmidt.

Bezugnehmend auf obige Anzeige nehme ich mir die Freiheit, alle die geehrten Kunden meines Vorgängers zu bitten, mir eben dasselbe Zutrauen zu schenken, wie es demselben zu Theil wurde, und kann ich die feste Versicherung einem jeden meiner Abnehmer geben, daß sie sowohl durch reele Waaren, propere Arbeit und billige Preise zufrieden gestellt werden. Aufträge werden übernommen bei Unterzeichnetem, wo auch Proben zu sehen sind, sowie bei G. Marcus in Gräben.

Breslau, den 27. Juni 1848.

Jidor Vie und Comp.,

Schweidniger- und Karlsstraßen-Ecke Nr. 1.

Ein zuverlässiger Amtmann, verheirathet, in mittleren Jahren, und ein dergl. Förster werden verlangt.

Talles, Messergasse Nr. 39.

Bei der am 26. Juni fortgesetzten Ziehung wurden folgende Gewinne gezogen:

ein Hauptgewinn à 100 Rthl. Nr. 1813. Gewinne à 25 Rthl. Nr. 180, 279, 1034, 1756, 58, 4588. Gewinne à 20 Rthl. Nr. 15, 786, 1001, 3096, 3612, 5586. Gewinne à 10 Rthl. Nr. 589, 635, 835, 69, 1312, 1831, 2064, 2178, 2497, 3287, 4011, 4394, 5554.

Gewinne à 6 Rthl. Nr. 13, 134, 207, 24, 317, 856, 1085, 1191, 93, 1316, 18, 67, 1718, 69, 2224, 91, 2425, 2557, 2709, 65, 2863, 3230, 3318, 3500, 5, 94, 3794, 3938, 4386, 4538, 68, 4642, 4833, 4932, 68, 5141, 5269, 5438, 5653, 5753, 5936, 54, 83.

Gewinne à 5 1/2 Rthl. Nr. 31, 95, 205, 336, 39, 69, 423, 57, 95, 577, 722, 25, 62, 878, 1005, 35, 1225, 40, 58, 69, 1317, 62, 1431, 1561, 1696, 1730, 1810, 15, 43, 2109, 36, 42, 2366, 2469, 70, 96, 2586, 2795, 2849, 51, 2937, 3065, 95, 3148, 3204, 3648, 72, 85, 3775, 3822, 63, 4048, 97, 4209, 33, 57, 74, 76, 95, 4491, 4823, 5010, 83, 5143, 91, 5216, 65, 5436, 5513, 33, 41, 5646, 5748, 55, 5813, 5967, 70, 95.

Gewinne à 3 1/2 Rthl. 24, 88, 96, 119, 28, 213, 20, 44, 94, 308, 435, 500, 45, 50, 70, 98, 606, 25, 83, 97, 777, 78, 816, 46, 945, 51, 1040, 46, 63, 95, 1164, 1289, 97, 1306, 1410, 53, 67, 1504, 24, 62, 1625, 54, 65, 69, 87, 1719, 49, 72, 86, 92, 1820, 21, 62, 1945, 84, 2026, 61, 91, 2246, 85, 2304, 19, 39, 70, 2451, 2524, 77, 2601, 80, 2727, 2866, 88, 2974, 3021, 26, 46, 60, 99, 3118, 52, 3233, 98, 3464, 84, 3514, 3710, 24, 46, 3801, 40, 82, 99, 3911, 12, 64, 82, 4001, 51, 94, 4183, 4203, 80, 4317, 21, 49, 4424, 47, 79, 81, 83, 4508, 25, 40, 78, 4649, 65, 4742, 83, 4886, 4916, 29, 86, 5015, 17, 28, 87, 95, 5174, 5220, 71, 5382, 99, 5423, 28, 30, 45, 5552, 5662, 68, 81, 87, 5745, 46, 5820, 55, 57, 63, 74, 80, 5909, 20, 23, 25, 53, 78.

Gewinne à 2 1/2 Rthl. 16, 26, 66, 67, 71, 80, 118, 31, 43, 86, 96, 204, 6, 26, 27, 49, 51, 68, 90, 307, 20, 46, 47, 63, 73, 95, 403, 16, 21, 69, 98, 517, 54, 64, 643, 65, 88, 712, 16, 53, 74, 96, 804, 11, 28, 54, 81, 89, 975, 86, 1041, 42, 45, 51, 87, 88, 91, 1108, 9, 17, 21, 38, 48, 58, 73, 92, 1212, 18, 1343, 29, 54, 1422, 26, 27, 29, 44, 54, 57, 63, 79, 81, 83, 96, 1509, 32, 79, 80, 81, 92, 95, 99, 1613, 92, 1700, 22, 53, 60, 63, 75, 1816, 25, 61, 76, 1902, 30, 37, 77, 2008, 96, 2151, 56, 80, 86, 87, 90, 98, 2201, 3, 2306, 10, 32, 41, 55, 88, 2417, 38, 41, 43, 2508, 12, 13, 41, 71, 90, 2670, 85, 2704, 19, 32, 36, 38, 78, 84, 94, 99, 2846, 58, 68, 83, 96, 2907, 82, 95, 3008, 12, 33, 34, 47, 71, 72, 84, 3170, 87, 3201, 37, 48, 49, 3316, 19, 38, 39, 48, 82, 88, 3404, 5, 41, 53, 58, 81, 94, 3510, 49, 59, 82, 3613, 28, 58, 3754, 55, 56, 62, 3804, 43, 51, 55, 61, 72, 3955, 4013, 35, 41, 49, 53, 91, 97, 4129, 96, 4216, 17, 21, 41, 58, 99, 4319, 22, 40, 44, 81, 95, 4436, 41, 45, 58, 77, 4547, 72, 75, 82, 83, 4619, 21, 58, 59, 4713, 19, 35, 53, 79, 4814, 53, 82, 4901, 10, 18, 22, 40, 71, 5035, 63, 88, 5101, 15, 31, 89, 5235, 39, 66, 70, 72, 74, 76, 82, 93, 5302, 9, 23, 27, 5402, 3, 26, 58, 61, 74, 5537, 92, 93, 5610, 54, 69, 5704, 13, 17, 29, 30, 33, 97, 5867, 99, 5919, 35, 59, 61, 68, 80, 88, 90.

Die gezogenen Gewinne liegen von Montag den 26. Juni an im Theaters-Bureau in den gewöhnlichen Geschäftestunden zur Abholung bereit; — sollte diese nicht bis zum 5. Juli erfolgt sein, so nehmen wir an, daß der Gewinner darauf verzichtet.

Der Verwaltungsauschuß des hiesigen Theaters.

Neue sehr zu empfehlende Schrift.

Im Verlage der Buchhandlung Josef May u. Komp. in Breslau ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben:

Die deutsche National-Verfassung und die preussische Constitution. Ein Votum von Dr. Ch. J. Branitz, Professor an der Universität Breslau. gr. 8. 1848. Geh. 7 1/2 Sgr.

Seit dem 9. April d. J. erscheint in Ratibor

Die oberschlesische Locomotive,

Wochenblatt für Stadt und Land.

Die oberschlesische Locomotive hat es sich zur Aufgabe gemacht, zunächst Ratibor und die Umgegend, sodann aber auch Oberschlesien im Allgemeinen zu vertreten. Die Theilnahme, die dies Blatt im Anfange gefunden, beweist vor Allem, daß ein Bedürfnis nach einem zweiten Wochenblatte in Ratibor gefühlt war; der Umstand, daß noch immer neue Abonnenten hinzutreten, scheint darauf hinzudeuten, daß die gestellten Anforderungen befriedigt, die Erwartungen verwirklicht und die Wünsche des Publikums erfüllt werden. Außer Lokalem und Provinzialem bringt die oberschlesische Locomotive auch noch Auszüge aus den wichtigsten politischen Neuigkeiten. Sie erscheint wöchentlich dreimal, Sonntag, Dienstag und Freitag (an letzterem Tage mit den Markt-Preisen) und kostet für Auewärtige 13 Sgr. 9 Pf. für die Bewohner Ratibors 12 Sgr. vierteljährig

Inserate werden mit 9 Pf. für die zweimal gespaltene Petitzeile berechnet. — Bestellungen werden von den königl. Postämtern entgegen genommen.

Englisch-Brot.

Die Sitte der Engländer, ihr Brot in Formen zu backen, ist auch seit mehreren Jahren in Frankreich eingeführt worden. Dieses Brot hat den besonderen Vorzug, daß, weil der Teig in Formen gelegt ist, die Gährung sich desto besser entwickeln kann und die Poren dadurch viel feiner werden, als dies bei gewöhnlich bereitetem Brote der Fall ist. Daß aber ein solches Brot viel verdaulicher und desto gesünder ist, unterliegt keinem Zweifel. — Auch die Form dieses Brotes ist eine gefälligere und gewährt zur Verwendung in der Haushaltung für jede beliebige Verkleinerung mannigfache Vortheile.

Um Breslau's Hausfrauen ein solches gesundes und nahrhaftes Brot anbieten zu können, hat sich der Unterzeichnete Formen nach Vorschrift der Engländer anfertigen lassen und wird er, vertraut mit dem dazu nöthigen Verfahren, von heute ab in zwei Sorten

„Formenbrot“,

das Brot zu 3 Sgr., dem geehrten Publikum zum Verkauf stellen.

Gustav Rösler, Nikolaisstraße Nr. 15.

Pariser und Wiener Shawls- u. Tücher-Lager. Gebrüder Dombrowsky aus Leipzig,

Stand an der Riemerzeile, Herrn Brachvogel gegenüber.

